

DRINGLICHKEITSANTRÄGE

1) Alkohol bei Jugendlichen: Koordinierte und rasche Hilfe ist notwendig!

GR. Univ.-Prof. Dr. **Hammer** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

Dr. **Hammer**: Sehr geehrte Stadtsenatsmitglieder, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Bei Alkohol und dem Problem Alkohol bei Jugendlichen ist eine koordinierte und rasche Hilfe notwendig. Jugendliche leben das Prinzip „trial and error“ oder „no risk - no fun“ um in ihrer Clique „cool“ zu sein und „in“ zu sein. Vor diesem Hintergrund wird Alkohol bei vielen Jugendlichen zum Problem, dem Eltern oft hilflos gegenüber stehen, und für das auch die gegenwärtigen Dienstleistungen des Sozial- und Gesundheitsamtes keine wirksame Hilfe darstellen.

Der Leiter der Kinderklinik hat nämlich darauf hingewiesen, dass schon seit einigen Jahren eine gleich bleibende Zahl von jährlich etwa 150 Kindern und Jugendlichen, das sind drei Kinder pro Woche, mit schwerer Alkoholvergiftung in die Kinderklinik eingeliefert werden - und das, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sei nur die Spitze des Eisberges und dieser Eisberg bleibt seit Jahren konstant groß. Eingeliefert werden nur Kinder, die schwer alkoholisiert sind und in vielen Fällen bereits das Bewusstsein verloren haben. Im Schnitt haben derartige Kinder und Jugendliche einen Alkoholgehalt von 2 Promille im Blut und das konstant 150 Kinder seit vielen Jahren.

Diese erschreckenden Daten, die alle Verantwortungsträger zum unverzüglichen Handeln animieren müssen, zeigen, dass die gegenwärtigen Maßnahmen der Familiensozialarbeit, der Krisenberatung und der Suchtprävention keinen messbaren Erfolg gebracht haben, seit Jahren gleich bleibende Zahl von 150 Notfalleinlieferungen.

Oft ist es nicht der erste Alkoholexzess, der die Kinder und Jugendlichen in die Kinderklinik bringt, wenn es auch der schlimmste des bisherigen Lebens gewesen sein mag. Während für diese Jugendlichen, die in die Kinderklinik kommen, eine Ansprechperson der Kinderklinik weitere Maßnahmen, auch in Zusammenarbeit mit städtischen Ämtern, koordiniert, ist für die Angehörigen jener Jugendlichen, die noch nicht in diesem fortgeschrittenen Stadium des Alkoholproblems sind, die Suche nach

rasch verfügbarer, niederschwelliger und gleichzeitig kompetenter und umfassender Krisenhilfe schwieriger, wie mir Angehörige von betroffenen Jugendlichen, die auf der Suche nach Hilfe sind, berichtet haben. Für Hilfe Suchende ist oft nicht klar, wohin sie sich wenden soll. Bei diesen Kindern liegt noch keine Sucht vor, die Eltern dieser Kinder wollen nicht in die Suchtberatung gehen und benötigen auch nicht die Suchtberatung, sondern eine unterstützende Sozialarbeit. Ist es das Gesundheitsamt, wo sie sich hinwenden sollen, welches für die Prävention sowie für die Suchthilfe verantwortlich ist, oder ist es das Amt für Jugend und Familie, welches für Familiensozialarbeit, psychologische Beratung und Krisenberatung zuständig ist?

In Krisensituationen, sehr geehrte Damen und Herren, soll allerdings Hilfe rasch zur Verfügung stehen. Aufgrund meiner beruflichen Erfahrung weiß ich, dass akute Krisen emotionale Fenster aufmachen, in denen Menschen zur Änderung ihres Lebensstils bereit sind - die akute Krisensituation und die Bereitschaft, in dieser akuten Krisensituation zu reagieren, darf daher nicht versäumt werden und muss für eine Verhaltensänderung der Jugendlichen und ihres sozialen Umfeldes genutzt werden, bevor sich dieses Fenster wieder verschließt.

Ich stelle daher im Namen der Gemeinderatsfraktion der Volkspartei den

d r i n g l i c h e n A n t r a g ,

der Gemeinderat möge beschließen, dass die zuständigen Ämter beauftragt werden, unverzüglich zu überprüfen,

1. wie eine Optimierung und Koordinierung der Beratungs- und Unterstützungsangebote des städtischen Gesundheitsamtes und Jugendamtes zur Bekämpfung des Alkoholmissbrauchs im Sinne des Motivenberichtes erfolgen kann, und
2. wodurch Möglichkeiten und Voraussetzungen zur Schaffung von niederschwelligen Anlaufstellen, und hier betone ich, das soll nicht zentral sein, sondern das sollen niederschwellige, verfügbare Anlaufstellen sein für eine koordinierte Hilfestellung bei Alkoholmissbrauch von Kindern und Jugendlichen, eingerichtet werden können. Danke (*Applaus ÖVP*).

GR. **Herper** zur Dringlichkeit: Herr Bürgermeister, werte Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich finde es durchaus richtig von dir, Prof. Heinz Hammer, dass du und andere immer wieder auch und wir alle uns dieser Problematik und dieser Bedrängnis für Kinder und Jugendliche und Eltern bewusst werden. Ich sage, das ganze Problem mit der legalen Droge Alkohol ist ja nicht nur eine Sache, die Kinder und Jugendliche betrifft, erst dieser Tage ist ja ein über 50-Jähriger beim ausgiebigen Alkoholgenuss in privatem Kreise unverrückt ins Jenseits geschieden, also ist es auch ein Problem aller Generationen. Es gibt ja durchaus, und immer wieder soll es auch in diesem Hause vorkommen, sage ich, dass es dringliche Anträge gibt, die den Handlungsbedarf für Stadtregierungsmitglieder oder für die Stadtregierung im Besonderen hervorheben. Ich behaupte, liebe Heinz, dies ist einer, der nicht im Besonderen, sozusagen den Auftrag erteilt, unverzügliches Handeln zu animieren, weil gehandelt wird, soviel ich weiß und die Frau Stadträtin Tatjana Kaltenbeck-Michl und auch die anderen Mitglieder der Stadtregierung, die davon in Betroffenheit sind, handeln ja ständig und auch dies ist wichtig zu sagen, dass hier nicht ein Auftrag zu erteilen ist, aber es ist wichtig, grundsätzlich die Problematik anzusprechen. Wir werden ob der Notwendigkeit, darüber zu debattieren, dieser Dringlichkeit die Zustimmung geben und auch dann noch uns auch inhaltlich noch einbringen im Laufe der Debatte. Danke.

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

GRin. **Felbinger** zum Antrag: Meine Damen und Herren! Wir werden auch dem Inhalt dieses Antrages zustimmen. Wir sehen die Problematik aber auch ein bisschen differenzierter, nicht nur „no risk - no fun“, es geht treffender auch um „risk but no future“. Es ist doch vor allem die Perspektivenlosigkeit, die die Jugendlichen betroffen macht und sie zu solchen Problemlösungsstrategien greifen lässt. Die Situation am Arbeitsmarkt gestaltet sich sehr schwierig für die Jugendlichen heutzutage. Dem Motivenbericht möchte ich noch anschließen, ich bin der Meinung, dass beide Ämter, sowohl das Jugendamt als auch das Gesundheitsamt, für die Problematik zuständig sind. Es gibt auf beiden Seiten gute Angebote, sehr gute

Ansätze und beide Ämter geben den Betroffenen Hilfestellungen. Der geeignete Rahmen für Primärprävention, aber auch noch Sekundärprävention, ist und bleibt die Schule. Dem Lehrkörper steht die Stelle Vivit mit umfassenden Angeboten zur Seite. Die Frau Stadträtin hat in der letzten Gemeinderatssitzung schon erwähnt, dass das Angebot von den Lehrern leider nur sehr selten angenommen wird. Wenn Sucht-beziehungsweise Alkoholprävention an den Schulen flächendeckend als Unterrichtsprinzip stattfinden könnte, dann wären wir der Lösung dieses Problems einen großen Schritt näherkommen (*Applaus KPÖ*). Zum zweiten Punkt des Antragstextes möchte ich noch sagen, es wäre schön, wenn man hier nicht einen Alkoholkoordinator einsetzen würde, sondern wenn es eine prozessorientierte Konzeptentwicklung geben würde mit dem Ergebnis, dass es eine gemeinsam betreute niederschwellige Beratungseinrichtung geben könnte. Ämter wären sicher bereit, dieses Projekt zu ermöglichen, aber die notwendigen finanziellen Mittel müssten eben schon zur Seite gestellt werden (*Applaus KPÖ*).

GRin. **Edlinger**: Werte Kolleginnen, werte Kollegen, sehr geehrte Stadtregierung! Kollege Hammer hat in seiner Antragsbegründung davon gesprochen, dass es ihm darum geht, Zeitfenster im akutem Krisenfall oder quasi kurz davor, wo eben Jugendliche vielleicht noch nicht ins LKH eingeliefert wurden, aber trotzdem es zu übermäßigem Alkoholkonsum oder überhaupt zu Alkoholkonsum in einem Alter, wo das noch nicht gut tut, gekommen ist, gesprochen. Ich darf für meine Fraktion einen Zusatzantrag einbringen dahingehend, weil es uns darum geht, noch ein, zwei Schritte oder vielleicht sogar drei Schritte vorher auch noch anzusetzen. Nämlich dort, wo es darum geht, dafür zu sorgen oder sich darum zu bemühen, dass es überhaupt nicht zu diesen Krisen kommt, die wir dann nützen sollten. Kollegin Felbinger hat angesprochen, dass es hier schon verschiedenste Maßnahmen im Bereich der Primärprävention gibt. Unser Zusatzantrag geht in diesem Zusammenhang nicht so sehr in die unterstützende, beratende Richtung, sondern wir möchten dorthin schauen, wo wird denn Profit gemacht mit dem Alkoholkonsum der Jugendlichen und gibt es hier nicht Möglichkeiten, einem Alkoholmissbrauch einfach noch verstärkt einen Riegel vorzuschieben? Ich darf daher namens der sozialdemokratischen Fraktion folgenden Zusatzantrag einbringen, als dritter

Antragspunkt: Die zuständigen Stellen von Land und Bund werden ersucht, das Steiermärkische Jugendschutzgesetz beziehungsweise die Gewerbeordnung dahingehend abzuändern, dass die Beschränkungen der Abgabe von Alkohol an Jugendliche verschärft werden, um „Werbestrategien“ wie Wetttrinken, Happy Hours etc., in denen ausschließlich alkoholische Getränke verbilligt werden, zu unterbinden beziehungsweise auf jeden Fall dahingehend einzuschränken, dass solche „Werbeaktionen“ für Jugendliche nicht mehr zugänglich sein dürfen (*Applaus SPÖ*).

GRin. Dr. **Sickl**: Sehr geehrte Mitglieder der Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen! Seitens der freiheitlichen Fraktion möchte ich feststellen, dass wir diesen Antrag unterstützen werden. Es ist für uns ein guter Antrag und wir möchten den Punkt ein bisschen erweitert wissen, eben weil es so ein guter Ansatz ist, dass man da eben auch das Land Steiermark mit einbezieht, dass man da Synergien herstellt und zum Beispiel den Drogenkoordinator des Landes Steiermark miteinbezieht, dass man eben dieses Problem nicht nur begrenzt auf die Stadt Graz sieht, sondern eben auch auf das Land Steiermark ausweitet. Dieses „Wochenendsaufen“ ist ein großes Problem, es ist modern geworden, am Wochenende fortzugehen und sich „niederzukübeln“ und vielleicht dann sogar mit dem Moped oder mit Auto nach Hause zu fahren. Bevor das Fach Gesundheitsförderung jetzt eingeführt wird, was ja wirklich ein bisschen ein Problem ist, weil es ja eine Bundesgeschichte ist und Zwei-Drittel-Mehrheit erfordert, sind auch Ansätze wie zum Beispiel bewusstseinsbildende Kampagnen ein wichtiger Schritt. Und ich möchte da erwähnen, dass ich Obfrau der kleinen sozialen Netze bin und auch in diesem Sinne eine bewusstseinbildende Kampagne jetzt gestartet habe. Ich bin jetzt gerade dabei, Geld aufzutreiben und zwar mit Diskotheken zusammen hier ein Projekt zu machen. Also mit ausgewählten Diskotheken in der Steiermark und in diesem Sinne ist dieser Antrag sehr gut und wir unterstützen ihn. Danke (*Applaus FPÖ*).

GRin. **Rücker**: Ich möchte zu meinen VorrednerInnen anschließen, die ja die wesentlichen Dinge auch schon gesagt haben. Also auch wir werden diesem Antrag

zustimmen und ich möchte nur auf einen Teil noch einmal eingehen, der im Motivenbericht so von mir nicht stehen gelassen werden kann, auch nicht, weil ich als Sozialarbeiterin hier immer wieder auf ein Bedürfnis stoße, das gerade von Ihrer Fraktion sehr stark kommt, das ist die Frage des messbaren Erfolges in Ansätzen im Bereich sozialarbeiterischer Interventionen oder sonstiger Interventionen, die gesellschaftliche Probleme bearbeiten. Es ist so, dass wir womöglich davon ausgehen müssen, nachdem wir wieder einmal auf der Gemeindeebene sichtbar die Probleme haben, die ein gesellschaftliches Problem sind, die auf allen Ebenen gestrickt werden, aber natürlich sehen wir es hier auf der Gemeindeebene, wie die Auswirkungen sind, dass wir mit diesem Problem womöglich sehr wohl so umgehen, wie es momentan halt möglich ist. Es gibt Grenzen, die uns gesetzt sind und dass es vielleicht so ist, dass die Zahlen anders wären, wenn nichts getan werden würde und damit ein messbarer Erfolg womöglich auch schon dort liegt, dass es nicht noch mehr ist, könnte man so in Frage stellen. Messbarer Erfolg wäre es, wenn es nicht so selbstverständlich wäre, dass auch die offizielle Politik sich gerne mit Alkohol abbilden lässt, dass es nicht üblich ist, auch Veranstaltungen zu subventionieren und zu unterstützen, die Alkohol sehr stark in den Mittelpunkt stellen. Ich denke da an bestimmte Stadtfestivitäten, die auch ordentlich subventioniert werden und wo der Alkohol mit einem sehr lockeren Umgang versorgt wird. Und es geht uns auch darum, eben dieses Problem, aber das ist von den VorgängerInnen schon klar gesagt worden, nicht den jungen Menschen in die Schuhe zu schieben, hier geht es wirklich um ein Spiegelbild, von dem in unserer Gesellschaft einerseits Perspektivenlosigkeit hergestellt wird und auf der anderen Seite Überforderung mit den Rahmenbedingungen auch in den Familien momentan gegeben zu sein scheint und natürlich braucht es koordinierte Herangehensweisen, es passiert einiges, es muss immer noch mehr passieren. Es braucht die entsprechenden Ressourcen und es wäre uns zu wenig, das rein auf quantifizierbare Messdaten zu reduzieren, denn es geht hier wirklich um eine viel komplexere Angelegenheit als darum, wie viele Fälle betroffen sind. Wir können vielleicht froh sein, es könnte ohne Interventionen womöglich noch eine viel höhere Anzahl sein. Aber im Sinne des Antrages stimmen wir auch dem Zusatzantrag von euch zu.

StRin. **Kaltenbeck-Michl:** Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich möchte vorweg sagen, natürlich nehmen wir alle, die wir in diesem Bereich arbeiten und Verantwortung tragen, ich als Politikerin, meine MitarbeiterInnen im Sozialamt ebenso wie im Jugendamt, das Problem Alkohol und Jugendliche sehr ernst. In diesem Sinne unternehmen wir vielfache und weit reichende und intensive Anstrengungen, um den Problemsituationen zu begegnen und zwar nicht erst dann, wenn sie akut werden, nicht erst dann, wenn sich junge Menschen und Familien, Kinder in der suchtgefährdenden Krise befinden oder überhaupt schon in der Suchtsituation, sondern wir versuchen, möglichst im Vorfeld auch schon Unterstützungsangebote zu setzen, wie es der Herr Gemeinderat Hammer auch in seinem Antrag fordert. Ich erinnere daran, dass wir Elternschulungen und Elternrunden anbieten, ich erinnere daran, dass wir in Graz über 14 Elternberatungsstellen verfügen, ich erinnere an die aufsuchende, mobile Jugendarbeit, ich erinnere überhaupt an die Sozialarbeit. Aber ich möchte an dieser Stelle auch ein bisschen nachdenklich sagen, es ist schon gut, wenn wir immer über Optimierungen nachdenken und diese auch einfordern, auf der anderen Seite sollten wir auch darüber einmal reden, wie können wir denn diesen Herausforderungen nach zunehmender Verbesserung unserer Arbeit und der Optimierung unserer Arbeit gerecht werden, wenn die personellen Ressourcen ständig kleiner werden angesichts von Sparüberlegungen, die nicht nur im Raum stehen, sondern die auch umgesetzt werden? Die Sozialarbeit ist bei weitem nicht ausreichend ausgestattet, um den ständig neuen Herausforderungen gerecht zu werden, das möchte ich nur so als nicht unbedeutende Nebenbemerkung in den Raum stellen. Wir sehen uns natürlich auch dem Antrag gemäß als wichtige Dreh- und Kooperationsscheibe für die Vernetzung mit allen relevanten Institutionen und allen relevanten Stellen. Ich möchte nur einige Beispiele nennen. In der Arbeit mit alkoholgefährdeten Jugendlichen und deren Eltern legen wir natürlich besonders Augenmerk auf einen gesamtheitlichen Beratungsansatz, bei dem ein verantwortungsbewusster Umgang mit alkoholischen Getränken erarbeitet wird und wir so Familienunterstützung anbieten können. Wir sind uns ja, glaube ich, dahin einig, dass es nicht darum gehen kann, jetzt lauter Abstinenzler großzuziehen und die Abstinenz sozusagen zu predigen, sondern viel wichtiger und viel sinnvoller auch vom pädagogischen Standpunkt erscheint Experten und Expertinnen und mir natürlich auch, einfach einen sinnvollen Umgang mit Alkohol zu erlernen, schwierig genug. Die

DiplomsozialarbeiterInnen stellen ein Beratungsangebot auch im Wohngebiet, auch im Sprengel zur Verfügung, das entspricht eigentlich genau dem, was der Herr Gemeinderat auch gefordert hat. Wir haben somit eine sehr rasche und niederschwellige Beratung, die sowohl die Krisenberatung in Notsituationen und natürlich auch gemeinsame Hilfeplanungen gemeinsam mit den Familien, und immer geht es darum, die Selbsthilferessourcen der Familien zu stärken. Dieses regionale Angebot wird im Zuge des Projektes Sozialraumorientierung in Graz noch durch die MitarbeiterInnen des psychologischen Dienstes ergänzt. Wie Sie vermutlich wissen, ist seit dem August 2003 dem Referat für Sozialarbeit auch das Referat für Jugendschutz angeschlossen. Dieser Tätigkeitsbereich ist sehr vielfältig, er umfasst die Beratung von Jugendlichen ebenso wie die Beratung von Eltern. In allen Fragen zum gesetzlichen Jugendschutz und der Durchführung von Verwaltungsstrafverfahren nach dem Steiermärkischen Jugendschutzgesetz. Die Optimierung und Koordinierung des Beratungsunterstützungsangebotes mit externen Institutionen und Verantwortlichen ist ein wesentlicher Schwerpunkt für die Fachkräfte im Amt für Jugend und Familie. Es gibt regelmäßige Fortbildungsveranstaltungen für alle Fachkräfte, unter anderem auch mit und durch MitarbeiterInnen der Universitätsklinik. Es erscheint mir sehr wesentlich, dass uns hier eine sehr gute Kooperation gelungen ist mit den MitarbeiterInnen der Universitätsklinik, mit der dort extra dafür zur Verfügung gestellten Psychologin, aber auch durch SozialarbeiterInnen wird nach Lösungswegen gesucht, werden schwierige Lebenslagen der betroffenen Familien reflektiert und gelingt der eine oder andere Erfolg, der aber natürlich nicht, Gemeinderätin Rücker hat es schon gesagt, so ohne weiteres in Zahlen zu messen ist. Was mir auch sehr wichtig erscheint und worüber ich wirklich sehr froh bin und ein bisschen stolz. Es gibt seit 2003 auch viermal jährlich das Vernetzungstreffen Sucht, „Jour fixe“ nennt sich das, wo mit dem Suchtkoordinator der Stadt Graz und VertreterInnen der Referate psychologischer Dienst und ärztlicher Dienst, Sozialarbeit und dem Referat Kinder, Jugend und Freizeit regelmäßig relevante Themen diskutiert werden und gemeinsam Projekte entwickelt werden. Aus dieser Kooperation ist auch ein Handbuch entstanden, das ich Ihnen gerne zukommen lasse, wenn Sie daran interessiert sind, also ein Handbuch für die Fachkräfte im Amt für Jugend und Familie im Umgang mit suchtgefährdeten oder süchtigen Jugendlichen. Und wir haben auch entwickelt in guter Kooperation mit der Universitätsklinik einen Folder, wo wir erstens auf die

Beratungsstellen hinweisen und wo wir die gesetzlichen Grundlagen deutlich machen und natürlich auch Jugendliche darüber aufklären, was denn Alkohol tatsächlich bewirkt, wobei mir schon klar ist, Aufklärung allein greift natürlich immer zu kurz, es geht letztendlich immer um die Ressourcenstärkung. Wir haben einen sehr intensiven Austausch mit der Polizei, auch einen regelmäßigen Austausch zu Jugendschutzfragen. In internen Schulungen bei der Polizei werden MitarbeiterInnen des Amtes für Jugend und Familie auch gebeten zu referieren. Also ich denke, dass daraus sichtbar wird, dass wir sehr vielfältige Anstrengungen unternehmen. Wir sind natürlich offen für vielfältige Anregungen, aber es ist heute schon von einigen GemeinderätInnen gesagt worden, natürlich geht es um einen ganzheitlichen Zugang zum Thema Jugendliche und Alkohol. Es ist mit Recht erwähnt worden, dass wir nicht außer Acht lassen dürfen die gesellschaftliche Entwicklung, die den Jugendlichen immer weniger Perspektiven bietet, vor allem zu einer Zeit, wo sie diese so dringend brauchen und es ist natürlich auch mit Recht darauf hingewiesen worden, dass es ja nicht nur um Prävention und Hilfsangebote der dafür öffentlich verantwortlich gemachten Stellen, also Sozialarbeit und Jugendarbeit, geht, sondern es geht schon um eine gesamtgesellschaftliche Verantwortung und insbesondere geht es natürlich darum, mit der Wirtschaft in Kooperation zu treten, um auch dort Verantwortungen klarzumachen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, gestern war in einer Sprechstunde bei mir eine 72-jährige Frau, die in der Glacisstraße wohnt, also Glacisstraße – Elisabethstraße, die mir erklärt hat, dass sie seit Jahren nicht schlafen kann und die mir erzählt hat, was sich in diesem Bereich abspielt. Nacht für Nacht unglaubliche Exzesse von jungen Menschen, aber nicht die 14-, 16-, 17-Jährigen, sondern die Studenten und Studentinnen der Universitäten, und die Bevölkerung dort beobachtet sehr genau und nimmt sehr genau wahr, was den alles unternommen wird, um junge Menschen zu animieren und es ist erschreckend, das muss uns wirklich mit unglaublicher Sorge erfüllen, überall dort, wo es darum geht, Profite zu maximieren, wird es gemacht, auch auf Kosten der jungen Menschen. Es ist unglaublich, welche Fantasie verwendet wird, um junge Menschen, ganz junge Menschen einzuladen, Alkohol zu konsumieren. Angefangen von den Partys, angefangen von dem „Kübelsaufen“ zum Beispiel bis hin zu großen Plakaten, die vor den Lokalen hängen, wo draufsteht, „Take three pay two“, also trinkt drei und zahlts nur zwei, die Beispiele ließen sich beliebig fortsetzen. Ich denke daher, dass der Zusatzantrag sehr wichtig ist, um sozusagen die gesamtheitliche und ganzheitliche

Verantwortung aller gesellschaftlichen Kräfte sichtbar zu machen. Natürlich müssen wir schon auch sagen, wir selbst sind ja auch eine Suchtgesellschaft, wer von Ihnen kennt schon abstinente Menschen, wer von Ihnen kennt schon eine abstinente Familie? Nicht dass ich die Abstinenz predigen möchte, aber die Tatsache, dass ja Alkohol sozusagen zu unserer Kultur gehört und wesentlicher Bestandteil unserer Kultur geworden ist, führt ja möglicherweise auch dazu, sagen zumindest Pädagogen/Pädagoginnen und Experten/Expertinnen auf diesem Gebiet, dass erwachsene Menschen nicht mehr das tun, was eigentlich gut wäre, nämlich mit jungen Menschen über ihr eigenes Trinkverhalten zu reflektieren. Also es wird ja kaum in Familien über dieses Thema gesprochen, es wird ja eher tabuisiert oder es wird auf der Ebene der Verbote gearbeitet, was natürlich, wie wir wissen, auch nicht wirklich hilfreich ist. Und noch einmal möchte ich abschließend sagen, es ist eh schon gesagt worden, Alkoholismus ist kein jugendspezifisches Problem, natürlich ist es so, dass es uns bei Jugendlichen mit besonderer und allergrößter Sorge, weil wir die Verantwortung haben, erfüllen muss, aber Faktum ist, fünf Prozent der über 16-Jährigen in Österreich, fünf Prozent sind alkoholkrank und zehn Prozent der über 16-Jährigen sind auf dem Weg in schweren Alkoholismus und wissen Sie, welche die am meisten betroffene Gruppe ist? Die 40- bis 50-jährigen Männer. Habe ich nicht erfunden, sagen die Statistiken. Also ich würde Sie daher dringend ersuchen, Sie dringend alle bitten, diesem Zusatzantrag zuzustimmen. Natürlich arbeiten wir gerne an Optimierungen, natürlich nehmen wir Anregungen auf, aber ich denke, dass gerade die Gewerbeordnung hier noch viele Möglichkeiten hätte, Firmen, die von der Alkoholgefährdung oder dem Weg in die Alkoholsucht von jungen Menschen profitieren, doch einen Riegel vorzuschieben. Da müssen wir einfach mutiger sein, als wir das bisher waren, würde ich sagen (*Applaus SPÖ*).

Bürgermeisterstellvertreter Ferk übernimmt um 15.10 Uhr den Vorsitz.

GRin. **Monogioudis:** Sehr geehrter Herr Antragsteller, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates! Die sozialen und gesellschaftlichen Probleme und die

Perspektivenlosigkeit, die hinter diesen Phänomenen stehen, wurden von mehreren RednerInnen schon angesprochen und dem kann man natürlich nur voll zustimmen. Es ist aber tatsächlich so, dass sich, und zwar nicht nur bei den Jugendlichen, aber auch bei den Jugendlichen das Freizeitverhalten leider geändert hat. Also ich stelle das selbst auch fest, wenn ich manchmal nach einer lauen Wochenendnacht dann am Montag den Stadtpark besichtige, wo die Menschen, die bei der Stadt Graz beschäftigt sind, dann die Spuren beseitigen müssen und das sind Unmengen von Dosen, Flaschen, Glasscherben, man kann sich da kaum ein Bild machen. Also das sind meistens ältere Jugendliche. Leider ist es so, und das muss natürlich Gesundheitspolitiker sehr beunruhigen, dass die Alkoholkonsumenten und –konsumentinnen ebenso wie die Nikotinkonsumenten und –konsumentinnen auch immer jünger werden, das wurde ja auch im Antrag ausgeführt. Das Wichtigste kann und muss natürlich Prävention sein. Ich habe in der letzten Gemeinderatsitzung, und deswegen möchte ich es jetzt nur kurz erwähnen und jetzt nicht noch einmal alles ausführlich wiederholen, das Präventionsangebot, das es gibt, hier erläutert, weil es eine Anfrage dazu gab. Es gibt ein sehr umfangreiches, auch qualitativ sehr hoch stehendes Präventionsangebot für Pflichtschulen, weil dort muss man ja natürlich schon anfangen und ich würde mir auch wünschen, dass es in höherem Maße angenommen wird. Es ist nicht immer ausreichend das Interesse dafür vorhanden. Es ist so, dass die Kooperation zwischen dem Jugendamt und dem Suchtkoordinator der Stadt Graz sehr gut funktioniert, also da gibt es eine hervorragende Zusammenarbeit. Natürlich kann man immer sagen, es gibt Bereiche, wo man sich vielleicht noch besser koordinieren sollte, dagegen ist überhaupt nichts zu sagen, nur wenn es jetzt die Forderung nach weiteren Einrichtungen gibt, dann muss ich schon sagen, und auch das habe ich vorher schon gehört und dem kann man nur ganz stark beipflichten und darauf muss man immer wieder hinweisen, wir sind einerseits von einem Spardiktat betroffen, wir sind davon betroffen, dass die personellen Ressourcen knapp sind, mehr als knapp, also wenn jetzt Zusätzliches geleistet werden soll, dann hätte ich da gerne gewusst, wie das zu machen ist (*Applaus KPÖ*).

GR. Hohensinner: Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister, werter Gemeinderat! Die Zahlen, die heute von meinem Kollegen Heinz Hammer veröffentlicht wurden, sind

für alle erschreckend. Dieser Zustand ist dem Jugendamt, Sozialamt und Gesundheitsamt sicherlich schon länger bekannt. Ich bin ja auch sicher und weiß es auch, dass von den zuständigen Ämtern vieles unternommen wurde, diese Situation zu reparieren. Verschärfte Kontrollen und gute Beratungen sind gut, doch längerfristig werden wir nur durch eine verbesserte Prävention aus dieser Sackgasse herauskommen. Wir dürfen nicht nur reagieren, sondern wir müssen agieren. Ich setze da speziell auf die Jugendpolitik unserer Stadt. Hier brauchen wir ein viel breiteres und größeres Angebot an sinnvoller Freizeitbeschäftigung. Zur Veranschaulichung bringe ich an diesem Punkt immer mein Klaviertastenmodell. Jeder Jugendliche hat eine gewisse Anzahl an Tasten mit Freizeitmöglichkeiten. Hat er jetzt nur wenig Tasten und eine Taste davon ist die Taste Droge Alkohol, ist das Risiko verständlich irrsinnig groß, zum Alkohol oder zur Droge zu greifen. Deshalb sind wir aufgerufen, mehr sinnvolle Freizeitaktivitäten aufzubauen. Ich bin heute in der Fragestunde, die Frau Stadträtin hat mir heute in der Fragestunde gesagt, ich soll Nachhilfeunterricht im Klub nehmen. Ich habe mir in den letzten zwei Jahren erlaubt, Tipps und Ideen einzubringen, um sinnvolle Freizeitbeschäftigung in unsere Stadt zu organisieren (*Applaus ÖVP*). Aufwertung der ehrenamtlichen Jugendtätigkeit als wichtiger Beitrag zur Suchtprävention in unserer Stadt. Nummer eins: Einführung einer Barter-Card, einer Tauschkarte für Jugendliche, um gemeinnützige Tätigkeiten in unserer Stadt attraktiver zu gestalten, Nummer zwei: Jugendzentren, wir müssen die Jugendzentren evaluieren, um noch effektiver arbeiten zu können. Nummer drei: Generationenressourcing, die Idee Jung und Alt zu vernetzen. Gründung einer freiwilligen Jugendfeuerwehr, leider bis heute noch nicht passiert. Das sind alles Ideen, die dazu beitragen, dass wir das Tastenmodell erweitern, dass der Jugendliche weniger Risiko hat, auf die Taste Droge zu tippen. Frau Stadträtin und werte Gemeinderatsmitglieder und werte Stadtregierungsmitglieder, wir müssen uns alle an der Nase nehmen und wir sind verantwortlich, dass wir geeignetes Freizeitangebot bieten. Sonntagsreden alleine sind zu wenig (*Applaus ÖVP*).

StRin. **Kaltenbeck-Michl**: Herr Gemeinderat, ich muss schon wieder schmunzeln, ich finde das immer so witzig, wenn jemand eine Sonntagsrede hält und am Abschluss sagt, Sonntagsreden alleine sind zu wenig, aber bitte. Nur zwei

Anmerkungen. Völlig richtig, dass es wichtig ist, die ehrenamtliche Tätigkeit von Jugendlichen zu fördern, ich glaube, dass das eine große Herausforderung ist und ich weiß auch, dass es viele, viele Jugendliche gibt, mehr als wir glauben würden, für die das ein Anliegen ist und die das gerne machen und die wir auch gut erreichen können. Und es gibt, das weißt du vielleicht nicht, ein meiner Meinung nach sehr interessantes Projekt, das ich auch sehr intensiv unterstützt habe sowohl finanziell als auch ideell, das heißt, ich bin in ständiger Vernetzung mit diesem Projekt, das nennt sich „Erlebe Soziales“. Ich möchte das deshalb hier erwähnen, weil es für mich so ein gutes Modell ist dafür, wie junge Menschen eine Aufgabe wahrnehmen, wo sie auch eine Sinnperspektive für sich selbst entwickeln. Da gibt es ungefähr 100 Jugendliche, angesiedelt ist das im Bezirk Straßgang, aber geht darüber hinaus, die sich zur Aufgabe gesetzt haben, alte Menschen zu begleiten und zu betreuen, das heißt, durch Besuchsdienste in privaten Wohnungen, aber auch in Einrichtungen, und das wäre noch gar nicht so sensationell, aber was ich besonders bedeutsam daran finde ist, dass diese Jugendlichen sich eingelassen haben auf einen Prozess, in dem sie für diese Aufgabe qualifiziert werden. Das heißt, die verbringen ihre Freizeit, Nachmittage, aber auch Wochenenden zum Beispiel mit Seminaren, wo sie ausgebildet werden im Hinblick auf die Frage, wie mache ich denn das überhaupt, wie gehe ich denn um mit einem alten Menschen, wie gestalte ich Besuchsdienste zum Beispiel, auch tatsächlich für beide Seiten befriedigend. Also es ist nicht so, dass ich solche Ideen nicht aufnehme und dass ich dir da nicht Recht gebe. Was die Jugendzentren anbelangt, so darf ich daran erinnern, dass du selbst einmal eine öffentliche Äußerung getätigt hast in einem Gratisblatt, wo du der Meinung warst, wir hätten zu viele Jugendzentren. Was die Evaluierung anbelangt, so gebe ich dir völlig Recht, wir haben jetzt gerade im Amt für Jugend und Familie, deshalb habe ich mich gemeldet, um die Gelegenheit auch zu nützen, dich und Sie davon zu informieren, einen Evaluierungsprozess in Auftrag gegeben. Wir werden erste Ergebnisse bereits Ende Oktober vorliegen haben und hier auch im Ausschuss und im Gemeinderat darüber berichten und, ich denke, auch darüber diskutieren. Es gibt sehr vielfältige Angebote von generationenübergreifenden Aktionen und Aktivitäten, angesiedelt im Sozialamt, aber auch darüber hinaus, ich denke an die vielen Projekte, die auch aus dem Amt für Jugend und Familie und dem Sozialressort mitfinanziert und unterstützt durchgeführt werden im Verein GEFAS, das magst du dir vielleicht einmal anschauen, das ist Großartiges, was da geleistet wird, um junge und ältere

Menschen zusammenzubringen. Also grundsätzlich gebe ich dir natürlich vollkommen Recht, es geht darum, jungen Menschen einen Sinn zu geben, junge Menschen zu stärken, jungen Menschen eine Aufgabe zu geben, aber gleichzeitig möchte ich dich einfach bitten, bei allen Überlegungen, die du anstellt und die dann irgendwie münden in, da ist nichts passiert, das ist nicht gemacht worden, daran zu erinnern, wie schwierig die Situation ist angesichts unseres Spardiktates. Es ist heute schon mehrmals gesagt worden. Ich rede nicht von den Zahlen, die jetzt wieder im Raum stehen, ich rede nur von dem, was das letzte Mal einzusparen war und das schafft niemand, wir sind ja keine Zauberer, ich kann ja nicht die Angebote permanent ausweiten bei ständig sinkenden Ressourcen,...

Zwischenruf unverständlich.

StRin. **Kaltenbeck-Michl**: ...ja die kenne ich schon die Geschichte, umverteilen....

Zwischenruf unverständlich.

StRin. **Kaltenbeck-Michl**: Aber die Budgets haben wir schon gemeinsam beschlossen, na gut, da sind wir uns einig. Also grundsätzlich gehen wir d'accord, aber wir brauchen natürlich auch die Ressourcen, um das alles umzusetzen (*Applaus SPÖ*).

Dr. **Hammer**: Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich bin von den Folgen des Alkoholmissbrauches täglich betroffen. Nicht alle wissen, dass ich als Facharzt für

innere Medizin ja auch noch Zusatzfacharzt bin für Gastroenterologie und Hepatologie, das heißt für Magen-Darm-Erkrankungen und Lebererkrankungen und dass ich an der Medizinischen Universitätsklinik arbeite in der klinischen Abteilung für Gastroenterologie und Hepatologie, die für diese Erkrankungen das Schwerpunktzentrum für den südösterreichischen Raum ist, wo wir auch eines von in Österreich zur Zeit zwei aktiven Zentren für Lebertransplantation sind. Ein großer Teil der Patienten mit Lebertransplantation hat seine Ursache im Leberversagen im Alkohol. Das, was vorhin gesagt wurde, dass das Problem natürlich nicht im jugendlichen Alter beginnt, sondern auch im Erwachsenenalter vorhanden ist, kann ich natürlich voll unterschreiben, ich weiß aber auch von den Patientengeschichten her, dass was mir diese Patienten dann erzählen. In den 30 Betten unserer Station sind jeweils zwei bis drei Betten von solchen Patienten belegt. Ich weiß, was mir diese Patienten erzählen und wann ihr Leidensweg, denn es ist eine Erkrankung, der Alkoholmissbrauch mündet in der Sucht und die Sucht ist eine Erkrankung, die wir aber auch dementsprechend dann behandeln, wann dieser Erkrankungsweg beginnt; und deswegen ist mir dieses Anliegen bei den Kindern und Jugendlichen derart wichtig. Ich freue mich sehr, dass dieser Antrag so lebhaftige Diskussion ausgelöst hat. Gehandelt wird ständig, hast du Karl-Heinz Herper gesagt, gehandelt wird ständig, darauf haben auch Frau Stadträtin Monogioudis und Kaltenbeck hingewiesen. Es muss uns aber erlaubt sein innezuhalten, innezuhalten und nachzudenken, ob diese Aktivitäten, die hier ständig gesetzt werden, auch den gewünschten Erfolg erzielen. Ob die Prioritäten, die wir in diesem budgetären Rahmen, den wir haben, ob diese Prioritäten auch stimmen, ob sie richtig sind. Ob gut gemeint auch gleich heißt, Gutes zu tun und ob Gutes zu tun auch wirklich heißt, Gutes zu erreichen, meine Damen und Herren, das geht nicht immer einher. Lisa Rücker, diese zynische Aussage ist nicht Bestandteil jenes Berufsverständnisses,...

Zwischenruf StRin. Kaltenbeck-Michl: Das gilt für Ärzte auch.

Dr. Hammer: ...wie ich es halte, Frau Stadträtin. Ich muss sagen, Lisa, Effektivität ist schon messbar, in der Wissenschaft kann man nicht nur diese Dinge messen, die

man objektiv sieht, ein Blutbild, eine Veränderung eines Röntgenbefundes, die medizinische Wissenschaft macht auch diese Dinge messbar und das ist in den letzten zehn bis 15 Jahren passiert, die man nicht schwarz auf weiß als Laborausdruck sehen kann: Stress, Schmerzen; und die sozialen Wissenschaften machen auch soziale Erfolge messbar und das hat die Frau Stadträtin Kaltenbeck ja auch gesagt, es erfolgt jetzt Evaluierung.

Zwischenruf GRin. Edlinger: Aber nur mit qualitativer Sozialforschung und nicht mit quantitativer.

Dr. **Hammer**: Um Evaluierung umzusetzen, brauche ich Messbarkeit, also die Dinge sind messbar. Wir müssen uns zugestehen, dass wir selbstkritisch hinterfragen, was wir mit unseren Aktivitäten erreichen. Teil dieser Aktivitäten muss es auch sein und das war auch ein Hinweis in den Diskussionsbeiträgen, Teil muss es auch sein, bei allen Menschen, auch bei den Kindern und Jugendlichen, das zu differenzieren: Alkohol als Genussmittel, Alkohol als Suchtmittel; ja Alkohol ist nicht nur ein Suchtmittel, Alkohol ist auch ein Genussmittel und als Arzt sage ich, weiß ich, es ist bewiesen, dass Alkohol in geringen Mengen das Leben verlängert, das ist erwiesen, darüber gibt es heute keine Diskussionen mehr. Soll ich definieren geringere Mengen, interessiert es jemanden? Ein Achtel Wein oder ein Glas Bier, ab einem halben Liter Wein überwiegen dann die Negativa. Das Maximum des positiven Effekts ist bei einem achtel am Tag, nicht am Halbtage oder in der Stunde, am Tag, danke für den Hinweis, also ab einem halben Liter Wein überwiegen dann die Negativa und dazwischen ist halt so ein Übergangsbereich. Das müssen wir natürlich auch klar machen und manche Kollegen, ich selbst habe es nicht gesehen, aber manche Kollegen haben heute bei einem Gemeinderatskollegen am Rücken eine Aufschrift gesehen, Wodka pur, auch das ist natürlich die Frage, wie man damit umgeht. Abschließend möchte ich mich aber auf alle Fälle bedanken, (*Bürgermeisterstellvertreter Ferk läutet mit der Ordnungsglocke*), ich möchte mich bedanken bei der Elke Edlinger und bei der Frau Dr. Andrea Sickl für ihre Beiträge

zur Erweiterung dieses Antrages. Ich fasse diese Beiträge so auf, dass Diskussion angeregt wird, dass jetzt Köpfe zusammengesteckt werden sollen. Ich möchte mich aber auch bedanken bei der Kinderklinik und ihrem Leiter, dass sie nicht Ruhe gibt, dass sie immer wieder hinausgehen und das Problem bekannt geben und ich möchte mich bedanken bei den Vertretern der Medien, die dieses Thema auch immer wieder aufnehmen, am Kochen halten, steter Tropfen höhlt den Stein (*Applaus ÖVP*). Ich möchte mich bedanken beim Kurt Hohensinner, dass er uns noch einmal gezeigt hat diese Aktivitäten, Vorschläge, die immer wieder kommen, wo eben diese eingebaut werden können. Abschließend möchte ich, und da möchte ich den Vorschlag von der Frau Dr. Sickl aufnehmen, den Punkt 1) meines dringlichen Antrages dahingehend erweitern, dass auch Aktivitäten der zuständigen Landesstellen in diese Koordinierung der Beratungs- und Unterstützungsangebote der städtischen Ämter einbezogen werden. Danke (*Applaus ÖVP*).

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 15.35 Uhr den Vorsitz.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Der Zusatzantrag von GRin Edlinger wurde einstimmig angenommen.

2) Innenhöfe und schutzwürdige Zonen/Herabsetzung der Bebauungsdichten

GR. **Herper** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Herper**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich bedanke mich schon jetzt für die Zusage der Grünen Fraktion, die auch einen

Zusatzantrag stellen wird durch Hermann Candussi, bei der KPÖ-Fraktion und bei den Grazer Freiheitlichen, wobei die Kollegin Sickl noch einen sehr wesentlichen Hinweis gegeben hat, der heutige dringliche Antrag sollte eine Mehrheit finden im Gemeinderat und dies sozusagen als Hinweis für den Kollegen Stadtrat Gerhard Rüschi gemeinsam mit dem dringlichen Antrag, der am 20. Jänner auch einschlägiger Natur hier in diesem Hause eine Mehrheit gefunden hat. Und zwar dies auch gemeinsam zu behandeln. Werte Kolleginnen und Kollegen, die Wohn- und damit die Lebensqualität einer Stadt steht untrennbar auch mit dem Grünraum in Verbindung. In diesem Sinne hat Grünraumschutz denn auch eine zentrale Bedeutung für die Stadtentwicklung – und dies ganz besonders auch in den Gründerzeit-Villenvierteln, aber auch darüber hinausgehend in anderen Stadtgebieten, etwa im Grazer Westen, wo vor beziehungsweise um die Jahrhundertwende Villen beziehungsweise villenartige Objekte mit großzügigem Grünraum beziehungsweise mit Innenhöfen entstanden, die nun entscheidend auch das Erscheinungsbild beziehungsweise die Charakteristik dieser Viertel prägen. Dem steht naturgemäß der Umstand gegenüber, dass Bauland gerade im städtischen Bereich rar ist. Was zur Folge hat, dass private Investoren in immer stärkerem Ausmaß Interesse zeigen, gerade solche villenartigen Objekte zu erwerben. Teils, um durch das Verbauen der Innenhöfe oder durch Zubauten „Raum“ zu gewinnen, zum Teil ist aber auch zu befürchten, dass diese beeindruckenden Objekte zur Gänze Spitzhacke und Bagger zum Opfer fallen, um auf den damit frei gewordenen Grundstücken größere Bauten entstehen zu lassen.

Die Möglichkeit, dem über Bebauungspläne Einhalt zu gebieten, ist allerdings nur gering, da die zulässigen Bebauungsdichten in diesen Gebieten häufig Großbauten ermöglichen. Dass dadurch das Stadtbild beeinträchtigt wird, dass dadurch das Gesicht vom Gründerzeitviertel völlig verändert wird, ist dadurch auch klar. Dem gilt es dringendst gegenzusteuern – wobei die effektivste Möglichkeit dazu eine Reduzierung der Bebauungsdichte ist. Voraussetzung wäre natürlich, dass in einem ersten Schritt definiert wird, welcher Bereich und welche Objekte durch eine solche Herabsetzung der erlaubten Bebauungsdichte geschützt werden sollen.

In diesem Sinne stelle ich daher namens der SPÖ-Gemeinderatsfraktion den

dringlichen Antrag,

die zuständigen Fachabteilungen des Magistrats Graz werden beauftragt, die rechtlichen Rahmenbedingungen zu überprüfen, also quasi ein Prüfungsauftrag, inwieweit im Flächenwidmungsplan eine solche Zone, die auch Einzelobjekte, die erhaltens- und schützenswert sind, beinhaltet, definiert werden kann und für diese eine Reduzierung der Bebauungsdichte erfolgen soll. Ein entsprechender Bericht ist bis 4. Mai allen Mitgliedern des Gemeinderates zu übermitteln. Ich weise nur noch abschließend darauf hin, dass bei meinem dringlichen Antrag, der die Mehrheit in diesem Hause gefunden hat, ein Limit der Beantwortung beziehungsweise der Bearbeitung vorgelegen ist, und zwar war diese der April dieses Jahres. Ich habe die Mitteilung bekommen vom zuständigen Stadtrat Gerhard Rüscher, dass auf Grund der Osterferien und durch natürliche anderweitige Arbeiten eine solche Beantwortung, die Überarbeitung erst im Mai vorzuliegen hat. Ich würde mir wünschen, wenn die Einhaltung von beschlossenen Beschlüssen oder festlegenden Terminen konkret auch eingehalten wird, bin aber einverstanden in diesem Sinne, dass im Mai eine Überarbeitung meines dringlichen Antrages vorliegt. Danke (*Applaus SPÖ*).

GR. **Schmalhardt** zur Dringlichkeit: Herr Bürgermeister, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Wir werden dieser Dringlichkeit zustimmen, haben aber auch eigene Gedanken für dieses Problem. Wir würden wünschen, dass ein Katalog erarbeitet wird für wirklich schutzwürdige Bauzonen in Graz. Wir haben ja eine Altstadt-schutzzone und darüber hinaus gibt es auch zum Beispiel in Eggenberg und in anderen Bezirken eine Vielzahl von Gebäuden und Straßenzügen, die nach unserer Meinung schutzwürdig sind. Da würden wir uns wünschen eine Aufnahme eines solchen Kataloges und einen Beschluss dieses Kataloges hier im Gemeinderat. Dankeschön (*Applaus KPÖ*).

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüscher**: Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist selbstverständlich unbestritten, dass wir alle gemeinsam ein sehr, sehr großes Anliegen bezüglich der Erhaltung der Innenhöfe haben und der schutzwürdigen Zonen. Wir haben ja schon öfter hier diskutiert, das möchte ich gerne vorweg stellen.

Den Antrag selber, lieber Karl-Heinz, es muss einfach einmal so gesagt werden, ich finde, der Antrag, der ist inhaltlich so daneben (*Applaus ÖVP*), wie es einfach in mancher Hinsicht nicht anders gehen kann. Mich wundert auch das eine, und zwar es gibt ja einige Kollegen im Ausschuss, ich kann mir nicht vorstellen, dass die da sehr viel mitgesprochen haben bei diesem Antrag und warum nicht auch die kompetente Raumordnungssprecherin von der SPÖ hier auch mit ihre Schrift hinterlassen hat. Und zwar möchte ich das damit begründen, dass der Flächenwidmungsplan einfach das völlig falsche Instrument ist, um Innenhöfe zu schützen. Es wird hier gefordert eine Überprüfung der rechtlichen Rahmenbedingungen, inwieweit Flächenwidmungspläne hier Innenhöfe schützen, im Flächenwidmungsplan ist kein einziger Innenhof eingezeichnet. Der Flächenwidmungsplan unterscheidet überhaupt nicht zwischen Innenhöfen und Randbebauung, sondern er geht sogar sehr oft über Grundstücke und auch über Grundstücke und Bauparzellen hinaus und umfasst gesamte Wohnblöcke. In diesem Bereich nur einfach eine Verringerung der Dichte zu bringen, schützt überhaupt nicht die Innenhöfe, denn ohne zusätzliche Bestimmung könnte man die Innenhöfe verbauen und macht dafür die Randbebauung niedriger. Also ich weiß nicht, was dieser Antrag tatsächlich inhaltlich soll, ich habe die Vermutung, und du hast es auch ein bisschen angedeutet und da kann ich durchaus mit, ich habe ein bisschen die Vermutung, dass du dir wahrscheinlich gewünscht hättest, dass bis zum April der andere dringliche Antrag, der einstimmig durchgegangen ist, hier tatsächlich vorgelegt wird. Wenn du einen derartigen Antrag gestellt hättest, dann hätte ich hier einen Zwischenbericht gemacht, wir sind sehr intensiv am Arbeiten von Seiten der Beamten, es gibt auch sehr, sehr viele Vorschläge dazu und wir werden diesen Bericht, bis 4. Mai wird es sicherlich nicht gehen, sondern du hast es ja schon gesagt, wir werden uns durchaus sehr bemühen und auch versprechen, dass wir das nächste Mal im Gemeinderat diesen Antrag einbringen können. Ich glaube, dass in diesem Antrag vom 20. Jänner im Wesentlichen alles gesagt ist, auch alle inhaltlichen Anträge und Bedingungen dort genannt sind, es ist, wie gesagt, in Bearbeitung. Ich muss dir ehrlich sagen, ich kann aus diesem Antrag, aus dem vorliegenden, weder eine Dringlichkeit herauslesen, noch sonst irgendetwas inhaltliches Neues, was gemacht wurde, was im Antrag vom Jänner drinnen steht und wir werden den, wie gesagt, beim nächsten Gemeinderat zur Diskussion vorlegen (*Applaus ÖVP*).

GR. Mag. **Candussi**: Lieber Karl-Heinz! Auch ich habe mir gedacht, formal schaut es ja wirklich aus wie ein Antrag oder wie ein Dringlicher, was du da vorlegst. Inhaltlich habe ich im Antrag gesucht, ich habe wirklich lange gesucht, was in diesem dringlichen Antrag die Kriterien eines dringlichen Antrages erfüllt. Es gibt natürlich einen Punkt, in dem ich deinem dringlichen Antrag vorbehaltlos zustimmen kann, dieser Punkt ist die Unzufriedenheit mit der derzeitigen Situation, der Schutz der Innenhöfe in gründerzeitlichen Innenhöfen und der Schutz der Villenviertel vor brachialer Bebauung. Nicht erst die Fälle der Villa Larazini...

Zwischenruf GR. Mag. Korschelt unverständlich.

Mag. **Candussi**: Na so viel Zeit werden wir haben, Herr Kollege Korschelt. Na wir haben ja gerade vorher gehört, Alkohol verlängert das Leben, wahrscheinlich deshalb, weil es alles ein bisschen verlangsamt und dann man subjektiv das Gefühl hat, es dauert länger. Soll ich es langsamer sagen? Nicht erst die Fälle Lazarini oder das Projekt der Engelvilla belegen die Dringlichkeit in dieser Frage. Wir haben uns mit diesen Dingen schon sehr lange beschäftigt, erlaube mir, lieber Karl-Heinz, den Seitenhieb mit nur einem Beispiel von vielen. Wir haben uns schon zu einer Zeit damit beschäftigt, als deine Fraktion gemeinsam mit der VP und FP bereit war, Teile des Gartens der Villa Hartenau in Bauland umzuwidmen. Ich will dir und den Deinen nicht das Recht absprechen in dieser Sache zu lernen, das Erkennen der Dringlichkeit und des Ernsts der Lage ist ein erster Schritt, den ich gerne unterstütze. Ich mag aber nicht verschweigen, dass es in deinem Antrag einige Punkte gibt, die in mir das Gefühl aufkommen lassen, dass der Antrag nicht nur dringlich eingebracht, sondern auch etwas eilig abgefasst ist. Zum einen zielt er wieder darauf ab, bedauerliche Einzelfälle zu reparieren, anstatt endlich einmal eine nachhaltige flächendeckend gültige Lösung zu finden, die für alle Beteiligten, also für AnrainerInnen und Grundbesitzer genauso wie für die Investoren, und das ist, glaube ich, der wesentliche Punkt, dass es immer so eine Angst gibt, es wäre alles so

investorenfeindlich, darum geht es nicht, es geht darum, dass wir für alle diese Gruppen klare und verträgliche Spielregeln festschreiben und das ist auch für die Investoren und Investorinnen ein unzufriedenstellender Zustand, dass der, den wir jetzt haben, wo wir einfach durch elend lange Streitereien nicht viel weiterbringen und Frust auf allen Seiten erzeugen. Tatsächlich ist die Bebauungsdichte allein nicht der entscheidende Punkt, der über die Verträglichkeit einer etwaigen Nutzung von Villengärten entscheidet, denn es gibt, wie du sicher weißt, keinen Anspruch auf die Ausnutzung der maximal ausgewiesenen Baudichte. Also auch in diesem Fall geht es daneben, wir hätten ja auch jetzt schon die Möglichkeit, per Gutachten zu sagen, wenn im Flächenwidmungsplan steht 1,5, zu sagen 0,8 reicht auch, müsste man nur machen, dann brauchen wir die Dichte nicht zu reduzieren und außerdem habe ich meine Zweifel, ob es möglich ist, so kurz nach der Verordnung des Fläwi die Dichte anlassbezogen zu reduzieren, so gerne ich das auch täte in manchen Fällen. Wir haben dem Fläwi, wie du weißt, nicht zugestimmt. In Österreich ist der Schutz des Eigentums meist ein höher bewertetes Gut und als solches rechtlich bestens abgesichert. Trotzdem werde ich deinem Antrag zustimmen, weil es mir ein Anliegen ist, endlich und hoffentlich bald in einem eigens dafür anberaumten Planungsausschuss über dieses Thema zu diskutieren und dort vielleicht tatsächlich Nägel mit Köpfen zu schmieden. Eine wesentliche Verbesserung erwarte ich mir beispielsweise von der Möglichkeit, basierend auf der Zonierung nach stadtmorphologischen Gebieten für die verschiedenen Bebauungstypen, klare einfache Spielregeln entsprechend der Bebauungstypologie und für alle nachvollziehbar festzuschreiben, welche Arten der Bebauung in welchen Zonen grundsätzlich möglich sein sollten und welche nicht. Und wenn dann jemand mehr will, dann könnte man ja beispielsweise sagen, automatisch dann Bebauungsplanpflicht, wenn jemand über diese Richtlinien hinaus Bedürfnisse hat. Idealerweise könnte man dieses Prozedere auch für die Erlassung von Bepflanzungsrichtlinien anwenden und damit den jüngst praktizierten Richtlinienpflanz zu überwinden versuchen. Ich weiß natürlich, dass es auch andere Möglichkeiten geben könnte, einen effizienten Schutz der städtischen Bebauungs- und Grünstrukturen zu schaffen, weshalb ich meinen Zusatzantrag nicht nur auf diesen einen Vorschlag begrenzen möchte, sondern allgemein formuliere, und damit bringe ich den Zusatzantrag zum dringlichen Antrag von Klubobmann Karl-Heinz Herper betreffend Innenhöfe und schutzwürdige Zonen beziehungsweise

Herabsetzung der Bebauungsdichte, eingebracht von Gemeinderat Hermann Candussi, ein:

Noch im Mai 2005 möge sich der Ausschuss für Stadt-, Verkehrs- und Grünraumplanung zu einem ersten Gespräch über die Möglichkeiten eines effizienten Schutzes vor Verbauung von Innenhöfen und Villen-Gärten im gesamten Stadtgebiet zusammensetzen.

Die Stadtbaudirektion wird ersucht, dazu nötige Unterlagen, Expertisen und etwaige Lösungsansätze vorzubereiten wie beispielsweise die Möglichkeiten, Bebauungs- und Bepflanzungsrichtlinien für unterschiedliche Bebauungstypen flächendeckend für das Grazer Stadtgebiet zu verordnen.

Ich bitte um Annahme auch des Zusatzantrages und ich hoffe, es war nicht zu schnell und nicht zu langsam (*Applaus Grüne*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit angenommen.

GR. **Herper:** Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will nicht vertiefen in die Sache, aber das was Hermann Candussi angemerkt hat mit seinen kritischen Anmerkungen, nämlich bei aller, Hermann pur, trotz aller Süffisanz durchaus ernst, weil ich weiß, und das ist auch in meiner Kenntnis und wir beobachten das ja, dass du dich ja schon seit längerem auch sehr fachlich versiert mit diesen Fragen beschäftigt, deswegen nehme ich auch die Hinweise sehr ernst auf. Sepp Schmalhardt, ein solcher Katalog schutzwürdiger Zonen ist durchaus etwas, was auch in diese Beratungen dann demnächst einzubeziehen sein wird. Gerhard Rüschi, ich weiß, ich hätte vielleicht müssen, nachdem es einen Beschluss gegeben hat am 20. Jänner, dass bis April eine Überarbeitung vorliegen soll im Gemeinderat, vielleicht hätte ich noch einmal bittstellig werden müssen. Ich bitte nur vielleicht, dass man Beschlüsse auch einhält. Ich muss nicht noch einmal daherkommen, wir brauchen uns darüber nicht austauschen, wir erwarten gemeinsam eine Vorgangsweise in Richtung Mai, auch eine gemeinsame Überarbeitung, wie die Kollegin Sickl angeregt hat. Ich weiß, dass es auch eine besondere Betroffenheit gibt auf Seiten der ÖVP-Fraktion. Ja, ich

spüre es ja auch in Reaktionen, wir lassen es einmal prüfen, wir klären das inhaltlich, wir klären das rechtlich, wir klären alle Möglichkeiten und in diesem Sinne bedanke ich mich, wenn es einen Mehrheitsbeschluss gibt (*Applaus SPÖ*).

Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

Der Zusatzantrag von GR. Mag. Candussi wurde mit Mehrheit angenommen.

3) Petition an die zuständigen Gesetzgeber, Befreiung des Spitalskostenbeitrages für Angehörige

GRin. **Kahr** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GRin. **Kahr**: Sehr geehrte Damen und Herren! Für viele Menschen mit nicht sehr hohem Einkommen haben die Erhöhungen im Gesundheitsbereich zu erheblichen finanziellen Problemen geführt. Allein Ende letzten Jahres wurden die Kosten für die Rezeptgebühr, der Spitalskostenbeitrag und die Krankenversicherungsbeiträge erhöht und auch die Selbstbehalte bei Brillen und Kontaktlinsen sind teurer geworden.

In diesem Zusammenhang ist auf einen Umstand hinzuweisen, der aus unserer Sicht eine Ungerechtigkeit darstellt.

Versicherte, die aufgrund ihres kleinen monatlichen Einkommens von der Rezeptgebühr befreit sind, müssen keinen Kostenbeitrag für einen Spitalsaufenthalt zahlen. Diese zumindest für den Versicherten positive Regelung gilt aber nicht für die mitversicherten Angehörigen. Es kommt für diesen zu einer finanziellen Mehrbelastung, wenn der mitversicherte Partner oder Partnerin oder das mitversicherte Kind bei einem Spitalsaufenthalt erst wieder zur Kasse gebeten wird.

Wer zum Beispiel bei der Gebietskrankenkasse versichert und von der Rezeptgebühr befreit ist, zahlt keinen Spitalskostenbeitrag – die mitversicherte Partnerin und davon sind leider vor allem sehr viele Frauen betroffen, zahlt jedoch 13,10 Euro pro Tag. Bei einem 10-tägigen Spitalsaufenthalt zum Beispiel bedeutet das 131,- Euro. Dazu kommt, dass das Einkommen des Ehepaares nicht mehr als 1.030 Euro überschreiten darf.

Da die finanziellen Belastungen für einkommensschwache Personen im Gesundheitsbereich nicht dazu führen dürfen, sich überlegen zu müssen, ob ein Aufenthalt im Spital überhaupt leistbar ist, stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Die Stadt Graz tritt an die zuständigen Gesetzgeber mit dem Ersuchen heran, die Befreiung vom Spitalskostenbeitrag nicht nur für Versicherte, die von der Rezeptgebühr befreit sind, sondern auch für deren mitversicherten Angehörige vorzusehen (*Applaus KPÖ*).

GRin. Mag. **Fluch**: Wir stimmen der Dringlichkeit zu.

GR. **Herper**: Wir stimmen der Dringlichkeit zu.

GR. **Lozinsek**: Die FPÖ stimmt der Dringlichkeit zu.

GRin. **Binder**: Wir stimmen der Dringlichkeit zu.

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

GR. Dr. **Hammer** zum Antrag: Sehr geehrte Kollegin Elke Kahr! Danke für das Aufzeigen dieses Problems. Diese geschilderte Problemstellung ist sachlich richtig. Man steht ungläubig vor diesem Faktum und die Sachlage wurde von mir im Landeskrankenhaus Graz überprüft, man steht ungläubig davor, dass Familienangehörige von rezeptgebührenbefreiten Versicherten in den Steiermärkischen Krankenanstalten nicht unter die Befreiung vom Spitalskostenbeitrag fallen. Die Grazer Volkspartei muss aus grundsatzpolitischen Überlegungen sich auch dagegen aussprechen. Wir haben zwei Grundsätze, mit denen das nicht vereinbar ist. Das eine ist unsere Familienpolitik, mit der es nicht vereinbar ist, dass Mitversicherte nicht die gleichen Rechte haben wie Versicherte, das ist das Eine. Das Zweite ist eine grundsatzpolitische Überlegung, die im Gesundheitsprogramm der Österreichischen Volkspartei ist und die in einer Programmarbeit, die unter Führung von Kurt Hohensinner, Alex Czech und mir durchgeführt wurde, auch so für die Steiermark als Vorschlag für die Programmarbeit definiert wurde, dass genau das, was du forderst, finanzielle Belastung auch für einkommensschwache Personen genau für jemanden anderen soll kein Hindernisgrund sein, medizinische Betreuung in Anspruch zu nehmen und so steht es auch in unserem Programm, dass gute medizinische Betreuung für alle Menschen zur Verfügung stehen soll. Ein dritter Grund, wo wir als Grazer Volkspartei gegen dieses Vorgehen sein müssen, ist folgender, und das wurde mir heute, vom Landeskrankenhaus von der Direktion übermittelt. Jenen Angehörigen, die eben in diese Regelung hineinfallen, wo der Angehörige dann den Spitalskostenersatz zu bezahlen hätte, wird nach Erhalt der Rechnung für den Spitalskostenbeitrag ein Formblatt überreicht, indem sie darauf hingewiesen werden, dass sie um Unterstützung für diesen Beitrag aus Mitteln der Sozialhilfe Antrag stellen können. Das heißt also, dass letztendlich aus dem Sozialbudget der Stadt Graz, das Defizit der KAGES abgedeckt werden soll. Und da sind wir aber eigentlich schon beim Hauptverantwortungsträger, dem Land Steiermark und dem zuständigen Landesgesundheitsrat. Darf ich dazu die Hintergründe erläutern? Im Krankenanstaltenrecht hat der Bundesgesetzgeber auf Grund der Bundesverfassung nur die Kompetenz zur Grundsatzgesetzgebung, die Ausführungsgesetzgebung und

die gesamte Vollziehung liegt bei den Bundesländern. Nach der Grundsatzbestimmung des § 27 a des Krankenanstaltengesetzes sind Personen von der Zahlung des Spitalskostenbeitrages ausgenommen, die ein besonderes soziales Schutzbedürfnis aufweisen. Diese Schutzbedürftigkeit, und so wird es im Gesetz genannt, wird anhand der Familieneinkommens- und Vermögensverhältnisse ermittelt. Den Ländern obliegt dazu aber die nähere Ausführungsgesetzgebung. Nach der Formulierung des § 27 a dieses Bundeskrankenanstaltengesetzes ist es grundsätzlich richtig, dass eine Befreiung vom Spitalskostenbeitrag nur für diejenigen gilt, bei denen soziale Bedürftigkeit vorliegt. Das heißt aber nicht, dass der oder die mitversicherten Angehörigen automatisch den Spitalskostenbeitrag zu entrichten haben, wie es fälschlicherweise jetzt von der Krankenanstaltengesellschaft gemacht wird. Es ist vielmehr auch bei ihm oder bei ihr die soziale Schutzbedürftigkeit zu prüfen. Liegt daher das Nettoeinkommen des Ehepaares unter dem Richtsatz für Ehepaare, diese 1.030,- Euro monatlich, so ist sowohl der Hauptversicherte als auch der mitversicherte Angehörige rezeptgebührenbefreit und somit auch spitalskostenbefreit. Die Umsetzung dieses Bundesgesetzes obliegt dem Land. Das steirische Landeskrankenanstaltengesetz sieht soziale Schutzbedürftigkeit als Grund für die Befreiung des Spitalskostenbeitrages vor, der Landesgesetzgeber hat also entsprechend reagiert und Vorsorge getroffen. Nach Auskunft der Direktion der Landeskrankenhaus Graz wird allerdings, wie ich schon gesagt habe, bei mitversicherten PartnerInnen von rezeptgebührenbefreiten Hauptversicherten der Spitalskostenbeitrag in Rechnung gestellt. Eine Änderung dieser Vorgehensweise obliegt dem für die Krankenanstalten politisch verantwortlichen Gesundheitslandesrat Erlitz. Wir haben im Vorfeld in der Diskussion, wie du diesen Antrag vorgelegt hast, war dann unsere Fraktion der Meinung, dass wir einen Abänderungsantrag stellen sollten, wo wir speziell eben auch diese Verantwortlichkeit des Gesundheitslandesrat betonen sollen. Wir sind aber mit dieser Umformulierung, wie du das gesagt hast, „an die zuständigen Gesetzgeber“ sind wir mit diesem Antrag einverstanden und stellen dann den Abänderungsantrag nicht (*Applaus ÖVP*).

GRin. **Kahr**: Ich möchte hier keine längere Grundsatzdebatte über die ganze Gesundheitsversorgung sagen, dazu könnte man sehr, sehr viel sagen. Ich möchte

mich einfach bedanken für die einstimmige Annahme. Tatsache ist es, dass die gesundheitliche Versorgung für jeden Menschen, für jede Frau, für jeden Mann, für jedes Kind leistbar sein muss, das ist unser Grundsatz von der KPÖ und deshalb haben wir diesen Antrag auch gestellt. Danke (*Applaus KPÖ*).

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

4) Petition an den Bundesgesetzgeber – Volksabstimmung über EU-Verfassung

GR. Mag. **Fabisch** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

Mag. **Fabisch**: Lieber Herr Bürgermeister, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es geht um die EU-Verfassung. Der neue EU-Verfassungsvertrag bringt eine tief greifende Veränderung der Verfassungsrealität in Österreich mit sich und hat große Auswirkungen auf die Lage der Gemeinden. Er orientiert darauf, die EU ökonomisch, politisch und militärisch zu einer mit den USA gleichwertigen Supermacht zu entwickeln. Kern der Verfassung ist nämlich die Entwicklung der EU zu einer Militärunion durch Verankerung einer EU-Armee als Interventionstruppe sowie die Aufrüstungsverpflichtung, die militärischen Fähigkeiten ständig zu verbessern, aber auch die Festschreibung des neoliberalen Wirtschaftsmodells verbunden mit der Liberalisierung und Deregulierung aller Bereiche. Auch aus der Sicht der Gemeinden gibt es eine starke Betroffenheit durch dieses Werk.

- Die formal in der Verfassung verankerten Rechte der Gemeinden werden durch die ökonomischen Vorgaben und den Zwang zur Aufrüstung unterlaufen.
- Der Ausschuss der Regionen ist auch künftig kein geeignetes Instrument, um die Interessen der unteren Gebietskörperschaften wirksam zu vertreten.

- Die in der Verfassung verankerte Liberalisierung der öffentlichen Dienste bedeutet einen massiven Angriff auf elementare Bereiche der kommunalen Grundversorgung.

Die hier festgelegten Vorgaben für die Wirtschafts- und Währungsunion bedeuten zugleich massive Grenzen für die Budgetgestaltung der Gemeinden und damit einen verstärkten Druck zur Privatisierung kommunalen Eigentums und steigende Tarife und Gebühren. Für die Gemeinden bedeutet daher die Verfassung letztlich die Legitimierung eines verstärkten Druckes auf die kommunalen Finanzen und die kommunale Grundversorgung. Schon aus diesen Gesichtspunkten ist eine umfassende und gründliche Auseinandersetzung mit dem Verfassungsentwurf notwendig. Gerade die Gemeinden müssen sich mit dem Inhalt der Verfassung kritisch auseinandersetzen und die darin verankerten Ziele mit den Interessen ihrer Bürger und Bürgerinnen abwägen.

Die Ablehnung einer Volksabstimmung über die EU-Verfassung durch die Parlamentsparteien darf nicht das letzte Wort in dieser Angelegenheit sein. Eine Stellungnahme des Gemeinderates der zweitgrößten Stadt in Österreich kann den Anstoß zu einem Umdenken geben, zumal in zehn Mitgliedsstaaten der EU Referenden über diese Frage stattfinden.

Deshalb stelle ich namens der KPÖ folgenden

D r i n g l i c h k e i t s a n t r a g :

Angesichts der grundsätzlichen und weit reichenden Bedeutung der künftigen EU-Verfassung tritt der Gemeinderat von Graz für eine breite öffentliche Meinungsbildung und Entscheidungsfindung über den Inhalt dieser Verfassung ein und fordert daher den österreichischen Nationalrat auf, die EU-Verfassung einer Volksabstimmung zu unterziehen (*Applaus KPÖ*).

GR. **Herper** zur Dringlichkeit: Werter Mag. Andreas Fabisch! Ich bin und wir sind ja alle Freunde auch der direkten Demokratie. Trotzdem stellt sich im Zusammenhang mit der EU-Verfassung die Sache etwas differenzierter dar. Die Europäische Verfassung, und ich habe mich ja eingehend mit dem Verfassungsjuristen des Bundes ins Einvernehmen gesetzt, ist ja rein rechtlich gesehen, so wurde mir gesagt, ein ganz gewöhnlicher völkerrechtlicher Vertrag zwischen allen Mitgliedsstaaten der EU. Was notwendig geworden ist seit dem Beitritt Österreichs, ist ein besonderes Bundesverfassungsgesetz diesbezüglich, nämlich einerseits, um die Europäische Verfassung abzuschließen und andererseits, um den Vertrag zu genehmigen mit der entsprechenden Zwei-Drittel-Mehrheit im Nationalrat und im Bundesrat. Darüber wird ja noch zu verhandeln sein und darüber werden ja auch noch im Unterausschuss im Parlament die diesbezüglichen Gespräche und Verhandlungen geführt. Die politisch wesentliche Frage, die du ja gestellt hast, ist die Frage einer Volksabstimmung in Österreich über die EU-Verfassung. Eine solche müsste über das entsprechende Bundesverfassungsgesetz stattfinden und nicht über die EU-Verfassung, rechtlich gesehen, nur zur Aufklärung. Natürlich beschäftigen sich alle Spitzen der Verfassungsjuristerei in Österreich und in der Republik damit, weil diesbezüglich kann es ja nur, auch rechtlich gesehen, eine Möglichkeit über ein Verlangen für eine Volksabstimmung geben in Richtung der Bundesverfassung, wenn es eine Gesamtänderung derselbigen gibt. Darüber sind sich selbst die Experten auf höchster Ebene uneins, die einen meinen, das wäre schon eine Gesamtänderung, andere sagen, es gibt keine Gesamtänderung, sie meinen aber auch durchaus beide unisono, eine Unterlassung einer Volksabstimmung wäre ohne Sanktionen, denn die Europäische Verfassung wäre trotzdem gültig und für Österreich verbindlich. Ich füge nur hinzu, wir hätten schon, wenn es eine Gesamtänderung der Bundesverfassung gäbe, damit hätten wir schon beim Vertrag von Nizza eine selbige abhalten müssen, was ja nicht erfolgt ist. Zusammengefasst, lieber Andreas Fabisch, es sprechen daher weit mehr Gründe dafür, dass eine Volksabstimmung rechtlich nicht geboten ist, politisch spricht gegen eine Volksabstimmung, dass die EU-Verfassung aus österreichischer Sicht Vorteile bringt, insbesondere eine größere Klarheit und bessere funktionsfähige Strukturen, sich aber gleichzeitig gegenüber dem bisherigen Rechtsbestand der Europäischen Union substantiell nicht viel ändert. Eine besondere Problematik, die eine Volksabstimmung politisch rechtfertigen würde, aus unserer Sicht, ergibt sich daher nicht und ich meine auch, wir sollten nicht a priori

immer Volksabstimmungen abhalten, nur um das Instrument der Volksabstimmung einzusetzen. In diesem Sinne Ablehnung.

GR. **Schönegger**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Frau Stadträtin, werte Stadträte, geschätzter Gemeinderat! Insbesondere geschätzte Damen und Herren der KPÖ, Liste Kaltenecker, wie auch immer. Zu allererst gestehe ich Ihrer Fraktion durchaus zu, mit diesem dringlichen Antrag ein gewisses Anliegen transportieren zu wollen, ja mehr noch, dass Sie sich mit diesem Thema wirklich befasst haben, was ja nicht bei jedem dringlichen Antrag und von jeder Fraktion immer Art ist. Aber ungeachtet dieser durchaus wertschätzend gemeinten Einleitung stelle ich mit großer Sorge und mit Bedauern fest, dass Sie, geschätzte Damen und Herren der KPÖ, in ideologischen Schranken verhaftet sind, die es Ihnen leider augenscheinlich nicht erlauben, die wahre Dimension dieser gemeinsamen Verfassung für Europa wirklich zu erfassen. Ich jedenfalls bin freudig erregt bis enthusiastisch angesichts dieses bedeutenden Schrittes (*Applaus ÖVP*). Sie finden, und das entnehme ich Ihrem Antragstext, nichts Gutes an diesem großen politischen Wurf für Europa. Meiner Meinung nach jedoch müssten sich viele Staaten, andere Kontinente von diesem Verfassungsentwurf ein Stück abschneiden. Ich erspare es mir und Ihnen, jetzt die Beispiele von Verfassungen zu bringen. Nun zu Ihrem Antrag. Es geht bei der Europäischen Verfassung, wie sie vorliegt, um einen völkerrechtlichen Vertrag, welcher die Grundprinzipien unserer Verfassung, genauer die Baugesetze, nicht berührt, nicht verändert, aber das hat Klubobmann Herper bereits treffend ausgeführt und daher im Österreichischen Bundesverfassungsgesetz keine Volksabstimmung vorgesehen ist. Des Weiteren erfolgt die Ratifizierung dieser Verfassung in Österreich vom Nationalrat und Bundesrat mit Zwei-Drittel-Mehrheit, das heißt, diese Verfassung wird von vom Volk gewählten Vertretern ratifiziert. Wir als ÖVP-Fraktion stehen hinter diesem Parlamentarismus und werden ihn nicht in Frage stellen, nur weil die Liste Kaltenecker oder KPÖ oder wie auch immer nicht im Parlament vertreten ist, daher lehnen wir den von Ihnen eingebrachten Antrag auch ab (*Applaus ÖVP*).

GRin. **Binder**: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die freudige Erregung kann ich nicht teilen, da erregen mich ganz andere Dinge, wenn ich zuhöre (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*). Ich bin erstaunt und auch wiederum nicht erstaunt, dass zwar die ÖVP dem Dringlichkeitsantrag nach einer Volksabstimmung, dass sie da nicht mitgehen kann, das überrascht mich überhaupt nicht, von der SPÖ, das sehe ich schon ein bisschen differenzierter, muss ich sagen. Karl-Heinz Herper, ich schätze deine Meinungen immer sehr, in dieser Frage widerspreche ich dir sehr wohl, sowohl Leidenmüller, der vielleicht mit Namen bekannt ist, auch Geistlinger ist hoffentlich hier bekannt, wenn nicht, müsste man sich informieren, das wäre höchst an der Zeit und angebracht, beide Völkerrechtler meinen, dass eine Volksabstimmung notwendig wäre und zwar nicht, weil mit der EU-Verfassung auch die Neutralität die Mur runterschwimmt, die ist nämlich eh schon längst weg mit dem Beitritt zur EU, von der SPÖ unterzeichnet, sondern weil es eine massive Souveränitätsabgabe gibt. Also Österreich gibt in vielen, sehr substanziellen Fragen Souveränität an die EU ab und dies sei ein wesentlicher Grund, meinen beide, warum das österreichische Volk eigentlich befragt werden müsste. Es steht auch in dem Dringlichkeitsantrag drinnen, in zehn Mitgliedsstaaten gibt es eine Volksabstimmung. Ich frage mich, und das hat nichts mit Tradition zu tun, sondern ich frage mich, wovor hat diese Regierung denn Angst, die österreichische Bevölkerung zu befragen, und wenn es eine seriöse Befragung geben soll, dann steht auch hier die Forderung drinnen nach einer breiten Information, nach einem breiten Meinungsbildungsprozess. Denn, liebe Kolleginnen und Kollegen, was ich erlebe ist eine ganz, ganz große Uninformiertheit der Bevölkerung und wenn wir dann ins Gespräch mit den Menschen kommen und ihnen klar machen, dass die EU-Verfassung aus drei Teilen besteht und in den ersten beiden Teilen durchaus Dinge drinnen stehen, die ich persönlich vertreten kann, aber im dritten Teil dann sozusagen die Spezifizierung erfolgt und dann alles das, was in dem dringlichen Antrag drinnen steht, bis ins kleinste Detail ausgefeilt ist, dann schauen die Menschen, dann sagen sie, habe ich nie gehört, ach so ist das. Also das heißt, was die Regierung bis jetzt sträflich vernachlässigt hat, ist die Informationspflicht, ihre Informationspflicht und wenn bei Nizza nicht abgestimmt wurde, Karl-Heinz, das heißt noch lange nicht, dass wir jetzt nicht abstimmen sollen, also ich sehe die Logik nicht und ich würde vielmals, vor allem auch die Kolleginnen und Kollegen der SPÖ auffordern und bitten, sich das zu überlegen und diesem Antrag auch wirklich die

Zustimmung zu geben. Er ist ein wesentlicher Antrag und er wird unser Leben, die EU-Verfassung wird das politische Leben in entscheidendem Maße auch negativ verändern (*Applaus Grüne*).

GRin. Dr. **Sickl**: Die FPÖ-Fraktion wird diesem Dringlichkeitsantrag die Dringlichkeit zusprechen und auch unterstützen, weil auch wir das finden, dass es ein wichtiger Teil der Demokratie ist, ein wichtiger Teil der demokratischen Entscheidungsfindung, und wie schon die Kollegin Binder gesagt hat, Österreich gibt viele Kompetenzen ab und warum soll es nicht möglich sein, dass man so wie in anderen EU-Staaten diese Verfassung einer Volksabstimmung unterzieht. Also wir unterstützen sowohl die Dringlichkeit als auch den Inhalt. Danke.

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Mag. Fabisch: Nur einige Ergänzungen noch. Ich habe schon sehr viel Gutes gehört auch von den beiden VorrednerInnen. Ergänzungen, die ich noch bringen wollte, sind schon erklungen. Ich habe es befürchtet, meine Damen und Herren, ich möchte trotzdem kurz noch andeuten, welche Punkte da vielleicht im Konkreten jetzt auf uns zukommen werden oder zukommen können. Wie gesagt haben Anfang März alle vier Parlamentsparteien einstimmig beschlossen, die EU-Verfassung in Österreich ohne Volksabstimmung zu ratifizieren. Eine für mich rechtlich und demokratiepolitisch unglaubliche Vorgangsweise. Rechtlich deshalb, wie schon angedeutet, weil Souveränitätsrechte, zum Beispiel der Artikel 1/60, der sich dann mit dem möglichen freiwilligen Austritt Österreichs aus der EU beschäftigen kann, der wird dann keine Sache des österreichischen Volkes allein nur sein, sondern der braucht dann die Mehrheit im Rat und die Mehrheit im europäischen Parlament, das lieber Karl-Heinz, ist ein eklatanter Souveränitätsverlust, der betrifft sehr wohl die Baugesetze, und natürlich stimmen wir mit einer Volksabstimmung in diesem Punkt dann eigentlich über die österreichische Bundesverfassung ab, das ist auf jeden Fall richtig. Nur

warum wir nicht abstimmen sollen, hast du aus meiner Sicht nicht erklären können. Rund 80 % der österreichischen Bevölkerung, meine Damen und Herren, wie Sie wissen, befürwortet die Neutralität, die zwar seit Jahren unterlaufen wird aber dennoch heuer ihren 50-er feiert. Durch diese Verfassung allerdings wird, sie dieses Jahr nicht mehr lange überleben. Vielleicht bleibt das Neutralitätsgesetz formal bestehen, das kann sein, faktisch wird uns eine Rüstungsagentur von außen zwingen, durch erhöhte Militärausgaben die EU mitaufzurüsten und Kampftruppen für Einsätze fern der Heimat bereitzustellen auch ohne UNO-Mandat. Wenn Verpflichtung zur Erhöhung des militärischen Potentials in der Verfassung steht, dann können Aufrüstungsgegner unter Umständen zu Verfassungsfeinden erklärt werden. Waffen, meine Damen und Herren, vernichten auch im Frieden, sie vernichten Kindergartenplätze, die geplanten Eurofighter kosten so viel wie eine 22.000 Kinderbetreuungsplätze 50 Jahre lang. Aufrüstung schwächt unsere Pensionen, eine einzige Flugstunde eines Eurofighters kostet zirka so viel wie durchschnittliche jährliche Pension einer ÖsterreicherIn. Ich höre heute schon die vielen Wehklagen in diesem Gemeinderatssaal voraus, was wir uns alles gerne leisten würden, wenn der Druck von oben nicht so übermächtig wäre. Bin gespannt, welche finanztechnischen Kunststücke dann noch überlegt werden. Viel wird da nicht mehr gehen. Weil das Familiensilber ist bis dorthin sicher endgültig verkauft. Aber wenn jeder EU-Staat zumindest zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes für das Militär ausgeben soll, und das wird konkret angedacht, entspricht das zumindest der Verdoppelung der bisherigen österreichischen Militärausgaben, dann fehlt das Geld natürlich woanders. Und schließlich soll ja auch die Atommacht Europa mitfinanziert werden und die Vorrechte für die Atomindustrie durch diese Verfassung weiter gefestigt werden. Und über das alles und vieles weitere sollen die Österreicherinnen und Österreicher weder informiert noch gefragt werden. Wie erklären Sie das den Grazerinnen und Grazern? Anscheinend haben die Politiker wirklich Angst vor dem Volk. In zehn EU-Staaten werden diese Fragen diskutiert und es wird darüber abgestimmt und genau das fordern wir, nichts anderes, genau das fordern wir für die Grazer und für die österreichische Bevölkerung, ganz egal, wie auch immer diese Volksabstimmung ausgehen wird. Zurück zur Dringlichkeit und dann bin ich schon fertig. Es ist noch nicht ganz zu spät, in vier Wochen soll es zur Ratifizierung im Parlament kommen. Ich ersuche Sie, meine Damen und Herren, vielleicht jenseits

allen Klubzwangs dieser Petition dennoch zuzustimmen, leider geht das nicht mehr.
Danke.

5) City-Maut

GRin. **Binder** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GRin. **Binder**: Sehr geehrte Damen und Herren! Mir geht es mit meinem dringlichen Antrag um ein sehr sensibles, aber sehr, sehr wichtiges Thema. Ein Thema, das sicherlich sehr emotionalisiert, das aber gerade, weil wir in unserer Stadt uns sehr viele Gedanken gemacht haben, wie wir denn die Lebensqualität in unserer Stadt erhöhen und verbessern können, wie wir den Feinstaub reduzieren können und das ist auch unmittelbar damit verbunden, den Individualverkehr entsprechend und entscheidend in den Griff zu kriegen, haben wir Grüne uns entschlossen, einen dringlichen Antrag bezüglich der City-Maut einzubringen. Seit London im Februar 2003 und in weiterer Folge Oslo und Trondheim erfolgreich die City-Maut eingeführt haben, beschäftigen sich zahlreiche europäische Städte mit Überlegungen zur Einführung beziehungsweise zur Umsetzung gleicher oder ähnlicher Mautsysteme. Allen gemeinsam ist das Ziel, die explosionsartig zunehmenden verkehrsbedingten Schäden und Kosten in den Ballungsräumen durch eine drastische Reduktion des Verkehrsaufkommens zu verringern beziehungsweise zu vermeiden.

Lärm, Abgase, Stau und nicht zuletzt eine dramatisch hohe Feinstaubbelastung prägen das Stadtbild von Graz und beschneiden die Lebensqualität der Grazerinnen und Grazer zunehmend und in rasantem Tempo. Immer mehr Grazerinnen und Grazer flüchten über die Stadtgrenzen hinweg in die Grazer Umlandgemeinden.

Die Zahlen für Graz sind alarmierend. Rund 220.000 Kfz-Fahrten werden täglich an der Grazer Stadtgrenze gezählt, 160.000 davon sind NichtgrazerInnen. 87% der EinpendlerInnen benutzen mittlerweile das Auto und nur 13% den öffentlichen Verkehr. 358.000 Kfz-Fahrten werden täglich innerhalb des Grazer Stadtgebietes verzeichnet, also nicht von Menschen, die von außerhalb kommen, sondern

innerhalb unserer Stadt, 330.000 davon sind also Grazerinnen und Grazer. Jährlich nimmt der motorisierte Individualverkehr um 2,7% zu, was bis zum Jahr 2015 einen Verkehrszuwachs von beinahe 50% prognostizieren lässt. Alles unbestreitbare Zahlen, Studien von Fallast und einer VCÖ-Studie

Dieser Entwicklung Einhalt zu bieten, ist ein klarer politischer Auftrag. Die Stadt Graz hat sich vor allem mit der Feinstaubbelastung beschäftigt, insbesondere mit der Notwendigkeit von ÖV-Maßnahmen im Großraum Graz und sich mit einem umfangreichen Maßnahmenkatalog auf dem Petitionsweg an das Land Steiermark und den Bund gewandt. Aber auch mit einem wirkungsvollen Mautsystem kann sowohl den PendlerInnen als auch der übermäßigen Benutzung des Autos durch die Grazerinnen und Grazer selbst wirkungsvoll begegnet werden. Keine Überlegung in Hinblick auf eine Eindämmung beziehungsweise Verlagerung des Autoverkehrs auf den öffentlichen Verkehr darf – wie auch in anderen Städten der EU-Mitgliedstaaten - ausgelassen werden.

Studien über verschiedene Varianten einer Einführung der Stadtmaut in Graz haben mittlerweile ergeben, dass ein Rückgang der zurückgelegten Fahrzeugkilometer um fast 20 Prozent, nämlich von 4,1 Millionen auf 3,4 Millionen Kilometer pro Tag, sind auch Zahlen, die unter die Haut gehen, 4,1 Millionen auf 3,4 Millionen Kilometer pro Tag würden durch eine sinnvolle City-Maut verringert. In London konnte die Zahl der Autofahrten um ein Drittel verringert werden. Um 1,1 Millionen mehr Fahrgäste waren seitdem im öffentlichen Verkehr unterwegs. Den Einnahmen von etwa 21 Millionen Euro pro Jahr stünden lediglich drei Millionen Euro Kosten für die Einhebung in Graz gegenüber.

Der Nutzen für Städte und ihre Bevölkerung ganz generell ist aus der öffentlichen Berichterstattung der letzten Wochen auch offensichtlich geworden:

- Reduktion des motorisierten Individualverkehrs
- Förderung des öffentlichen Verkehrs
- Wiederherstellung der städtischen Lebensqualität
- Reduktion der Abwanderung

- Erschließung einer Einnahmenquelle für Investitionen in den öffentlichen Verkehr. Dass zusätzliche intelligente Angebote auf Seiten des öffentlichen Verkehrs die Menschen motiviert, auf das eigene Auto zu verzichten, ist durch viele Studien hinlänglich bekannt.
- Attraktivierung des Wirtschaftsstandortes durch Abnahme der Staukosten.

Natürlich sind einer solchen grundsätzlichen Erfassung aller relevanten Fakten und Grundlagen im Besonderen auch die rechtlichen, verwaltungstechnischen, wirtschaftlichen und organisatorischen Überlegungen mit allen in Frage kommenden Folgekosten und Problemstellungen zugrunde zu legen.

Vor allem die Erkenntnisse und die gelebte Praxis in den europäischen Städten, wo die Maut bereits eingeführt ist beziehungsweise vor der Einführung steht, drängen darauf, sämtliche Varianten einer Einführung der Stadtmaut für die Stadt Graz einer raschen Überprüfung auf ihre Umsetzungsmöglichkeit zu unterziehen.

Namens der Grünen – ALG stelle ich daher den

dringlichen Antrag :

Die zuständigen Stellen des Magistrat Graz werden beauftragt,

1. in Anlehnung an die aktuellen Studien des VCÖ alle sinnvollen Varianten sowie Vor- und Nachteile der Einführung einer Stadtmaut für die Stadt Graz zu prüfen,
2. die rechtlichen Möglichkeiten für partielle Fahrverbote für Diesel-Kfz ohne Partikelfilter und schwere Lkw zu prüfen,
3. die Ergebnisse dieser Prüfungen den jeweils zuständigen Gemeinderatsausschüssen bis zur ersten Gemeinderatssitzung im Herbst 2005 zur Beratung vorzulegen (*Applaus Grüne*).

GR. **Herper** zur Dringlichkeit: Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich weiß, City-Maut das klingt so wie der Gessler-Hut, die emotionale Erregtheit steigt dann gleich ins Maßlose. Trotzdem meine ich, wenn ich heute ins Internet geschaut habe, nachdem der Herr Bürgermeister auch interviewt worden ist und andere Stadtregierungsmitglieder, gab es Reaktionen und darunter eine, die mir sehr zugetan ist, weil sie einfach der Vernunft folgt und vielleicht auch der Vorsicht und einer gewissen Realistik. Zitat, viele wollen die City-Maut einfach nicht, und weil sie sie von vorneherein ablehnen, denken sie auch nicht darüber nach. Ich sage heute ist nicht die Stunde, wo wir über City-Maut ja oder nein entscheiden, heute ist nicht die Stunde, um zu sagen, wir stehen vor einer endgültigen Entscheidung, sondern es geht darum, heute einen Prüfauftrag zu erteilen. Nämlich zu prüfen die Vor- und Nachteile neben vielen anderen Möglichkeiten. Ich bin der Grünen Fraktionen, insbesondere der Klubobfrau Sigi Binder dankbar, dass unsere, meine Anregungen eingearbeitet worden sind, nämlich insofern eingearbeitet worden sind, weil sie zumindest eine Gewichtung vorgeben. Also bei der grundsätzlichen Erfassung, bringt die City Maut was oder bringt sie nichts, auch alle relevanten Fakten und Grundlagen in rechtlicher, in verwaltungstechnischer, in wirtschaftlicher und organisatorischer Überlegung mit einzubeziehen, auch die Folgekosten und die Problemstellungen, damit dann wirklich realistisch beurteilen kann a) im Gemeindeumweltausschuss und dort, wo die Entscheidung zu fallen hat, nämlich hier in der Gemeindestube. Natürlich für uns SozialdemokratInnen ist natürlich die Frage bessere Luft, Gesundheit für uns, unsere Kinder, unsere Enkel von wichtiger und bedeutender Entscheidung, aber es kann nicht losgetrennt werden natürlich die Frage der Verkehrsflüsse, wie Verkehrsströme zu leiten sind, insbesondere im Großraum Graz unter Bedachtnahme von 50.000 bis 60.000 Pendlerinnen und Pendlern, die wesentliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind. Also für uns ein wichtiger und harter Fakt, wenn wir entscheiden für oder wider einer solchen Maßnahme. Was ist im Interesse auch der Beschäftigten? Was ist im Interesse auch eines Wirtschaftsstandortes Graz, um eine aufrechte Wirtschaftsstruktur und entsprechende Versorgung intakt zu halten? Ich halte nichts davon, wie du, lieber Bürgermeister Siegfried Nagl es heute angetönt hast, es sei so Art rot-grüne Verschwörung. Ich will da gar nicht so einen Mythos entwickeln, das Gespenst geht um hier in der Grazer Gemeindestube. Ich glaube, wir wollen nur realistisch prüfen, was ist Sinn und was ist Unsinn an der Maßnahme. Ich bin seit Monaten als Mitglied des Umweltausschusses, und Günter

Getzinger als Vorsitzender und alle wesentlichen Mitglieder dieses Gemeindeumweltausschusses haben sich über Monate sehr intensiv damit beschäftigt und der Gemeinderat hat einstimmig auch die Vorschläge, die aus dem Gemeindeumweltausschuss unter fachlicher Assistenz über Monate beraten wurden, hier mehrmals beschlossen, Grundsatzbeschlüsse, weiter folgende Beschlüsse und das Land war direkt angeregt, durch unsere Petitionen an den Bundes- und Landesgesetzgeber ähnliche Beschlusslagen herbeizuführen in der Steiermärkischen Landesregierung und in der steirischen Landstube. Wenn ich konfrontiert bin die letzten Wochen und Monaten, und Günter Getzinger hat es in einer Fragestunde bereits gesagt. Der Spiegel hat sich vor drei Wochen in einer Art Sonderausgabe damit befasst, Pro und Kontra abzuwägen inklusive auch vieler Varianten und Möglichkeiten, die inzwischen in zahlreichen europäischen Städten geprüft und inzwischen auch eingeführt wurden. Ich zitiere nur: Neue Flaniermeilen zwischen Tiber und Po, die piazza Venezia ist vom Bürgermeister von Rom mit einem Fahrverbot belegt worden. Fahrverbote in mindestens mehr als einem Dutzend italienischer Städte. Ähnlich ist die Vorbereitung und die Durchführung auch in deutschen Städten und...

Zwischenruf unverständlich.

GR. **Herper:** Ich meine, deine Witzigkeit kenne ich schon seit langem, aber du belegst ja wenigstens die Gemeinderatssitzung auch mit deinen Beiträgen. Die Norweger sind da, was die City Maut betrifft, ja federführend, Ähnliches wurde ja bereits in Bergen eingeführt 1986, Trondheim 1988, 1990 Oslo und wie wir alle wissen, seit 2003 die Cangestion Charts in London. Nachweisbar ist, dass zwischen Hyde-Park und Tower zumindest die Luftbelastung um 12 und der Verkehr um 30 % zurückgegangen ist. Ähnliches plant ja jetzt auch Stockholm, unter anderem nämlich, sich hier noch in diesem Jahr eine solche Maßnahme vorzunehmen und eine Fortführung mit einem Referendum zu versehen 2006. Ich sage das nur, dass das ja keine Grazer Erfindung ist oder vielleicht eine innerösterreichische Variante. Es ist

eine gesamtösterreichische, gesamteuropäische Problematik. Die EU-Kommission hat dieser Tage eine Statistik veröffentlicht, um den Kampf gegen die Luftverschmutzung, insbesondere den Feinstaub, auch zu rechtfertigen. Demnach sterben jedes Jahr bis zu 310.000 Europäerinnen und Europäer vorzeitig an Herz- und Krebserkrankungen durch Emissionen des Verkehrs, der Industrie und der Landwirtschaft, die damit zumindest ausgelöst oder zumindest gefördert werden. Ich sage, der Individualverkehr ist ja nur ein Teilaspekt einer Gesamtfeinstaubbelastungsfaktorenkette und wichtigster Faktor sind ja bekanntlich die Feinstäube, die ja im Durchschnitt die Lebenserwartung der Europäer um neun Monate senken, und das ist auch im Interesse der EU-Kommission, wie sie jetzt dieser Tage ausgedrückt hat und mittels ihrer Vorgaben, die Zahl der Todesfälle zumindest bis zum Jahr 2020 um 200.000 pro Jahr reduzieren zu wollen. Die Maßnahmen sind sehr vielfältig, Stockholm hat schon jetzt eingeführt ein 35-km/h-Tempolimit, andere haben Fahrverbote bereits partiell für Dieselfahrzeuge ohne Partikelfilter. Wir haben sehr vehement und ich sage, dass der Umweltreferent, Vizebürgermeister Walter Ferk, aber auch durchaus auch die gesamte Stadtregierung sehr wesentlich mit dazu beitragen, dass Graz als Modellstadt gilt. Es stand nicht nur im Spiegel das große EU-Projekt gemeinsam mit Bozen, es stand nicht nur im News die Modellhaftigkeit der Initiativen, die aus Graz kommen, sowohl die Förderung des Einbaus, um vielleicht auch entsprechend die Dieselpartikelfilter stärker zu fördern, als sie bisher vorgesehen worden ist, es sind eine Mannigfaltigkeit von Maßnahmen und Initiativen gesetzt worden bis zur Heizungsumstellung und viele andere mehr. Und insbesondere unsere lange und jahrzehnte lange eigentliche und dringende Forderung, den öffentlichen Verkehr mehr als bisher im Großraum Graz zu fördern, mit Beteiligung des Bundes und des Landes inklusive eines S-Bahn-Systems (*Applaus SPÖ*). Und deswegen sagen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, es gehören alle Fakten auf den Tisch, es gilt weder ein Denk-, Diskussions- noch ein Prüfungsverbot in dieser Stadt. Es soll nicht herumgeredet werden, was sind die Vor- und Nachteile, die einen werden mit der Keule der Wirtschaftsbedrohung kommen, die anderen werden das sowieso für null und nichtig erklären, es gibt ja genauso Leute, die über Für und Wider nämlich von partiellen Fahrverboten reden. Wir wollen konkret geprüft wissen, was bringt die City-Maut mit allen rechtlichen, organisatorischen, verwaltungstechnischen, ökonomischen und vor allem für die Luft und für die Gesundheit der Bevölkerung wirksamen Maßnahmen.

Da geht es um keinen Krieg zwischen Graz oder Umgebung oder sonst irgendwo und wir wollen auch keinen Keil, sondern wir wollen, das mag euer Begehren sein, wir werden uns da nicht auseinanderdividieren lassen, gemeinsam werden wir die Geschichte auch tragen, gemeinsam werden wir prüfen und es auch tragen (*Applaus SPÖ*), da kann sich die ÖVP nicht davon absentieren, die bisher im Gemeindeumweltausschuss mitgehalten hat, außer du erklärst heute, die ÖVP geht da nicht mehr mit. Deswegen wollen wir prüfen, welche Auswirkungen es hat, über Sinn und Sinnhaftigkeit und außerdem sage ich auch ganz konkret, ich will das Hick-Hack nicht mehr anschauen, wer wann welche Maßnahmen, wie nicht erfüllt und macht. Ich möchte gerne, dass es auch eine Rute im Fenster gibt, ganz konkret und deswegen muss es auch eine Prüfung von allen Alternativen und Möglichkeiten geben und ich bin sehr froh, dass der konkrete Antrag nicht nur die City-Maut über Vor- und Nachteile beinhaltet, sondern auch die partiellen Fahrverbote, die wir gemeinsam hier im Gemeinderat beschlossen haben und in diesem Sinne werden wir der Dringlichkeit zustimmen und werden wir auch inhaltlich mitgehen. Wir warten auf das Prüfergebnis und dann entscheiden wir. Danke (*Applaus SPÖ*).

GR. **Lozinsek:** Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren! Vor eineinhalb Jahren ungefähr hat die freiheitliche Partei einen von der Intention her durchaus ähnlichen, wenn nicht sogar gleich lautenden Antrag gestellt und ich kann mich noch ganz gut erinnern, Charly Herper, du warst heraußen, die SPÖ-Fraktion hat damals nicht zugestimmt und du hast es damals mit den Worten umschrieben beziehungsweise begründet, der Kollege Getzinger, den ich sehr schätze und vor allem seine Arbeit im Gesundheits-Umweltausschuss, habe so ein Unwohlsein und daher aufgrund dieses Unwohlseins des Kollegen Getzinger besteht da keine Möglichkeit, dem zuzustimmen. Wir wollen damals...

Zwischenruf GR. Herper: Wir schauen auf unsere Mitglieder.

GR. **Lozinsek:** Wir sollten auch öfter die Hand aufs Baucherl legen untereinander, vielleicht wird man weniger streiten in unserer Fraktion. Nur was haben wir damals gefordert, Charly Herper? Genau das, was du heute forderst und vehement sagst, eine rechtliche Prüfung in erster Linie, nur eine Prüfung, es geht heute nicht darum und es ist auch damals nicht darum gegangen, eindeutig sich für eine City-Maut auszusprechen in welcher Form auch immer, sondern lediglich die Möglichkeit zu betrachten und sie vor allem zu prüfen und vor allem durch Juristen zu prüfen und nicht durch das Baucherlauflegen beim Kollegen Getzinger dann zu entscheiden, ja oder nein, das kann es nicht sein. Wie gesagt, wir haben so einen ähnlichen Antrag vor eineinhalb Jahren gestellt und daher ergibt sich für uns die logische Konsequenz, nicht nur der Dringlichkeit zuzustimmen, sondern auch dem Inhalt. Wobei mich auch diese Kehrtwendung der Grünen etwas verwundert. Die Kollegen haben auch damals, so wie die SPÖ diesem Antrag nicht zugestimmt, das war auch eine mehr oder weniger mehr als eine Achterbahn, die der Kollege Candussi da gefahren ist, um das zu begründen. Ich weiß nicht, es gibt zwei Möglichkeiten, entweder stimmt die Schlussfolgerung vom Journalisten Weniger, der heute in der kleinen Zeitung schreibt, man war halt dagegen, weil der Antrag von der FPÖ gekommen ist, etwas traurig, oder man ist einfach gescheitert geworden. Und ich will auch den Grünen nicht absprechen das Recht, du hast es heute auch schon angeführt, Kollege Candussi, dass Recht absprechen zu lernen. Sollte es allerdings anders gewesen sein und nur aus parteitaktischen Gründen dagegen gestemmt zu haben. Dann möchte ich schon etwas in Erinnerung rufen: Ich habe mir die Diskussion im Nationalrat über TV sehr genau angeschaut zum Thema Feinstaub und diese Anfragen an den Umweltminister Pröll und da ist doch glatt die Frau Kollegin, eure Kollegin Glawischnigg hinausgegangen und hat den Herrn Pröll doch etwas untergriffig vorgeworfen oder unterstellt, dass durch sein Nichthandeln, durch sein zögerliches Handeln, durch seine Untätigkeit, wie auch immer sehr viele Kinder und Menschen mittlerweile krank geworden sind, um nicht zu sagen, am Sterbebett liegen. Ich muss sagen, dass ist eine Geschichte, da möchte ich nicht hineingreifen, aber wenn man sich schon heranzieht als Argumentation, dann trifft dieser Vorwurf der Kollegin Glawischnigg, eurer Kollegin, auch die Grazer Grünen-Fraktion. Hättet ihr und auch andere diesem Antrag der FPÖ schon vor eineinhalb Jahren zugestimmt, dann hätten wir sehr viel Zeit gewonnen. Dann hätten wir nämlich die

Ergebnisse, die heute der Charly Herper hier ganz vehement und ihr fordert, dann hätten wir die schon am Tisch, dann hätten schon Sachverständige und Fachleute, Juristen und keine Wunderheiler oder wie auch immer hier Fakten und Zahlen auf den Tisch gelegt und wir wären schon um einige Schritte weiter, dann könnten wir schon reden darüber, machen wir eine City-Maut oder machen wir sie nicht, in welcher Form machen wir sie und vor allem, welche Rahmenbedingungen schaffen wir? Und das möchte ich auch in diesem Zusammenhang noch einmal festhalten, für uns Freiheitliche stellt die City-Maut nur dann eine Alternative und eine Möglichkeit dar, wenn auch entsprechende Rahmenbedingungen geschaffen werden. Es kann nicht so sein, dass man hergeht und sagt wir zocken jetzt ganz groß an der Stadtgrenze ab, wer nicht bereit ist zu zahlen, der muss dann halt seinen Rucksack umschnallen und zu Fuß nach Graz einmarschieren, sondern es müssen entsprechende Angebote, was den Park-&-Ride- und den öffentlichen Verkehr betrifft geschaffen werden. Und die City-Maut ist eine Möglichkeit oder wäre eine Möglichkeit, dieses auch zu finanzieren, damit wir in Zukunft nicht immer wieder die Ausrede haben, das ist alles gut und schön, aber wir haben kein Geld. In diesem Sinne Zustimmung zur Dringlichkeit und zum Inhalt.

GR. **Mayr:** Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vom Klubobmann Herper wurde richtig festgestellt natürlich darf es keine Denk-, Sprech- und Prüfverbote geben, nur es liegen viele Fakten schon ganz klar auf dem Tisch. Zunächst einmal das Faktum, der innerstädtische Verkehr oder das Thema Verkehr in einem Großraum wie Graz ist ein ganz zentrales Thema für die Politik, für die BürgerInnen und hat enormen Einfluss auf die Lebensqualität. Ich finde es daher ein bisschen bedauerlich, dass dieser Antrag, ich möchte jetzt kurz zurückkommen auf das Wort State of the Art vom Kollegen Bernd Schönegger, nicht ganz so genau und vielleicht auch fundiert sich dem Thema widmet, wie es das Thema Verkehr in einem Großraum wie Graz verdient hätte. Ich habe ein bisschen den Eindruck daher, dass das Ganze dazu dienen soll, einmal kurzfristig ein Medienecho zu erzielen, das ist auch gelungen. In den Zeitungen liest man, die Stadt Graz scheint bis zum Jahresende so etwas wie eine City-Maut zu planen. Da muss man ganz klar dazu sagen, mit der ÖVP-Fraktion so sicher nicht (*Applaus ÖVP*). Es liegen nämlich viele Fakten dazu so auf dem Tisch

und es genügt, glaube ich, nicht, eine Studie, die VCÖ-Studie, so interessant sie sein mag, hier allein zu zitieren, weil in der VCÖ-Studie natürlich zahlreiche Aspekte einfach nicht einfließen und dort nicht behandelt werden. Zunächst einmal zum Antrag selbst. Kollege Lozinsek ist schon darauf eingegangen, wie der Antrag vor eineinhalb Jahren der FPÖ behandelt wurde. Da waren die Fraktionen, die jetzt möglicherweise dem Antrag der Grünen zustimmen entweder anderer Meinung oder wollten sich noch nicht damit beschäftigen, also das zeigt bei manchen zumindestens vielleicht nicht ganz so die Ernsthaftigkeit bei dem Thema. Darüber hinaus die Zahlen im Antrag selbst wurden ja von gestern nachgebessert, Klubobmann Herper hat hier wertvolle Dienste geleistet, hat er selbst gesagt, dennoch sind die Zahlen, die im Antrag vorkommen, noch nicht ganz rund; darüber hinaus noch vielleicht kurz die Städte, die eine City Maut erwogen und dann auch eingeführt haben, haben sich in einem Zeitraum von sieben, zehn und mehr Jahren mit dem Thema beschäftigt. Und jetzt von der relativ kleinen Verkehrsplanung der Stadt Graz, die derzeit intensiv beschäftigt ist mit den Ausbaumaßnahmen im ÖV, mit dem Thema Parkraumbewirtschaftung, zu verlangen, dass sie in zwei Monaten, das wurde dann geändert auf zirka fünf Monate, ein umfassendes Konzept und eine Prüfung zu dem Thema zu erarbeiten, ist auch gegenüber den Beamten, muss ich ganz ehrlich sagen, eine gewisse Zumutung (*Applaus ÖVP*). Ich möchte jetzt konkret was zur City-Maut sagen, weil es ist nicht so, dass das Thema City-Maut ja nicht schon breit diskutiert wird und man durchaus gewisse Schlüsse auf die Stadt Graz ableiten kann, das heißt, es stellt sich sehr die Frage und für uns ist das eben nicht gegeben, dass es hier notwendig ist, unmittelbar große Studien und Prüfungen einzuleiten. Zunächst einmal, Vorreiter in diesem Bereich City Maut waren asiatische Städte bereits in den 70er Jahren, Singapur usw. In Europa haben sich in den 80er-Jahren einige deutsche Städte damit beschäftigt, konkret geworden ist es in Norwegen in den 90er-Jahren Bergen, Trondheim, Oslo zunächst und dort ging es weniger darum, den Modal Split zu verändern als einfach Einnahmen zu lukrieren, um Verkehrsmaßnahmen zu finanzieren und zwar zunächst einmal durchaus Maßnahmen zum Ausbau des Straßennetzes und gar nicht so sehr am Beginn Ausbau des öffentlichen Verkehrs. London ist wieder ein ganz anders gelagertes Thema und ich möchte vielleicht nur kurz darauf hinweisen auch auf die Stellungnahme von Dr. Herbert Schachter, er ist Präsident eines Autofahrerklubs, der, glaube ich, von der sozialdemokratischen Fraktion besonders geschätzt wird,

und er sagt ganz klar, die City Maut in London kann aus vielen Gründen nicht 1 : 1 auf andere Städte wie Wien umgelegt werden. Wien wie auch Graz haben ein funktionierendes Parkraumbewirtschaftungssystem, der Druck durch Staus war in der britischen Hauptstadt außerordentlich groß und das muss man ganz klar sagen, das ist in keinsten Weise vergleichbar, die Situation der Londoner Innenstadt mit der Situation, die wir in der Grazer und auch in der Wiener Innenstadt vorfinden, obwohl schon enorme Kosten für den Parkraum in London gegeben waren, war dort einfach sozusagen kein Zentimeter Platz mehr vorhanden. Die Londoner City Maut gilt nur für eine kleine Fläche im Verhältnis zur Gesamtstadt und man könnte das dann durchaus vergleichen mit zum Beispiel nur der Wiener Innenstadt oder dem ersten Bezirk in Graz. Und ich glaube, hier Einschränkungen durchzuführen steht überhaupt außerhalb jeder Diskussion. Also wenn wir vom Thema City-Maut in Graz oder auch in Wien überhaupt sprechen müssen, können das nur so Themen wie Road Pricing sein, die dann in ein Gesamtkonzept österreichweit oder EU-weit eingebunden werden, aber einen Kleinraum wie zum Beispiel unmittelbar die Innenstadt hier extra zu bemauten, bringt auch nicht den entsprechenden Erfolg, ist nicht vergleichbar mit London, und derartige Maßnahmen dienen nur dazu, die umgrenzenden Bezirke zu belasten und die entsprechenden wirtschaftlich negativen Auswirkungen hervorzurufen (*Applaus ÖVP*). Ich möchte zunächst jetzt einmal gar nicht näher auf die wirtschaftlichen Auswirkungen eingehen, darauf kommen wir sicher noch in der Diskussion. Ich möchte nur ganz klar sagen, es wurde die Bemautung in London von einem sehr renommierten großen internationalen Unternehmensberater begleitet und in den ersten Evaluierungen kommt auch ganz klar heraus, dass das natürlich die entsprechenden negativen Auswirkungen auf den Einzelhandel, auf das kleine Gewerbe in der Innenstadt hat. Die Londoner sagen halt, im wirtschaftlichen Gesamtkontext vom Großraum London nehmen wir halt auf diesen Bereich nicht so sehr Rücksicht. Das ist etwas, was ich mir in Graz absolut nicht vorstellen kann. Darüber hinaus führen wir in Graz einen klaren Weg, den wir gemeinsam eingeschlagen haben fort. Einen ganz konkreten, konsequenten Weg, das ist die Parkraumbewirtschaftung (*Applaus ÖVP*) und wesentlich auch in der Akzeptanz bei der Bevölkerung ist, dass wir im Wesentlichen positive Signale senden und zwar das Angebot ausweiten. Wir haben ja schon in den letzten eineinhalb Jahren sehr intensiv diskutiert, weil die versprochenen Ausbaumaßnahmen beim Thema Park-&-Ride und beim öffentlichen Verkehr nicht so Zug um Zug gekommen sind mit den

Veränderungen in dem Bereich der Kurzparkzonen, wie sich die ÖVP-Fraktion das gewünscht hat. Es ist zum Glück jetzt Beschlusslage der letzten Monate geworden, aber, und das möchte ich auch noch hinzufügen, wir sind auch sehr gespannt und werden es genau kontrollieren, wie das mit der Zweckbindung, mit der Verwendung der Mittel, die zusätzlich durch den Parkraum, durch die Ausweitung der Kurzparkzonen reinkommen, wie das auch wirklich dann funktioniert und dass die auch wirklich für Ausbaumaßnahmen im ÖV und für Verbesserungsmaßnahmen (*Applaus ÖVP*), ...

Zwischenruf unverständlich.

GR. **Mayr:** Beschlossen schon, nur wir hoffen auch, dass das so hält. Also wesentliches Ziel ist es, wir verfolgen den derzeitigen Weg, das ist die Parkraumbewirtschaftung. Zweiter Punkt, wir senden positive Signale, nicht ein Abwehrverhalten der Stadt, ich möchte nur darauf hinweisen, dass SPÖ-Kollege Kräuter ja klare Worte auch für das Umland von Graz gefunden hat zu dem Thema, also positive Signale, Ausbaumaßnahmen, das ist ja überhaupt die Mindestvoraussetzung, um zu so Dingen wie Road Pricing und City-Maut in der Stadt Graz überhaupt nachzudenken. Wir können nicht jetzt City-Maut einführen, ohne ein entsprechendes Angebot zu haben, das muss zuerst einmal umgesetzt werden, das ist überhaupt keine Frage und dann kann man in die weitere Diskussion einsteigen. Das ist auch ganz entscheidend für die Akzeptanz in der Bevölkerung, und ein Letztes noch zu dem zweiten Antragspunkt, der eben gestern noch eingefügt wurde. Wir sehen auch hier die Dringlichkeit nicht gegeben, weil wir im Gemeindeumweltausschuss uns zunächst einmal darauf geeinigt haben auf einen Konsensweg, das Thema Feinstaub zu diskutieren, geeignete Maßnahmen zu erstellen und auch zu betreiben, umzusetzen und auch von Land und Bund zu fordern und dort kommt natürlich das Thema partieller Fahrverbote für Diesel-Kfz ohne Partikelfilter bereits vor. Also das Thema ist in Bearbeitung und wurde uns insgesamt auch mehrfach, auch von der Stadtregierung, in der letzten Woche

deutlich artikuliert. Also hier ist aus unserer Sicht die Dringlichkeit nicht gegeben und wir werden auch inhaltlich diesem Antrag nicht zustimmen (*Applaus ÖVP*).

Zwischenruf GR., Herper: Aber Seitinger hat das beeinsprucht.

GRin. **Kahr:** Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte nur die Wortmeldung von Herrn Gemeinderat Mayr, die Anmerkung, die Sie gesagt haben, bezüglich der Zweckbindung der Mittel, die erwirtschaftet werden durch die Parkraumbewirtschaftung, dass diese sozusagen zweckgebunden für den öffentlichen Verkehr sind, das ist eigentlich durch Verlangen meiner Fraktion in diesem Antrag so drinnen, das möchte ich explizit anmerken, weil uns das damals sehr wichtig war. Zum Dringlichkeitsantrag kann ich dir, Herr Gemeinderat Alexander Lozinsek, sagen, meine Fraktion, die KPÖ, war damals die einzige Partei hier im Hause, die dem Dringlichkeitsantrag von euch zugestimmt hat, der Dringlichkeit und dem Antrag und wir machen deshalb auch heute hier, was den dringlichen Antrag von Gemeinderat Sigi Binder betrifft, keinen Unterschied. Wir werden der Dringlichkeit und dem Antrag auch zustimmen, weil nichts dagegen spricht, ein Anliegen wie die City Maut zu prüfen und eines möchte ich aber dazusagen, alle drei Punkte sind für uns denkbare Möglichkeiten, es sind aber für uns die nicht einzigen Alternativen. Und besonders anmerken möchte ich hier, dass es auf keinen Fall, was auch immer herauskommt, zur Verschlechterungen für BerufspendlerInnen kommen darf, weil die haben sich das ja nicht ausgesucht, mit dem Auto in die Stadt zu fahren, um zu ihrem Arbeitsplatz zu kommen, sondern sie fahren mit dem Auto mangels Möglichkeiten, weil sie keinen entsprechenden öffentlichen Verkehr vorfinden. Und das ist uns vor allem wichtig und ich möchte auch auf weitere Forderungen hinweisen meiner Fraktion, dass wir schon seit vielen, vielen Jahren die Nahverkehrsabgabe von den Unternehmen einfordern. Danke (*Applaus KPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit angenommen.

GR. **Khull-Kholwald** zum Antrag: Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren! Ja ich denke, ich werde diesem Antrag zustimmen, weil ich in erster Linie glaube, dass wir damit auf einem richtigen Weg sind. Ich möchte Ihnen nur eines ganz klar sagen. Ich denke auch, dass dieser Weg ein sehr langer ist, auf dem wir uns bereits befinden. Was ich Ihnen hier anbieten kann, ist der Versuch einer Positionierung auf diesem Weg und zwar glaube ich, dass dieser Weg schon vor einiger Zeit begonnen wurde und wir uns jetzt ungefähr in diesem Bereich bewegen, wo das Problem erkannt wurde. Dieser Weg war recht lang, weil wir viele Umwege gegangen sind und ich denke, dieser Weg wird auch noch länger sein, weil wir noch einige andere Umwege auf uns nehmen werden müssen. Das Wort Hick-Hack möchte ich nur so nebenher, es ist schon gefallen, mitschwingen lassen, ich möchte diese Positionierung anhand des Antragstextes vielleicht etwas ausdifferenzieren. Wenn ich jetzt im ersten Absatz sozusagen den Bezug auf London sehe und auch hin und wieder in den Wortmeldungen vor mir Great London sozusagen angeklungen ist im Vergleich zu Graz, darf ich, liebe Sigi Binder, du wirst mir nicht böse sein, mehr oder weniger erleuchtet lächeln, so nach dem Motto Graz ist und London ist, aber es sind tatsächlich zwei verschiedene Dinge. Bei dem zweiten Absatz, 87 % EinpendlerInnen benutzen mittlerweile das Auto, nur 13 % den öffentlichen Verkehr, meine Damen und Herren, da muss ich sagen, ist tatsächlich das Problem erkannt, hier liegt der Hund begraben. Der dritte Absatz, den man sozusagen mit Details überschreiben könnte, erscheint mir persönlich, auch da bitte nicht allzu böse sein, es handelt sich ja um einen Versuch, das prüfen zu wollen, ein bisschen dünn. Ich möchte vielleicht eine Frage oder vier Fragen eigentlich formulieren. Wenn man das macht, wird man mehr öffentlichen Verkehr brauchen, wann soll der, wo und zu welchem Preis gemacht werden und wo sollen die Leute, die dann vom Auto auf den öffentlichen Verkehr umsteigen, parken? Das wird etwas sein, das auf dem auf uns zukommenden Weg noch beschäftigen wird. Zum allerletzten fünften Absatz hier unten, vor dieser Zusammenstellung. Diese Gegenüberstellung 21 Millionen Euro plus drei Euro minus, die kann ich ganz ehrlich nicht ganz glauben. Ich glaube, Sie haben meinen Ausführungen entnehmen können, auch wenn Sie teilweise nebenher telefonieren, dass wir selbst ohne Umwege uns auf einem eher langen Weg noch befinden werden.

GR. Mag. **Frölich**: Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren, Frau Kollegin Binder! Auch auf die Gefahr hin, dass Sie mir das ein wenig böse nehmen, aber mit dem Zahlenwerk, das Sie da verwendet haben in diesem Stück, empfehlen Sie sich meines Erachtens bestens dem Grazer Erzählkunstfestival. Aber demagogisch kann man eben auch es mit den Zahlen nicht so genau nehmen und so werte ich den Inhalt in diesem Antrag. Ich meine, wenn es um Umweltbelastung im Zusammenhang mit innerstädtischem Kfz-Verkehr geht, dann muss man, und diese Verantwortung haben wir zu tragen, über Lösungen nachdenken, die weder Arbeitsplätze gefährden noch Handels- oder Wirtschaftsbetriebe in Frage stellen und deren Existenz gefährden. Und das kann und muss in erster Linie über eine Bewirtschaftung des ruhenden Verkehrs, so wie es heute schon angeklungen ist, erfolgen und nicht mit radikalen Totalsperren der ganzen Stadt (*Applaus ÖVP*). Die Grazer Handelsbetriebe erzielen ein Drittel, und da möchte ich schon ein wenig Ihre Aufmerksamkeit auf Fakten lenken, ein Drittel ihrer gesamten Umsätze mit Menschen, die nach Graz hereinkommen, ein Drittel der Umsätze mit Menschen, die hierher einpendeln, um zu arbeiten, einzukaufen, die Stadt genießen als pulsierend und als attraktiv. 600 Millionen Euro an Kaufkraft, meine Damen und Herren, über lebenswichtige existenzertreuend für die Grazer Betriebe und insbesondere für jene Menschen und jene tausende Mitarbeiter, die von auswärts kommen. Diese 600 Millionen werden mit solchen Ideen in Frage gestellt. Und, Herr Klubobmann Herper, Sie sagen, na ja, man wird ja wohl noch nachdenken und prüfen dürfen. Es ist wichtig, dass wir uns positionieren, wir müssen der Wirtschaft Verlässlichkeit signalisieren, Vorausschauend denken und der Wirtschaft sagen, über Jahre hinweg wird es sich lohnen, in Graz zu investieren, über Jahre hinweg werden wir eure Investitionspläne ernst nehmen und wir werden auch sagen, wofür wir stehen oder wogegen wir stehen. Und wir als ÖVP sagen, eine City-Maut, die die Betriebe in Graz und in unserer Stadt existenziell gefährdet, können wir nicht akzeptieren (*Applaus ÖVP*).

Zwischenruf GR. Herper: Wir tun das auch.

Mag. **Frölich**: Und ich unterlege Ihnen das gerne mit einem noch sehr markanten Datum. 50 % der gesamten Kaufkraft aus Graz - Umgebung und 25 % der Kaufkraft aus den äußeren angrenzenden Bezirken ziehen wir in den Wirtschaftsstandort, wir binden sie in Graz und sichern damit tausende Arbeitsplätze. Ich frage mich, wo bleibt die Verantwortung für die Arbeitsplätze, liebe Sozialdemokratie (*Applaus ÖVP*)? Wir können nur durch eine ständige Weiterentwicklung eines durchdachten Verkehrskonzeptes mit Park & Ride, mit Platzangebot, Parkleitsystemen und das alte Thema GPG, Herr Janesic, ich habe ihn heute schon gesehen, wir haben schon ein erweitertes Tiefgaragenangebot, das sehr gut angenommen wird. Wir können nur so durch eine Kanalisierung des Park-Ziel-Such-Verkehrs und eine weitere Senkung dieses Verkehrs diese Stadt als Wirtschafts- und Handelsstandort attraktiv halten. Und hier geht es mir um Arbeitsplätze und um die Betriebe. Wir führen hier im letzten Gemeinderat Arbeitsplatzdiskussionen, was können wir tun für Arbeitsplätze. Ja bitte, wer schafft denn diese Arbeitsplätze, die Betriebe sind es. Es sind die funktionierenden Handels- und Wirtschaftsbetriebe in dieser Stadt (*Applaus ÖVP*). Und diese Betriebe leben nicht von irgendwelchen Förderungen und Zusagen, sie leben davon, dass die Konsumenten sie schnell, gezielt erreichen und durch billiges Parken auch entsprechend ihre Fahrzeuge abstellen können. Davon leben natürlich auch die Arbeitsplätze, insbesondere auch der Handelsangestellten in den innerstädtischen Betrieben oder glauben Sie vielleicht, dass Kastner und Öhler, wie ich lese und höre, 9.000 Quadratmeter expandiert und investiert, wenn Sie diese Stadt zusperrten, lahm legen und 600 Millionen nach Seiersberg hinaussperrten, das wird es nicht spielen (*Applaus ÖVP*). Und bitte, spielen Sie doch nicht wieder das Feinstaubargument aus, da sind sich doch die Experten noch immer nicht einig, erklären Sie bitte den Handelsangestellten, die beim AMS beim Gürtel draußen dann vor den Toren stehen werden, dass sie ein paar Mikrogramm weniger Feinstaub einatmen werden, wenn sie vor der Tür stehen und nicht mehr an ihrem Arbeitsplatz stehen werden, erklären Sie das den Leuten (*Applaus ÖVP*). Und erklären Sie das den bösen Unternehmen, Klein- und Kleinstunternehmen, die alleine im Geschäfts stehen mit ein, zwei Angestellten, 90 % der Betriebe sind so strukturiert, erklären Sie das denen, wenn sie den letzten Mitarbeiter auf die Straße schicken müssen und selbst zusperrten müssen. Und noch etwas sage ich Ihnen, auch die Investoren werden ihre Entscheidungen treffen, die Investoren werden sich ganz genau anschauen, was passiert in Graz, wie zuverlässig ist Graz. Und ich schaue mir an,

Frau Kollegin Binder, wer wird denn für die Erhaltung und Revitalisierung unserer viel gelobten Altstadt dann aufkommen. Ich möchte mir das bitte anschauen, Sie können mit ihren Freunden dann hinuntergehen, das Schild unten abschrauben und das Weltkulturerbepateerl an die UNESCO zurückschicken, das ist die Vision, die Sie offenbar haben. Wir müssen zuverlässig sein und zuverlässig der Wirtschaft und den Menschen, die in diesen Betrieben arbeiten signalisieren, was wir zulassen und was nicht. Orientierungslosigkeit ist hier sicher nicht die Lösung (*Applaus ÖVP*).

GR. Dipl.-Ing. Dr. **Getzinger**: Als Wissenschaftler freut es mich natürlich zu sehen, dass schon die Forderung nach einer Studie so viel Emotionen erregt und soviel Debatte auslöst und andererseits denke ich mir auch, dass eine Studie und eine genaue Analyse schon wirklich angebracht ist, zumal ja doch sehr deutlich zunächst einmal Behauptungen in den Raum gestellt werden wie soeben radikale Totalsperre der Innenstadt, eine Idee, die, glaube ich, noch nie jemand gehabt hat, außer derjenige, der gegen sie ist, oder Raubrittertum, auch das ein sehr interessanter Begriff aus dem Mittelalter. Raubrittertum, niemand fordert die Wiedereinführung des Raubrittertums, zumal das ja Diebstahl ist, Herr Bürgermeister, so viel ich weiß, die Einführung einer City-Maut aber ein zutiefst marktwirtschaftliches Instrument ist und Betriebswirtschaftslehrestudenten im ersten Semester lernen das, dass die Bemautung von Straßen beispielsweise, dass die Parkraumbewirtschaftung natürlich zutiefst marktwirtschaftliche Instrumente sind, weder soziale Marktwirtschaft...

Zwischenruf GRin. Potzinger: Vor allem am Samstag.

Dr. **Getzinger**: ...noch ökosoziale Marktwirtschaft, sondern schlicht und einfach marktwirtschaftliche Instrumente sind. Also die Bepreisung eines öffentlichen Gutes, wie gesagt, wird, in den BWL-Vorlesungen zumindest, als marktwirtschaftliches Instrument vermittelt. Meine Damen und Herren, worum geht es denn, worum geht

es denn im Kern? Es geht um die Nutzung öffentlicher Flächen durch private Kfz. Bei der Parkraumbewirtschaftung genauso wie beim rollenden Verkehr. Um die Nutzung öffentlicher Flächen durch private Kfz, das verursacht Kosten. Ich hoffe, dass wir uns darin einig sind. Deswegen gibt es nämlich die Mineralölsteuer, deswegen gibt es seit vielen vielen Jahren, und das ist kein Grazer Weg, sondern in vielen Städten Österreichs und Europas, Parkraumbewirtschaftung, deswegen gibt es das. Weil privater Kfz-Verkehr, ob ruhend oder rollend Kosten verursacht. Kosten im Bereich der öffentlichen Hand, nämlich in Form von Straßenbaukosten, Straßenerhaltungskosten, enorme Kosten, sodass sich etwa eben die ASFINAG überlegt hat, wie kann man diese Kosten decken, durch eine Bemaung im Bereich der Lkw. Durch die Vignette im Bereich der Pkw, auch das eine Form von Bemaung des rollenden Verkehr, nur um diese Straßen zu bauen und zu erhalten und jetzt wissen wir aber auch schon längst, dass es noch zusätzliche Kosten gibt, nicht nur der Bau und Erhalt der Straßen verursacht Kosten, sondern auch Gesundheitskosten entstehen selbstverständlich durch den Verkehr, Kosten im Gesundheitssystem. Sie wissen ja, in Graz sterben rund 50 Menschen pro Jahr frühzeitig alleine auf Grund der Feinstaubbelastung. Die Zahlen werden immer dichter, immer konkreter, immer wissenschaftlicher, untermauerter, als das noch vor drei, vier Jahren der Fall war. Aus dem Grund hat die Qualität der Diskussion auch gewonnen. Kosten im Bereich der Volkswirtschaft, Kosten in Bezug auf die Lebensqualität in Graz. Meine Damen und Herren, warum verlassen viele Grazerinnen und Grazer die Stadt Graz und ziehen ins Umland, weil es da und dort zumindest im Bereich des Grünraumes, im Bereich der guten Luft eine bessere Lebensqualität gibt. Also verursacht der rollende Verkehr, nicht so sehr der stehende Verkehr, deswegen ist das eben nicht das Gegenmodell zu einer Bemaung des rollenden Verkehrs, zusätzliche Kosten für die Stadt Graz. Wir verlieren sehr, sehr viel Geld durch jene Menschen, jene Grazerinnen und Grazer, die sich entschließen, ins Umland abzusiedeln. Es kommt zu einer Entwertung von Realitäten. Fragen Sie in der entsprechenden Fachgruppe, im entsprechenden Fachverband der Wirtschaftskammer, wo die wertvollen Realitäten in Graz sich befinden, das sind jene Bereiche der Stadt, die vom Verkehr nicht so betroffen sind, nicht verlärmte Gebiete, nicht Bereiche, wo es viel Verkehr und Lärm gibt, ganz einfach. Es kommt zu einer Entwertung von Wohnungen und von Realitäten. Das bedeutet unterm Strich, und dabei bleibe ich, und ich glaube, das ist zustimmungsfähig in diesem Hause,

rollender Verkehr, Verkehr verursacht Kosten, die Nutzung öffentlicher Flächen durch Verkehr verursacht Kosten. Und jetzt gibt es gemäß Betriebswirtschaftslehre nur zwei Möglichkeiten. Entweder senke ich diese Kosten oder ich stelle diesen Kosten Einnahmen der öffentlichen Hand gegenüber, um sie zu kompensieren. Es gibt nur diese zwei Wege, es gibt keinen dritten Weg, es gibt nur diese zwei Wege. Den einen Weg geht Südeuropa, Senkung der Kosten des rollenden Verkehrs, sprich Fahrverbote, ein gutes Dutzend italienischer Städte oder generell Städte in Südeuropa haben sich dazu entschlossen, selektiv für Dieselfahrzeuge ohne Filterkat Fahrverbote zu erlassen, an Sonntagen, an bestimmten Stunden unter der Woche, wie auch immer, da gibt es Dutzende unterschiedliche Modelle. Aber wie gesagt, der Weg Südeuropa ist es, die Kosten des rollenden Verkehrs in den Städten, und das sind besonders hohe Kosten, zu senken. Der Weg Nordeuropas ist, die Kosten zu kompensieren durch Einnahmen und das nennt sich City-Maut. Es gibt, meine Damen und Herren, keinen dritten Weg. Wenn man sich dazu bekennt, dass rollender Verkehr, dass die Nutzung öffentlicher Flächen durch Kfz Kosten verursacht. Und ich persönlich glaube, dass man darüber eigentlich nicht mehr streiten kann. Vielleicht noch kurz zur Aufklärung, in Singapur gibt es keine City-Maut, Kollege Mayr, tut mir Leid, Singapur hat einen wirklich radikalen Weg beschritten, einen fast würde ich meinen, asiatischen Weg, es gibt nämlich eine Beschränkung der Kfz-Zulassungen. Eine Deckelung der Zulassungen von Kfz. Wenn eine Zulassung frei wird durch den Tod eines Besitzer einer Zulassung, wird diese Zulassung versteigert.

Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Das kennen wir vom Wörthersee.

Dr. **Getzinger**: Eine absolute summenmäßige Deckelung der Zulassungen, also wie gesagt, keine City-Maut. Es stimmt, wenn Vorsitzende vom Verkehrs- und Automobilklubs behaupten, dass man London nicht 1 : 1 mit Wien vergleichen kann, schon gar nicht mit Graz, sage ich in Klammer dazu, man kann keine Stadt 1 : 1 mit einer anderen vergleichen, aber ich denke, dass Graz relativ viel von Trondheim

beispielsweise lernen könnte, wenn es den Weg gehen möchte, und das lasse ich für meine Fraktion noch offen, den Weg gehen möchte, dass es Kosten bestimmte Einnahmen gegenüberstellt. Graz kann auch sehr viel von Padua lernen, Graz lernt derzeit sehr viel von Bozen, weil wir in einem gemeinsamen Projekt mit Bozen sind zur Bekämpfung des Feinstaubes. Und ich betone noch einmal, damit hier wirklich kein Irrtum aufkommt, der Grazer Weg der Parkraumbewirtschaftung ist richtig, Herr Stadtrat Rüschi geht hier, meiner Ansicht nach, der Ansicht nach meiner Fraktion den richtigen Weg, die allmählich ja Ausweitung der bewirtschafteten Zone, es muss klar werden, dass öffentliche Flächen, wie gesagt, ihre Bewirtschaftung, ihre Erhaltung Kosten verursacht und diese Kosten durch Einnahmen zumindest gedeckt sein müssen. Und auch noch ein bisschen was für unseren öffentlichen Verkehr heraus schauen muss, auch das sage ich dazu und dazu bekenne ich mich. Wir müssen aber allmählich beginnen, darüber nachzudenken, und da hat Kollege Kholwald durchaus sehr Recht, das ist ein Weg, auf dem wir uns jetzt erst beginnen zu bewegen, darüber nachzudenken, wie die besonders hohen Kosten des rollenden Verkehr, des Verkehrs in der Stadt Graz entweder durch Einnahmen gedeckt werden können, kompensiert werden können oder diese Kosten reduziert werden können, das sind die zwei möglichen Wege, wir haben uns zu einem späteren Zeitpunkt, möglicherweise noch heuer, zu entscheiden, welchen Weg wir gehen (*Applaus SPÖ*).

GR. Mag. **Candussi**: Es kann sein, dass ich mich nicht das letzte Mal zu diesem Thema melde heute, weil ich warte noch sehnsüchtig auf das, was der Stadtrat Buchmann sicher vorbereitet hat, weil da droht ja dann der Zusammenbruch des Abendlandes, des wirtschaftlichen Abendlandes in Graz, wenn man dem Kollegen Frölich so zuhört. Vorweg, Alexander Lozinsek, ich gebe dir in manchem Recht und keine Angst, ich werde dir nicht mein Pfoterl auf den Bauch legen, ich gebe dir Recht, ich habe in den letzten eineinhalb Jahren in Sachen City-Maut einiges gelernt und im Nachhinein betrachtet sage ich dir zwei Sachen, das eine war nicht der Grund für die Ablehnung, es war für mich schon sehr verwunderlich vor eineinhalb Jahren, dass ausgerechnet deine Fraktion mit dem Vorschlag gekommen ist, weil du wirst zugeben müssen, es hat nicht wirklich ins Programm gepasst, das ihr bis dahin gefahren seid,

da sind wir uns, glaube ich, einig. Im Nachhinein, sage ich, hätten wir wahrscheinlich zustimmen sollen, da gebe ich dir Recht, ich habe gelernt. Ich mag nur den Vorwurf von mir weisen, dass so quasi unsere Politik mitverantwortlich wäre dafür, dass in Sache einer gesünderen Stadt so wenig weitergeht, weil wir damals dagegen waren. Ich glaube, du wirst auch zugestehen, dass wir die waren, die in der gesamten, sagen wir einmal, Ökologiedebatte, Feinstaubdebatte etc. die waren, die immer getrieben haben und nie auf der Bremse gestanden sind, wenn es darum gegangen ist, für ein gesünderes Klima in der Stadt zu sorgen. Und das ist schon das nächste Stichwort, gesunde Stadt oder so ähnlich hat es geheißen, ist der Titel, den sich die ÖVP-Regierungsmannschaft für diese Legislaturperiode als Motto gegeben hat. Gesunde Stadt und man muss es sich auf der Zunge zergehen lassen, was der Kollege Frölich gerade vorhin zum Thema Feinstaub gesagt hat, ich bin fassungslos, dass es in diesem Gemeinderat noch Leute gibt, die behaupten, dass man beim Feinstaubproblem in Graz über die Ursachen noch nichts wissen würde, das finde ich wirklich beschämend. Ich lade den Kollegen Frölich ein, Kollege Getzinger wird sicher einverstanden sein, dass wir eine Sitzung des Gemeindeumweltausschusses möglicherweise auch ihm widmen, um ihn zu bekehren und ihn aufzuklären, wie die Situation aussieht.

Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevi: Zuhören. Das hat er nicht gesagt.

Mag. **Candussi**: Er hat gesagt, die Experten wären sich noch lange nicht einig über die Ursachen des Feinstaubes, und wir wissen ganz genau, was das Feinstaubproblem in Graz verursacht. Und jetzt nur einen kleinen Exkurs, es ist wirklich lustig, dass es auch im Internet immer noch Leute gibt, die da herumposten und sagen, da gibt es dieses tolle Schwarz-Peter-Spiel im Internet. Kündigt man eine Maßnahme an, die den Verkehr reduziert, schreit der Nächste und sagt, wir sollten die Holzheizungen verbieten. Die, die Holzheizungen zu Hause haben, schreien und sagen die Industrie ist schuld, die Industriellenvereinigung schiebt den Ball weiter und sagt, ich weiß nicht, was es ist, auf jeden Fall am Ende war es niemand. In Graz

wissen wir das relativ genau und weil es immer noch das Gerücht gibt, es wäre der Grobstaub, also der Staub, der auf der Straße liegt, der so massiv beeinträchtigt, die Straßen sind im Wesentlichen ganz gut gekehrt, es hat lange geregnet und selbst in diesen Regentagen jetzt, vorgestern, vorgestern hatten wir in der inneren Stadt Feinstaubwerte, einen Tagesmittelwert, von annähernd 45 Mikrogramm.

Zwischenruf unverständlich.

Mag. **Candussi**: Ja Wetterlage, aber es war kein Straßenstaub mehr unterwegs, das heißt, wir können davon ausgehen, dass auch ohne den Straßenstaub die Geschichte höchst belastend ist und wir können davon ausgehen, dass es im Wesentlichen der Verkehr ist in der Stadt, damit wir da einmal einig sind, und bitten richten Sie das dem Herrn Gemeinderat Frölich auch entsprechend aus, es hat ja auch die ÖVP-Mitglieder im Gemeindeumweltausschuss, die da sehr engagiert mitarbeiten und die den Tatsachen, glaube ich, ins Auge schauen können.

Zwischenruf StR. Dipl.-Ing. Dr. Rüschi unverständlich.

Mag. **Candussi**: Das hat aber Halbstundenmittelwerte gegeben von 180. Ich habe es erstaunlich gefunden, wer da alles geklatscht hat, wie der Kollege Frölich gesagt hat, beim Feinstaub wissen wir ja noch gar nicht, wo die Ursachen sind, da waren einige dabei. Kollege Getzinger hat schon relativ ausführlich dazu Stellung genommen, dass die City Maut nicht das Gegenmodell zur Parkraumbewirtschaftung ist, sondern dass das zwei Systeme sind, die sich wunderbar ergänzen können. Zwei Systeme, die sich deshalb gut ergänzen können, mit dem Vorteil der City-Maut, dass man mit der City-Maut sehr punktgenau reagieren kann, weil man sehr klar den Verkehr von

dort weglenken kann, wo er die größten Probleme erzeugt, nämlich vor allem zeitlich als auch räumlich. Ich kann den Verkehr aus den Ballungsräumen relativ gut draußen halten und ich kann ihn vor allem zu den Zeiten aus den Ballungsräumen draußen halten, indem ich tarifmäßig unterschiedlich justiere in Zeiten, zu denen die Belastungen sonst am größten werden. Das heißt, ich kann sowohl Kfz-Verkehr verlagern auf andere Zeiten, wo es weniger schlimm ist, ich kann aber auch generell Verkehr reduzieren. Und das ist das Faszinierende an diesem Modell. Von einer Totalsperre zu sprechen, ist großartig, haben Sie jemals von einer Totalsperre von Oslo gehört, haben Sie von einer Totalsperre von Trondheim gehört? Also ich nicht. Ich war auch selbst in Oslo, ich war in Trondheim, ich habe mich mit den Geschichten dort, weil sie mich fasziniert haben, beschäftigt, ich habe von niemandem gehört, dass es dort wahnsinnig wirtschaftsfeindlich zugeht, Oslo speziell macht wirklich nicht den Eindruck. Das was faszinierend ist hier im Haus, es reden alle von Mobilität, und speziell die ÖVP meint damit ausschließlich den motorisierten Verkehr, also ausschließlich den Kfz-Verkehr und reduziert das Thema Kfz-Verkehr wieder, und das ist heute auch wieder gekommen, auf das Thema Parkraummanagement. Die Gründung der GPG war ja ein Beispiel dafür, ich hätte es ja noch verstanden, hätte man eine Mobilitätsgesellschaft gegründet, noch eher hätte ich es verstanden, wir hätten in der Stadtbaudirektion die Verkehrsabteilung aufgestockt und die Arbeiten im eigenen Haus gemacht, anstelle zusätzliche Gesellschaften mit einem teurem Geschäftsführer einzuführen. Ich glaube, da sollte man auch einmal umdenken, weil du auch gesagt hast, die wenigen Beamten werden jetzt überlastet, ja schauen wir. Eine Parkraummanagementgesellschaft haben wir, aber eine Mobilitätsgesellschaft haben wir leider nicht, wir haben das damals auch gesagt. Wie gesagt, diese Reduktion auf den Kfz-Verkehr, wenn es um die Erreichbarkeit der Stadt geht, ist das, was mich immer wieder zornig macht. Ich habe in der Geldtasche eine Golden Card von Kastner und Öhler, das heißt, mit der macht man einiges an Umsatz, dass man die kriegt und dieser Umsatz ist ausschließlich mit dem Fahrrad gemacht, vielleicht nimmt irgendjemand in dieser Stadt auch zur Kenntnis, dass die Stadt auch anders erreichbar ist als nur mit dem Auto, man muss es den Leuten teilweise sagen, man muss es ihnen vielleicht erleichtern, man kann sie auch überzeugen und man kann sie mit bestimmten Mittel auch lenken, und eines dieser Lenkungsinstrumente ist die City-Maut, die den positiven Effekt hat, dass wir relativ große Summen für Investitionen in vielen

Bereichen bekommen können. Investitionen, die sowohl für den Ausbau des öffentlichen Verkehrs dienen können, aber auch zur Stützung jener Geschichten, die der Kollege Frölich befürchtet, die nicht mehr stattfinden. Also ich kann auch in die Entwicklung der Innenstadt dann wahrscheinlich mehr Geld investieren, punktgenau investieren, wenn ich es einnehme, nur muss ich es irgendwoher auch kriegen. Eines ist mir nur noch eingefallen, der Kollege Erich Edegger, der hätte wahrscheinlich angesichts dessen, was er da vorhin gerade gehört hat, einen seiner berühmten Zornausbrüche bekommen und ich glaube zu Recht.

StR. Mag. Dr. **Buchmann**: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Manchmal gibt es auch Bilder, die vielleicht mehr als viele Worte sagen, wenn der Kollege Candussi redet und es wird finster im Saal, dann hat es eine gewisse Bedeutung (*Applaus ÖVP*). Und ich möchte schon all jenen sagen...

Zwischenruf GR. Herper: Du sprichst und es bleibt finster.

Dr. **Buchmann**: Manchmal hat ja sogar ein sozialdemokratischer Klubobmann eine Erleuchtung, also ich habe ja immer noch frohe Hoffnung, aber ich muss schon eines dazusagen, wenn ich diese....

Zwischenruf GRin. Edlinger: Da müssen Sie sich aber schon sehr anstrengen, um meinen Klubobmann zu erleuchten.

Dr. **Buchmann**: Ja, das wisst ihr selber im eigenen Klub, ich weiß ja nicht, ich bin ja dort nicht dabei. Wenn ich mir diese Diskussion anhöre, dann erinnert mich das ein bisschen daran, dass diejenigen, die nicht weiterwissen, manchmal einen Arbeitskreis bilden und wenn sie den Arbeitskreis nicht machen, dann geben sie eine Studie in Auftrag (*Applaus ÖVP*).

Zwischenruf GRin. Edlinger: Wie war das mit der Evaluierung?

Dr. **Buchmann**: Eine Evaluierung ist keine Studie, liebe Kollegin. Aber wir können das gerne einmal definieren, wenn ihr solche Evaluierungsberichte in Auftrag geben würdet, wo man wüsste, nach welchen Kriterien man welche Punkte untersucht, dann wäre das ja eh schon sehr viel, aber in dem Antrag lese ich keine Kriterien, nach denen irgendwas untersucht wird. Ich lese auch nicht, in welche Richtung eine solche Studie gehen soll, ich lese nur, es soll eine Studie gemacht werden, also ist der Verdacht nahe, es wird halt eine Studie gemacht, um der Studie willen, aber nicht, weil man gewisse Ergebnisse hinterfragen möchte und sie gegenchecken möchte. Und ich habe mir die bescheidene Hoffnung nicht nehmen lassen nach der Diskussion im Gemeinderat im März, wo der Kollege Eichberger für mich sehr nachvollziehbar an die Mitglieder der Stadtregierung die Frage gestellt hat, ja was macht ihr eigentlich zum Thema Beschäftigung in Graz, und mir ist diese Diskussion nicht weil sie auch manchmal emotional war, sondern weil sie vom Thema her sehr gerechtfertigt ist, sehr unter die Haut gegangen und ich habe die Gelegenheit genutzt, mich mit vielen Repräsentanten, die sich auch mit Arbeitsmarktpolitik und Arbeitsmarktmaßnahmen beschäftigen, bis hin zum AMS zu unterhalten, was wir auch als Stadt tun können und ich habe mir gedacht, wir haben so etwas wie einen gemeinsamen Konsens, dass unser oberstes Ziel es ist, alle Maßnahmen zu ergreifen, damit wir gerade in jenen Problemgruppen, wo wir in der Beschäftigung noch Nachholbedarf haben, das ist insbesondere bei der Jugendbeschäftigung, das ist insbesondere bei den Langzeitarbeitslosen und es ist bei den Jungakademikern, dass wir da einen Konsens haben, alle diese...

Zwischenruf StRin. Kaltenbeck-Michl unverständlich.

Dr. **Buchmann**: Ja, liebe Tatjana, wenn du sie zum Problem reden willst, gerne, aber das AMS sagt mir, die anderen drei Gruppen sind diese Gruppen, wo sie sich momentan ganz besonders annehmen, dass da natürlich auch immer Mädchen und Frauen mit dabei sind, versteht sich für mich von selbst, weil ich auch immer versuche, das gegendert bei allen Maßnahmen zu behandeln (*Applaus ÖVP*). Ich habe mir gedacht, dass diese Diskussion in die richtige Richtung geht, dass wir sehr genau überprüfen, welche Wirkungen eine Maßnahme, die wir in Aussicht stellen oder tatsächlich beschließen, auf den Wirtschafts- und auf den Arbeitsstandort Graz hat und ich bin sehr glücklich, dass der Gemeinderat zu Beginn dieser Gemeinderatsperiode auch die Wirtschaftsstrategie der Stadt gemeinsam nach grundsätzlicher Diskussion beschlossen hat und da ist ja die Zielformulierung drinnen, dass wir die Maßnahmen auf Wachstum orientieren wollen und dass wir die Maßnahmen auf Beschäftigung orientieren wollen. Damit die Betriebe, die wir in der Stadt ansiedeln wollen oder die bestehenden, die wir fördern wollen, das auch tun können, bedarf es gewisser Rahmenbedingungen und diese Rahmenbedingungen dürfen nicht bar jeder volkswirtschaftlichen Vernunft sein. Wenn ich den Kollegen Getzinger so höre, dann weiß ich nicht, war ich in den falschen Vorlesungen oder er nicht in meinen, auf jeden Fall haben meine in der betriebswirtschaftlichen Studienrichtung jedenfalls was anderes erzählt als die Ihren, aber das können wir dann eh einmal in Ruhe ausdiskutieren. Ich glaube, dass wir, und das ist der zentrale Punkt, keine Maßnahmen setzen sollten, die bar oder wider volkswirtschaftlicher Vernunft sind und Sie sind mir nicht böse, liebe Frau Klubobfrau Kahr, wenn Sie sagen, grundsätzlich das soll man einmal untersuchen, was eine City-Maut betrifft, aber es dürfen dann insbesondere die Pendlerinnen und Pendler nicht darunter leiden. Wunderbar, nur wenn wir dann noch einen Katalog definieren von Gruppen, die nicht drunter leiden dürfen, dann werden wir die City-Maut nicht brauchen, weil dann betrifft es niemanden mehr, für den wir die City-Maut einheben und deswegen habe ich eingangs gesagt, man muss die Kriterien sehr genau definieren, wenn man zu so einer Maßnahme neigt (*Applaus ÖVP*), weil Sie werden ja wohl auch nicht Grazerinnen und Grazer meinen, die ins Schwarzl-Freizeitzentrum fahren, um dort

möglicherweise sich im Sommer zu erfrischen und wenn sie wieder die Stadtgrenze überschreiten, dass sie dann zur Kasse gebeten werden. Also ich nehme nicht an, dass das Sinn einer solchen Maßnahme wäre, das alles ist aber so, wie Sie diesen Antrag mitunterstützen und wie er formuliert ist, durchaus möglich. Wenn das so einfach wäre, würden sich wahrscheinlich alle bei den Stadtwerken freuen und wir uns mit. Aber, und jetzt komme ich zum Punkt, zu diesen Rahmenbedingungen, die die Betriebe brauchen, gehört auf der einen Seite Verlässlichkeit seitens der Politik, dass man abschätzen kann, wohin tendiert die Politik, welche Maßnahmen gedenkt sie zu setzen und wie kann ich meinen Betriebsstandort innerhalb einer Stadt oder außerhalb in einer anderen Region entsprechend etablieren. Und zu diesen Standortfaktoren gehört die Erreichbarkeit, ich sage das immer wieder und ich werde auch nicht müde werden, das zu sagen und zur Erreichbarkeit gehört halt auch der ruhende Verkehr und es hilft nichts, Maßnahmen zu fordern, wie eine City-Maut, wenn man auf der anderen Seite nicht bereit ist, die Rahmenbedingungen im ruhenden Verkehr entsprechend zufriedenstellend zu lösen. Wir haben ja, was den ruhenden Verkehr betrifft ohnedies so was wie eine versteckte City-Maut, weil was ist eine Blaue-Zonen-Bewirtschaftung anderes, als eine Art von City-Maut, nur haben wir diese Blaue-Zonen-Bewirtschaftung auch aus gewissen Lenkungsgründen eingeführt. Bei der City Maut ist mir die Antragstellerin diese Lenkungsmaßnahme bis dato schuldig geblieben, außer dass man sagt, man will nicht mehr, dass jemand nach Graz hereinfahrt, aber da sage ich ganz deutlich, Frau Gemeinderätin Binder, das will ich nicht, ich will schon, dass die Menschen des Umlandes und der Region sehr wohl in unsere Stadt kommen, weil der Klaus Frölich sehr, sehr plausibel für mich und nachvollziehbar für alle, die sich mit den Fakten beschäftigen, nachgewiesen hat, dass wir halt der Wirtschaftsstandort der Region sind und sehr stark auch von diesem Zuzug von außen leben. Um nicht zu lange zu werden, möchte ich Ihnen nur ein Zitat präsentieren, das ich gerade bekommen habe von einer Aussendung der Industriellenvereinigung, die sich mit dem Thema auch der City-Maut durchaus seriös auseinandersetzt, also nicht von vorneherein dieses Thema vom Tisch wischt, allerdings schon sagt, dass die Konsequenz wäre, und das ist jetzt Zitat, „dass Neuansiedlungen ausbleiben und viele Betriebe nach und nach den Weg aus der Stadt nehmen“. Und wenn das der Fall ist, und ich zweifele nicht daran und die Industrie ist in Graz auch ein wesentlicher Partner in der Region, dann würde das bedeuten, dass uns Arbeitsplätze verloren gehen und wenn uns

Arbeitsplätze verloren gehen, geht uns Kaufkraft verloren und wenn uns Kaufkraft verloren geht, ist von einem Wirtschaftswachstum nicht mehr die Rede und wenn es kein Wirtschaftswachstum gibt, dann sind wir in einer Situation, die wir uns, glaube ich, alle gemeinsam nicht wünschen. Und Absperrungen ist eine sehr restriktive Maßnahme, manche werden sich durch eine Absperrung auch eingesperrt fühlen, aber zusperrungen möchte ich Graz auf keinen Fall und daher bitte ich Sie sehr ernsthaft, bei all diesen Maßnahmen, die die Politik vorschlägt und die die Politik einer Prüfung unterzieht, zu überlegen, welche Signale Sie an die Wirtschaft aussenden. Und wir sind momentan mit einigen Betrieben in Kontakt, wo wir versuchen, diese Betriebe zu einer Betriebserweiterung zu ermuntern oder gar eine Betriebsansiedelung vorzunehmen. Und was werden sich diese Betriebe denken, wenn Graz glaubt, unbedingt eine Maut einführen zu müssen, damit sie ihre Kunden dann nicht mehr bei diesen Betrieben haben? Danke (*Applaus ÖVP*).

GRin. **Rücker:** Die Positionen da herinnen sind eh sehr klar und sehr offensichtlich. Ich möchte nur ein paar Dinge anmerken einfach auch als Radfahrerin und Fußgeherin in dieser Stadt, die eigentlich ohne Auto auskommt und die sich ein bisschen wundert, einerseits als Konsumentin nicht zu existieren und irgendwie den Eindruck zu gewinnen, der immer stärker wird, wenn man diesen Wortmeldungen folgt, als würden sich Menschen in dieser Stadt überhaupt nur noch auf allen Vieren, auf vier Rädern fortbewegen, als wäre das völlig undenkbar, dass man einmal aus seinem Auto heraussteigt, weil es ist mir doch deswegen, gerade deswegen hat die City Maut womöglich einen regulierenden Effekt, weil man endlich draufkommt, dass man Kosten verursacht, wenn man sich immer auf allen vier Rädern bewegt. Wenn nur das schon ein Ergebnis ist, dass das Bewusstsein dafür geschärft ist, dass ich, wenn ich mich mit vier Rädern bewege, Platz brauche, Energie verbrauche, Dreck verursache, Menschenleben riskiere und das Kosten sind, volkswirtschaftliche Kosten und Sie, Herr Stadtrat, reden von Volkswirtschaft und meinen aber eigentlich einen sehr eingeschränkten Bereich von wirtschaftlichen Interessen, dann wäre das schon ein kleiner Effekt, die die City-Maut hervorbringen würde. Der zweite Punkt, der mich auch als Radfahrerin und Fußgeherin sehr aufreißt inzwischen, ist diese Geschichte mit dem, dass nur KonsumentInnen mit vier Rädern anscheinend dieser

Stadt Wirtschaftswachstum ermöglichen, was ist, wenn der ÖV ausgebaut wird, was ist, wenn öffentlicher Verkehr ausgebaut wird, dorthin investiert wird? Sind das keine Arbeitsplätze? Sind das keine Arbeitsplätze für Menschen, die dann diese Fortbewegung auch betreiben? Ist das kein Wirtschaftsfaktor, wenn hier in der Stadt investiert wird großflächig investiert wird? Wenn der öffentliche Raum vielfältiger nutzbar wird, als bisher. Das möchte ich auch einmal in Frage stellen, ob das nicht auch eine Überlegung wert wäre und das Dritte, was ich mir einfach einmal von der ÖVP hier herinnen interessieren würde, ist, wie schaut eure Vision, wie schaut euer Bild vom Jahr 2010 in dieser Stadt aus, wenn ihr hinnehmt, dass dieses Wachstum, dass individuell motorisierter Verkehrs so ungebremst weitergeht, geradezu gefördert wird, wie schaut denn das Bild aus und was heißt es dann für die Lebensqualität in dieser Stadt, für die Ansiedlungsinteressen von Betriebsansiedlungen, wie attraktiv ist eine Stadt, die so mutlos ist, sich nicht entscheiden zu wollen, dass hier Menschen leben und nicht Autos (*Applaus SPÖ und Grüne*)?

GR. Dipl.-Ing. **Linhart**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren! Grundsätzlich bin ich ja auch für diesen Vorschlag, nur er kommt viel zu früh, weil die Voraussetzungen sind bei weitem noch nicht ausreichend, um über City-Maut zu sprechen. Der ganze Südosten von Graz ist praktisch nicht gut erreichbar mit öffentlichen Verkehrsmitteln, ich verspüre das jeden Tag in der St.-Peter-Hauptstraße...

Zwischenruf GR. Mag. Candussi: *Ich habe geglaubt, es ist eh alles paletti.*

Dipl.-Ing. **Linhart**: Bitte? Es ist alles gut, aber wir müssen die Voraussetzungen schaffen und dann können wir darüber reden, dann würde ich gerne darüber diskutieren. Nur bevor wir irgendeine Zeit investieren in alle möglichen Studien, möchte ich doch sagen, was andere schaffen. Ein weiterer Punkt, wir haben die

Wirtschaft, die Kleinbetriebe in der Stadt, die haben noch lange nicht den Schock überstanden mit Einführung der erweiterten Kurzparkzonen, es sind zahlreiche Betriebe ausgewandert und wenn die Kollegin Binder gesagt hat, dass die Lebensqualität verbessert werden soll, ja da stimme ich auch vollkommen zu. Nur zum Leben braucht man Luft und wenn der Stadt die Luft ausgeht, dann wird uns die Lebensqualität auch nicht gut werden. Und eines möchte ich noch anbringen, schon mit diesem lauten Gackern, ich meine jetzt die Presse, und die Rundfunkausstrahlung führt mit Sicherheit dazu, dass wir den Ruf der Stadt, und wie schon angeschnitten von Klaus Frölich, dass die Stadt ein zuverlässiger Partner ist. Dieses laute Gackern rückt uns ein bisschen in die Unzuverlässigkeit und wir haben sicherlich damit schon einen gewissen Schaden zugeführt. Investoren werden vorsichtig. Ich stelle also die Frage, wollen Sie den Ast absägen, auf dem wir alle sitzen?

Zwischenruf GR. Herper: Wir führen die City Maut heute nicht ein.

Dipl.-Ing. **Linhart**: Das ist ja wohl klar. Ich ersuche, dieses Ei bitte nicht auszubrüten, wir schaden uns allen damit (*Applaus ÖVP*).

StRin. **Monogioudis**: Es ist schon sehr bemerkenswert zu verfolgen, welche Diskussionen, welche Abwehr, welche Ängste dieser Antrag, der ja eigentlich einen sehr moderaten Inhalt hat, welche Ängste und Abwehr der hervorgerufen hat. Es wurde überhaupt nicht das Zusperrren, Einsperren oder Absperren der Stadt verlangt. Trotzdem haben manche so das dargestellt, als wäre das das Ansinnen. Nur ich warne wirklich, wir werden nicht um gravierende Maßnahmen herumkommen. So wie der letzte Winter war, es kann so nicht weitergehen. Es wurde uns auch damals bei der Präsentation der Situation von Graz gesagt, wenn wir nichts machen, dann gehen wir so nach oben mit den Feinstaubwerten und viele italienische, norditalienische Städte hätten, beziehungsweise haben, schon bei sehr viel

geringeren Überschreitungen diese Maßnahmen gesetzt, also Fahrverbote unterschiedlichster Art, bei sehr viel geringeren Überschreitungen als Graz sie hatte. Ich habe die Liste versprochen, ich bringe sie. Ich sehe es auch nicht so, dass es einen Strich quer durch Europa gibt, im Süden verhängt man Fahrverbote, im Norden greift man zur City-Maut. Ich denke, man muss sich wirklich dann zum Schluss anschauen, welches Bündel von Maßnahmen ist am ehesten geeignet, damit wir dieses Problem in den Griff bekommen, und wir müssen dieses Problem in den Griff bekommen. Wir müssen auch Prioritäten setzen. Die Stadt muss nicht nur ein verlässlicher Partner für die Wirtschaft sein, wie das immer wieder beschworen wird, sondern wir haben auch eine Verantwortung gegenüber der Bevölkerung (*Applaus KPÖ*) und den Kindern, die nur mehr husten und ständig krank sind, der Zusammenhang ist längst erwiesen, es ist nicht so, dass das irgendwie noch unklar ist die Auswirkungen von Feinstaub. Es gibt genug Studien, die genau darauf hinweisen, wie die Auswirkungen sind. Wir können nicht zuschauen und sagen, man muss einfach überall mit dem Auto hinfahren können, ich glaube schon, dass das bequem ist, ich bin nicht Autofahrerin, aber ich sehe durchaus ein, dass es bequem ist, wenn man überall mit dem Auto hinfahren kann. Wenn es einfach so ist, dass man abwägen muss, was ist jetzt mehr wert, die Gesundheit der Bevölkerung oder dass ich jeden Fleck mit dem Auto erreichen kann, dann ist für mich die Frage einfach ganz klar beantwortet (*Applaus KPÖ, Grüne und Teile SPÖ*).

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Liebe Kolleginnen und Kollegen, Herr Bürgermeister! Es ist halt so wunderschön, mit der Punze zu argumentieren, jeder, der hier herinnen sitzt, hat eine Punze, das wissen wir ganz klar, entweder ist er markiert, und die ÖVP ist selbstverständlich Vertreter in der Wirtschaft und darüber hinaus nicht für den öffentlichen Verkehr. Lieber Hermann Candussi, das ist wirklich ein Blödsinn (*Applaus ÖVP*). Jetzt haben wir in der letzten Gemeinderatsperiode einen Stillstand gehabt, wir haben einen Stillstand seit den 30er-Jahren im öffentlichen Verkehr und wir haben jetzt innerhalb dieser Gemeinderatsperiode, die etwas mehr als drei Jahre alt ist, drei Straßenbahnverlängerungen...

Zwischenruf GR. Herper: Ja, gemeinsam.

Dr. **Rüsch**: Auch mit eurer Stimme, von uns eingebracht, dann zu sagen, die ÖVP ist gegen den ÖV (*Applaus ÖVP*). Dann würde ich gerne der Frau Rücker sagen, das Problem ist, dass die Grünen offensichtlich nur bis 2010 denken und nicht darüber hinaus (*Applaus ÖVP*). Wir denken viel, viel weiter, wir machen uns Gedanken, was 2050 passiert und sind uns zum Beispiel im Klaren, dass dann die Autos etwa mit Wasserstoffmotoren betrieben sein werden, die von der Emission her selbstverständlich völlig clean sind (*Applaus ÖVP*).

Zwischenruf StR. Mag. Dr. Riedler: Feinstaub produzieren sie dann trotzdem.

Dr. **Rüsch**: Also ich glaube, ich habe überhaupt kein Problem, einmal klarzulegen an dieser Stelle, dass auch das, was in dem dringlichen Antrag an Zielen drinnen steht, von unserer Seite großteils völlig geteilt wird, das ist der öffentliche Verkehr, das ist Park & Ride am Stadtrand, das ist alles völlig unbestritten und darum geht es auch nicht. Und ich denke mir auch, es geht auch nicht darum, dass da eine Studie gemacht wird, wir haben schon so viele Studien gemacht, es kommt auf diese Studie über die City Maut nicht mehr darauf an und ich muss eines dazu sagen, ich möchte noch eines gerne dazu sagen, ich habe ein köstliches Erlebnis gehabt, als der Karl-Heinz Herper immer mit der Tragweite des Abendlandes hier steht und sagt, wir können doch wohl keine Denkverbote aussprechen. Ehrlich gesagt, das habe ich mir auch gedacht, als wir über den dringlichen Antrag über Park & Ride in Mariatrost gesprochen haben (*Applaus ÖVP*).

Zwischenruf GR. Schönegger: So schaut es aus!

Dr. **Rüsch**: Ich möchte gerne ein paar Dinge noch zum Vergleich zur Parkraumbewirtschaftung sagen. Ich bin wirklich der Ansicht, dass die Parkraumbewirtschaftung das bessere Instrument ist und ich möchte auch einmal hier sagen, wir haben das gemeinsam beschlossen und wir sollten uns auch überlegen auch im Sinne der Verlässlichkeit, auch das ist Verlässlichkeit, immer zwischen Instrumenten hin- und herzuschwanken. Ich habe die Ausführung vom Kollegen Getzinger ebenfalls sehr genossen, als Vorlesung empfunden, aber ich bin mit den Folgerungen nicht unbedingt einverstanden und zwar war die Aussage, dass die City Maut ein marktwirtschaftliches Konzept ist, da kann man schon einige Dinge anmerken. Zunächst einmal, glaube ich, hat London die City-Maut eingeführt innerhalb der Stadt, damit der Verkehr in die Innenstadt weniger wird, wir werden in der Studie dann überlegen, wo soll man diesen Ring anbringen, soll man den an der Stadtgrenze anbringen, dann ist klar, dann kommen alle, die von außen hereinkommen in den Genuss des Zahlens, sollen wir etwa den in Höhe des Gürtels anbringen, des jetzigen Gürtels den wir haben, dann zahlen alle Grazerinnen und Grazer, die außerhalb des Gürtels, wohnen, zahlen eine City-Maut, die drinnen wohnen zahlen nichts, der Verkehr kann damit auch nicht reduziert werden. Das sind Effekte, die man sich sehr genau ansehen muss. Ich denke, wenn es ein gerechtes marktwirtschaftliches Instrument gibt, dann ist es das Road Pricing, den dann bezahlt jeder, der einen Kilometer fährt, eine entsprechende Summe Geld und zwar überall, nicht nur in Graz, nicht in der Innenstadt, am Stadtrand, sondern auch in Seiersberg und ich würde sagen, wenn wir das tun, dann wird euer Parteifreund, der liebe Kollege Kräutler nicht sagen, wenn Stadt die City Maut einrichtet, dann richten wir die Wochenendumweltmaut ein in den umgebenden Städte (*Applaus ÖVP*), eine völlig natürliche Reaktion. Ein besonderes Augenmerk in dieser Studie werden wir sicherlich darauf legen, wer wird das bezahlen. Ich halte das auch für einen völligen Widerspruch, wenn man sagt auf der einen Seite, wir wollen eine City Maut aber wir dürfen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht treffen. Das geht bitte nicht, entweder oder, sonst haben wir so viele Ausnahmen und Ausnahmegenehmigungen, dass die City-Maut nichts bringt. Das ist ein ganz wesentlicher Aspekt und ich denke mir auch, dass die Umverteilungswirkungen von einer City-Maut tatsächlich sehr, sehr entscheidend sind und es bringt mich eben auch auf die Frage, wer das tatsächlich bezahlen soll. Ich finde es auch klass', wenn der VCÖ ausrechnet 21 Millionen Euro für die Stadt und für Investitionen. Nur wer zahlt diese 21 Millionen

Euro, glauben wir wirklich, dass dann nicht irgendwas passiert in der Stadt, die Attraktivität, ich meine es jetzt gar nicht ausschließlich auf die Wirtschaft bezogen, das ist doch eine Verteuerung fürs Wohnen. Ich habe irgendwo gehört auch, dass die Parkraumbewirtschaftung nicht abgeschafft werden soll, also das sind doch irrsinnige Kosten, da kassieren wir zusätzlich 21 Millionen von den Leuten, die in Graz wohnen, arbeiten, Wirtschaft, Bevölkerung, alle zusammen, also das muss man sich tatsächlich einmal überlegen. Ich denke mir, das ist einfach ein bisschen eine Milchmädchenrechnung, davon auszugehen, wir haben dann das Problem etwa der Finanzierung im öffentlichen Verkehr gelöst. Also abschließend, ich bin überzeugt, dass der Antrag eine Mehrheit finden wird. Mittel, darf ich ehrlich hier schon verkünden, habe wir keine budgetiert, wir haben uns auch beim Magistratsdirektor erkundigt, es ist auch gar nicht gedacht, eine Studie zu vergeben, dann hätte der dringliche Antrag finanzielle Auswirkungen, dann hätte er gar nicht gestellt werden dürfen. Also ich denke mir, dass die Kollegin Binder ebenfalls schon eine Magistratsarbeitsgruppe vor sich gehabt hat, die diese Frage dann insgesamt rechtlich, technisch usw. prüfen wird und wir werden die Ergebnisse dann vorlegen, wir selber sind nicht dafür (*Applaus ÖVP*).

GR. Dr. **Hammer**: Ich bin am Weg heraus gebeten worden, mich kurz zu halten. Aber, meine Damen und Herren, wenn der Themenbereich Gesundheit verwendet wird, und ich sage nicht verwendet, ich sage missbraucht wird, um zu emotionalisieren und zu hysterisieren, muss ich aufstehen. Ich habe als Arzt gelernt, Maßnahmen angemessen zu setzen. Ich verwende eine Chemotherapie für einen Magenkrebs, aber nicht für ein Magengeschwür. Im Gebiet der Feinstaubdiskussion, und das sage ich seit Anfang der Diskussion, seitdem ich im Gemeinderat bin, im Gesundheitsforum und im Umweltausschuss, sage ich, dass da eine Hysterisierung erfolgt ist, die dem wirklichen Ausmaß der medizinischen Bedrohung nicht entspricht, sind wir bitte ehrlich. Es geht uns heute hier und jetzt so gut wie nie zuvor in der Menschheitsgeschichte, wir werden so alt wie nie zuvor in der Menschheitsgeschichte und wir werden so gesund alt, wie nie zuvor in der Menschheitsgeschichte (*Applaus ÖVP*). Die älteren Kolleginnen und Kollegen werden sich noch genau an die Smogdunstglocke erinnern, die in den vergangenen

Jahrzehnten über der Stadt gegangen ist. Es war der wirtschaftliche Fortschritt, der den Reichtum geschaffen hat und die wirtschaftlichen Möglichkeiten, Verbesserungsmaßnahmen in der Umwelt durchzuführen, und es ist auch heute bekannt, das ist bekannt, dass die größten Umweltverschmutzer nicht die entwickelten Industrien sind, sondern die Schwellenländer. Wir können nicht eine Chemotherapie machen, alles ausradieren und die Gesundheit des Körpers damit gefährden (*Applaus ÖVP*). 50 Todesfälle pro Jahr sind in der Statistik für die Feinstaubproblematik nachgewiesen, aber genauso viele Todesfälle pro Jahr gibt es durch die Belastung mit Passivrauch. Was tun wir dagegen? Was fordern Sie dagegen? Und achtmal so viele Todesfälle gibt es durch das Rauchen. City-Maut für die Feinstaubproblematik ist wie Chemotherapie gegen ein banale Angina, auch an der Angina können Menschen versterben, aber wir geben keine Chemotherapie. Ich müsste Sie, und auch das ist einer meiner Aufgabenbereiche, als Prüfer für das Fachgebiet Innere Medizin mit unvorbereitet und nicht genügend nach Haus schicken (*Applaus ÖVP*).

GR. **Eichberger:** Liebe Kolleginnen und liebe Kollegen! Man versteht zum Teil die Aufregung und die Polemik der ÖVP-Kolleginnen und Kollegen nicht ganz. Sie sind hier wie der Hase oder die Maus vor der Schlange oder was immer, als ob wir heute hier und da stehen würden und heute bereits die Umsetzung, die Realisierung beschließen würden. Und wenn ich hier manche Wortmeldungen höre, dann weiß mancher aus der ÖVP-Riege schon, wer darf rausfahren, wer muss beim Reinfahren zahlen, wer ist vielleicht befreit und vielleicht, wenn das so weiter geht, diskutieren wir unter Umständen schon bald über die Höhe einer möglichen Mautgebühr. Dazu muss ich schon eines sagen, vielleicht wäre es sinnvoller, eher auch den ganzen Antrag zu lesen und nicht nur die Überschrift, die vielleicht etwas missverständlich ist, weil dort steht nur ein Doppelwort, nämlich City-Maut. Heute und in diesem Antrag, nur zur Erinnerung, geht es nicht um die Festlegung und die Umsetzung, um die Realisierung und die Inkraftsetzung, schön wäre es, wenn wir bei anderen verkehrspolitischen Maßnahmen so rasch und beim Handeln wären, heute und hier in diesem Antrag geht es einmal lediglich um ein Prüfungsverfahren und genau diese Fragen, die Sie alle angeschnitten haben und andiskutiert haben, was bringt das,

was schadet das unter Umständen, welche Rahmenbedingungen in Bezug auf Park-&-Ride-System, welche Maßnahmen unter Umständen in der Erweiterung des öffentlichen Verkehrsangebotes sind im Zusammenhang mit einer möglichen, und bitte bleiben wir beim Konjunktiv, es ist heute noch nicht beschlossen, sondern es ist eine Möglichkeit und es geht heute um die Prüfung. Und zum anderen, weil der Herr Stadtrat Buchmann mich erwähnt und weil ihn getroffen haben die Zahlen, die ich das letzte Mal präsentiert habe und es ihn betroffen gemacht hat die Situation am Arbeitsmarkt, was mich freut, und dass das Thema auch heute wieder hier in diesem Hause ist, aber nur eines, glaube ich, sollten wir auch beachten und zwar, wir können den Wirtschaftsstandort und die Situation des Handels, und so traurig es ist, dass es hier eben gravierende Probleme in diesem Bereich gibt und ich hoffe nicht, dass jetzt noch ein Wortmelder aus der ÖVP-Riege vielleicht herkommt und schon sagt, die Betriebe haben schon gewusst, dass man heute diese Diskussion anzündeln würde und deshalb gibt es seit Jahren schon die Probleme im Handel. Man muss schon eines sagen, auch die Kolleginnen aus der zweiten Reihe, ein gebührenfreier Samstag oder jetzt die Diskussion über eine mögliche Maut schadet nicht unbedingt dem Wirtschaftsstandort, da sind wir felsenfest überzeugt, sondern ich glaube eher, dass Ihre Diskussion und Ihre Entgleisung in diese Richtung, dass das alles ein Blödsinn sei, eher der Wirtschaft schadet als ihr nutzt. Und mir würde es besser gefallen, wenn hier heute so genannte Wirtschaftsexperten nicht ans Rednerpult treten und sagen und genau wissen, was der Wirtschaft und was dem Handel und was den Beschäftigten und dem Wirtschaftsstandort Graz schadet, sondern ich würde mich freuen und würde auch einmal applaudieren, wenn diese, die heute hergegangen sind und immer wissen, was der Wirtschaft schadet, irgendwann einmal hergehen würden an dieses Pult und sagen, wir wissen, was der Wirtschaft nutzt, dieses vermisse ich hier in diesem Haus (*Applaus SPÖ*); immer wieder heißt es nur, das schadet, aber keiner kommt auf die Idee, hierher zugehen und zu sagen, das könnte nützen. Und eines noch zu guter Letzt und der eine oder die andere hat es heute schon gesagt es finden da und dort Verwechslungen statt, ich hoffe ja nicht, wenn einer durch den Kleinalmtunnel fährt und hier Maut zahlt, dass er spricht, der Kleinalmtunnel ist gesperrt. Zwischen der Einhebung einer Maut und einer Sperre ist ein wesentlicher Unterschied. Man muss da etwas bezahlen und beim anderen steht man vor verschlossenen Schranken, das dürfte auch der eine oder die andere hier noch nicht so richtig mitbekommen haben. Und, liebe Freunde, auch aus der ÖVP-

Riege, ein mögliches, und ich bleibe dabei, ein mögliches Mautsystem kann eine verkehrs- und umweltpolitische Maßnahme sein und deshalb sind wir auch hier und sagen ganz klipp und klar und, weil heute auch schon die Parkraumbewirtschaftung und das Park-&-Ride-System angesprochen ist, auch als Fraktion der Sozialdemokratie, ja zur Parkraumbewirtschaftung, ja zu weiteren Park-&-Ride-Parkplätzen, über das Wo werden wir uns noch unterhalten, das ist keine Frage, ein klares Ja zur weiteren Ausdehnung des öffentlichen Verkehrsmittels und der Verkehrsmöglichkeiten auf diesem Sektor, aber auch ein klares Ja zur Prüfung, ob eine Maut sinnvoll ist oder unter Umständen hier in der Stadt nicht das propate Mittel ist, um hier Möglichkeiten und Maßnahmen zu setzen. Danke (*Applaus SPÖ*).

GRin. Mag. **Bauer**: Ich möchte nur auf meine Vorredner Bezug nehmen. Der Herr Kollege Prof. Hammer hat die Chemotherapie angesprochen, es ist natürlich notwendig, die Chemotherapie anzuwenden, wenn es auch die entsprechende Krankheit erfordert. Aber in anderen Fällen ist vielleicht auch einmal ein Wellness-Programm, das uns zur Verfügung steht, durchaus anwendbar. Ich bin schon sehr froh, dass der Herr Stadtrat Buchmann von Erreichbarkeit spricht, das ist ein Wort, das aber mehrere Inhalte umfasst. Erreichbarkeit einer Stadt ist dem Individualverkehr gegeben, aber auch mit dem öffentlichen Verkehr oder wir können natürlich auch zu Fuß gehen und Rad fahren, also Erreichbarkeit ist ein sehr umfassender Begriff und vielleicht sickert das auch, dass man hier schon in die Veränderung des Modal Split hineingehen muss, wie die Wege zurückgelegt werden müssen und das nicht nur das Liebling Auto das einzig Mögliche ist. Es wurde auch angesprochen, dass ist eine funktionelle Betrachtung von Ihnen, Herr Stadtrat Buchmann, natürlich auch eine Stadt hat mehrere Funktionen zu erfüllen, das eine, dass wir in unserer Stadt leben, wir wohnen hier, wir verbringen die Freizeit hier, aber natürlich auch wir arbeiten und das hat auch die Funktion des Wirtschaftsstandortes. Nur ich halte es für nicht gerechtfertigt, dass eine gegen das andere auszuspielen. Einen Wirtschaftsstandort berühmt zu machen als Feinstaubstadt Europas ist natürlich auch kein Ziel, weil auch hier das natürlich nicht die Wirtschaftsbetriebe und Ansiedelungen fördern wird. Ich möchte auch noch erinnern, die Stadt Graz hat viele Auszeichnungen als Umweltmusterstadt Europas erhalten. Was hat uns das

gebracht und warum ist es dazu gekommen? Natürlich haben wir Umweltprobleme hier in Graz gehabt und es war auch eine erfolgreiche Politik, die die Stadt Graz hier in der Vergangenheit verfolgt hat und das Ergebnis ist, dass wir in manchen Bereichen hervorragende Umwelttechnologien hier in Graz produzieren und auch exportieren. Das heißt, auch Betriebe sind hier angesiedelt worden, also auch die Beschäftigung mit der Problematik hat uns weiter gebracht. Zum Thema City-Maut. Natürlich entsteht das Bild der gesperrten Stadt und das macht natürlich Angst. Aber wenn wir uns weiter entwickeln wollen, müssen wir uns auch mit diesem Thema auseinandersetzen. Eine Untersuchung ist der erster Schritt dazu und wie der Herr Stadtrat Rüschi gesagt hat, na ja, Denkverbote bringen uns wirklich nicht weiter, es kann eine Lösung auch für uns möglich sein und herauskommen. Na eines ist ganz gewiss, eine Polarisierung zu Beginn, wenn wir uns damit auseinandersetzen, hilft uns sicher nicht (*Applaus SPÖ*).

GR. Dipl.-Ing. **Topf**: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte Sie wieder in die Niederungen der gemeinderätlichen Ausschussarbeit zurückführen. Wir haben doch heute schon mehrfach diskutiert, was wird in den Ausschüssen, Umweltausschuss und in dem Feinstaubausschuss, nennen wir es einmal so, hier gemacht, worüber wird gebrütet, mit fachkundiger Vorsitzführung durch Fluch und vor allem Getzinger, was wird da überhaupt gemacht. Und ich habe heute schon den Eindruck gehabt, dass eigentlich die Berichterstattung, lieber Kollege Getzinger, mit dem Maßnahmenkatalog, wo wir uns ja einstimmig dafür ausgesprochen haben, diesen Maßnahmen zuzustimmen, eine gewisse Prioritätenreihung haben wir durchaus festgelegt, auch die Finanzierungsmöglichkeiten schon in Erwägung gezogen. Ich glaube, dass die Arbeit insgesamt in diesen Ausschüssen, und wir sind ja sehr oft zusammengesessen, auch der nächste Ausschuss am 27. April wird uns wieder hoffentlich einen Schritt weiterführen. Also ich habe schon den Eindruck, dass wir dort sehr sorgfältig und ernsthaft die Probleme angegangen sind. Und ich halte es prinzipiell jetzt für die Ausschussarbeit, vielleicht bin ich eher ein handwerklicher Typ, der gerne die Ausschussarbeit macht und sich dort stärker einbringt als hier im Plenum, das ist durchaus richtig, aber ich halte es schon für zweckmäßig und sinnvoll, die Ausschussarbeit nicht durch zu starke Akzentuierungen oder

Betonungen von bestimmten Maßnahmen hier ein wenig ins Wanken zu bringen. Ich bitte wirklich um Verständnis, dass ich da tatsächlich nicht Angst, aber Befürchtungen habe, dass wir diesen Maßnahmenkatalog, den wir mit Fachexperten, mit dem Umweltamt, mit Hinzuziehen von Hochschulen, den „Feinstaubkoordinator“, unter Anführungszeichen, haben wir öfter in unseren Reihen gehabt, dass wir hier eine Arbeit geleistet haben, die wir schon nach unserem Dafürhalten in Abstimmung mit dem Gemeinderat, wir berichten ja auch immer wieder dabei, so gebündelt haben und auch in den Prioritäten hier abgestimmt haben, dass wir eigentlich der Meinung waren, so nehme ich das an, ich hoffe, dass das auch in der zukünftigen Arbeit ist, sonst bin ich dort fehl am Platz, ich sage es ganz offen und ehrlich, dass wir hier sukzessive Maßnahmen setzen, die wir auch nach außen hin moderat vertreten können. Und ich bitte, wirklich darüber nachzudenken, ob diese starke Betonung auf City-Maut, und das ist ja die Überschrift letztendlich, auch wenn dann zusätzlich noch den Einbau der Partikelfilter usw. eingefügt wurde, aber wir haben uns letztendlich doch zu einer Schiene, glaube ich, zusammengefunden, die gerade diese City Maut sozusagen so stark betonend nicht zum Ziel hat und darüber sollten wir, glaube ich, nachdenken und das ein bisschen für unsere zukünftige Arbeit, weil sonst findet sie ohne mich statt, wird wahrscheinlich auch funktionieren, aber dann hat sie keinen Sinn mehr (*Applaus ÖVP*).

GR. Mag. **Candussi**: Kollege Topf, ich habe jetzt überlegt, aber ich muss jetzt doch, weil es findet da eine, Kollege Frölich, ob es Ihnen passt, ob ich da stehe oder nicht, das entscheiden nicht zum Glück Sie, sondern die Geschäftsordnung.

Zwischenruf GR. Mag. Frölich unverständlich.

Mag. **Candussi**: Das können Sie entscheiden, halten sie es, wie Sie wollen. Lieber Kollege Topf, du verkehrst die Tatsachen schon ein bisschen. Tatsächlich ist es

nämlich wirklich so und wir haben letztthin ausgiebig im Ausschuss darüber gesprochen, dass wir im Ausschuss sitzen und wohlmeinend Pakete schnüren und das, woran wir verzweifeln im Ausschuss, und da schließe ich euch auch mit ein von der ÖVP, ist, dass wir im Ausschuss das Ziel haben, den motorisierten Individualverkehr in der Stadt zu reduzieren und dann aus der Zeitung erfahren, dass die Landwirtschaftskammer eine zusätzliche Tiefgarage im Innenhof bauen will, dass der Wirtschaftsstadtrat darüber nachdenkt, das Parken am Samstag wieder gratis zu machen. Wir vereinbaren im Ausschuss ganz klar, dass die Fahrverbote kommen sollen und dass wir sie wollen, dass sie kommen, wenn sich durch die freiwilligen Maßnahmen nichts verbessert. Nachzulesen im Profil und im Standard, der Bürgermeister versucht das schon wieder abzuschwächen, das ist das Problem, das wir haben, es ist nicht umgekehrt. Und die City-Maut ist kein Fahrverbot und dann noch einmal, es ist keine Autobahn gesperrt, weil wir dort Maut zahlen, sondern es ist ein Kostenbeitrag, der zur Kostenwahrheit beiträgt.

Bgm.-Stv. **Ferk**: Meine Damen und Herren! Es wundert nicht, dass wir heute wieder einmal über die Grundproblematik im Grunde in unsere Stadt diskutieren. Ich war gestern eingeladen, gemeinsam mit dem Landesrat Seitinger, von einer Grazer Automobilfirma und vom ÖMV, wieder einmal sich ernsthaft mit der Möglichkeit neuer Technologien auseinander zu setzen und mit der Möglichkeit, unter anderem auch über Erdgasfahrzeuge zu diskutieren. Und meine Damen und Herren, ich bin nicht jemand, der alle Aussagen des Umweltlandesrates immer wieder positiv bejaht, aber in einem Punkt waren wir uns gestern auch vor den Experten einig. Wir waren uns einig, dass es einen Handlungsbedarf gibt im Zusammenhang mit der Luftsituation, mit der Feinstaubbelastung. Und, meine Damen und Herren, wer sich jetzt ernsthaft mit diesem Thema auseinandersetzt, sage ich einmal, die augenblickliche Polemik vor der Tür lässt, der weiß ganz genau, dass diese Problematik ganz Europa erfasst hat. Und es ist schon interessant, dass zum Beispiel das große Deutschland von Berlin bis München, von Stoiber bis Schröder, momentan die inhaltliche Diskussion führt, wer denn auf der einen Seite Schuld hat, dass unsere Städte, unsere Zentralräume in einer derartigen Belastungssituation sich befinden und es war Stoiber in einer sehr interessanten Diskussion, der gesagt hat, wenn wir jetzt nicht

Handlungen setzen, dann gefährden wir nicht nur den Wirtschaftsstandort Deutschland, sondern den Wirtschaftsstandort der Regionen insgesamt und er hat Recht, meine Damen und Herren, weil nämlich Gesundheitspolitik und weil die Lebensqualität einhergeht auch mit der Qualität eines Standortes und daher sage ich, meine Damen und Herren von der ÖVP, und der Kollege Buchmann hat ja immer nur einen sehr einseitigen Zugang, das darf er auch als Vertreter der Wirtschaft in diesem Hause haben. Aber ärgern tut es mich, wenn der Verkehrsreferent hier an das Rednerpult geht und mit flapsigen Sprüchen und mit besonderem Zynismus an dieses Thema herangeht. Meine Damen und Herren, das ist nicht der Stil (Applaus SPÖ), den sich die Menschen in Graz von uns erwarten. Die Bevölkerung erwartet sich, und bisher sind wir diesen konsensualen Weg positiv beschritten und da bin ich froh, dass der Kollege Topf mit einer Ausnahme zuletzt, weil du irgendwie, aber das nehme ich ja nicht ernst, dass du wirklich aus dem Umweltausschuss austreten willst, ganz im Gegenteil, weil es dir nämlich auch ein Anliegen ist, so kenne ich dich, dass wir Maßnahmen überlegen, dass wir sie diskutieren. Und genauso, meine Damen und Herren, sehe ich den heutigen Vorschlag und da gibt es noch einen Einschub. Ich bin sehr stolz darauf, dass unser Grazer Bürgermeister, ich betone jetzt ganz besonders, unser Grazer Bürgermeister nämlich in einem Interview in einer österreichischen Wochenzeitung, die auch wirklich gelesen wird, sehr deutlich die Ökostadt herausgestrichen hat, sehr deutlich gesagt hat, es muss uns ein Anliegen sein, dass unsere Kinder nicht krank sind und es muss uns ein Anliegen sein, dass wir in einer gesunden Stadt leben und daher ist es wohl recht und billig, darüber zu diskutieren, dass man auch Fahrverbote erlässt. Ja, meine Damen und Herren, wo ist denn jetzt der Unterschied, da ist heute nur eine Prüfung angesagt und mich wundert, dass heute die ÖVP hergeht und eigentlich so flapsig sagt, na ja, meine Damen und Herren, was brauchen wir denn eine Studie, die Studien haben nicht wir erfunden, sondern das waren die Kolleginnen und Kollegen der ÖVP in diesem Hause. Aber in dieser Frage, meine Damen und Herren, braucht die Politik begleitende Experten, wenn wir zu entsprechenden Maßnahmen kommen und daher ist es richtig, dass wir diesen Weg gehen. Und jetzt sage ich noch etwas, damit man nicht hinausgeht aus diesem Haus und jetzt glaubt, man kann den ideologischen Wahlkampf führen. Meine Damen und Herren, ich habe es eh schon auch in der Öffentlichkeit deutlich gesagt. Für uns ist genauso die Erreichbarkeit der Stadt wichtig, für uns ist der Wirtschaftsstandort dieser Stadt wichtig, für uns sind die

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wichtig, aber wissen Sie, was uns noch wichtiger ist, die Gesundheit der Grazerinnen und Grazer und der zukünftigen Generationen (*Applaus SPÖ*).

Bürgermeisterstellvertreter Ferk übernimmt um 18.15 Uhr den Vorsitz.

Bgm. Mag. **Nagl**: Geschätzter Herr Vizebürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen der Stadtregierung, hoher Gemeinderat! Ich möchte auf ein paar Dinge eingehen, die jetzt vor allem auch Walter Ferk gesagt hat, uns ist. Und zwar alle, wie wir da sitzen und da ist keine Fraktion auszunehmen, die Gesundheit der Grazerinnen und Grazer wichtig. Wo immer ich hinkomme, Woche für Woche, Monat für Monat, sprechen mich junge Menschen, alte Menschen, alle eigentlich, auf dieses Thema des Feinstaubes an. Und ich möchte Ihnen hier heute wieder einmal sagen, dass auch wir in der Politik langsam aber sicher aufpassen müssen, dass wir nicht nur mehr zum Spielball von Medien werden. Die von dir zitierte Wochen-, Monats- oder was auch immer -zeitung, die du gemeint hast, und das will ich heute hier öffentlich sagen, es hat niemals ein Interview zwischen News und mir stattgefunden (*Applaus ÖVP*). Sie werden auf dieser Seite des News wörtliche Zitate unter Anführungszeichen von mir finden, dass ich mir eigentlich schon überlegt habe, wie ich mit diesem Problem umgehe und um etwas Ähnliches geht es auch hier heute. Graz blüht die City Maut, wer auch immer ernsthaft darüber diskutieren wollte oder es auch missbrauchen wollte, das hat es heute auch schon einmal angeklungen, der muss sich darüber im Klaren sein, wer ein solches Thema ausspricht, muss damit rechnen, dass es so oder irgendwie auch transportiert wird. Das was heute an die Medien gegangen ist, mit „Graz blüht die City Maut, noch vor dem Sommer könnte diese beschlossen werden, mit 3.20 Euro und viel mehr“ löst bei Menschen dieser Stadt, es steht da drinnen, 3.20 Euro in Tageszeiten gestaffelt, kostet zu Spitzenzeit 3.20 Euro, was glauben Sie, was heute Vormittag und heute Mittag bei mir im Büro schon los war? Wie oft sich meine Sekretärinnen haben beschimpfen lassen müssen aus dem gesamten Großraum von Graz, und da sind wir schon bei Visionen und bei

unseren Arbeiten. Als Grazer Bürgermeister bin ich sehr bemüht, dass die Kontakte zu meinen 57 Kollegen von Graz Umgebung gute sind, wir haben einen regionalen Entwicklungsverein, den wir vor, ich glaube, drei Jahren begründet haben und wo wir Geld hineinstecken, um im Moment zwei Themen zu spielen, zu bearbeiten und vorzubereiten. Es hat sich eine eigene Arbeitsgruppe, damit einmal 58 Bürgermeister und deren Gemeindeparlamente vielleicht gemeinsam Richtung Land und Bund bewegen und Vorschläge auf den Tisch kriegen, erst vor wenigen Tagen getroffen. Da gibt es zwei Schwerpunkte, liebe Frau Gemeinderätin Rücker, zwei, ein Generalverkehrsplan für die Region Graz und Graz-Umgebung und die Gesundheitsregion Graz und Graz-Umgebung. Das eine schließt das andere nicht aus, obwohl wir wissen, dass eine Feinstaubdiskussion uns im Moment es sehr schwer macht, als eine Gesundheitsregion in Österreich aufzutreten. Wenn ich hinausgehe zu den Menschen und ihnen erzählt PM1 und PM10, was das überhaupt ist, dann merke ich, dass die Menschen vollkommen falsch versorgt werden mit Zahlen und Dingen und ich warne jeden Politiker und ich finde es auch arg, dass das immer wieder zitiert wird, dieser Feinstaub, diese Maßnahme fordert soundsoviel tausend Tote, soundsoviel hundert Tote, soundsoviel Kranke, ich möchte den Wissenschaftler sehen, der Ihnen das wirklich sagt. Niemand kann so etwas wirklich ernsthaft behaupten. Und PM1 und PM10, ich komme jetzt gerne auf das PM10, im Speziellen zurück; 23,5-%-Anteil beim PM10-Feinstaub stammt aus dem Verkehrsbereich. Das ist die offizielle Zahl, die ich zumindest aus dem Bundesumweltamt bekommen habe und wir können stolz darauf sein, dass wir eine gute Luft in Graz haben, dass die gesündesten ältesten Österreichs in unserer Stadt leben und dass wir wahrscheinlich schon Feinstaubwerte in den vergangenen Jahrzehnten gehabt haben durch Hausbrand und andere Dinge, die wesentlich höher waren. Und ich möchte mit Ihnen einen seriösen Weg gehen, weil Graz einen guten Ruf hat und Peter Weinmeister hat viel zusammengebracht als Ökostadtrat in Graz, und Walter Ferk hat bei den Feinstaubagenden jetzt gemeinsam mit Herrn Niederl und mit allen beteiligten Ausschüssen tolle Arbeit geleistet. Weil andere Städte nach Graz kommen, um zu lernen, wie man denn damit umgeht. Darauf können wir stolz sein und jetzt haben wir uns auf einen Weg geeinigt und bei diesem Weg ist auch dabei gewesen schweren Herzens von Seiten der ÖVP die Maßnahme, am Samstag das Parken wieder kostenpflichtig zu machen, mit einer Evaluierungsnote und was anderes ist nirgends wo drinnen gestanden, dass man nach einem Jahr schaut, wie

sich das auswirkt. Und jetzt sage ich Ihnen, sowohl diese Maßnahme hat sich für den Beschäftigtenstand, die Beschäftigten und die Wirtschaft schlecht ausgewirkt und solche Schlagzeilen wirken sich schlecht aus. Egal, wie es da heiß zugegangen sein mag oder nicht, ich habe heute Anrufe von vielen Unternehmungen schon gehabt, die gesagt haben, ob das Drohungen sind oder einfach rationelle Überlegungen, wenn solche Dinge in Graz jetzt noch zusätzlich kommen, macht es keinen Sinn mehr, hier zu investieren. Und ich kriege auch immer mehr die Sorge von Arbeitsnehmern mit, die sagen, wenn das so weitergeht und jetzt die Zurückhaltung kommt, dann kriegen wir ein Problem, und jetzt werde ich politisch, ich habe den Vorsitz auch abgegeben, wenn auf Plakaten der Grünen draufsteht reine Luft, dann denke ich mir, dass das auch ein bisschen insgesamt die Aussage war, dahinter steckt nicht viel, wir können nicht das Parken kassieren und wir können nicht noch einmal, geschätzte Frau Gemeinderätin Binder, noch einmal abkassieren. Stellen Sie sich vor zu den Stoßzeiten da kommen die Pendler mit 3.20 Euro pro Einfahrt. Für eine Arbeitnehmerin, vielleicht eine Alleinverdienerin, die in Graz-Umgebung lebt und endlich einen Job hier herinnen gefunden hat, soll die 70 Euro im Monat zahlen, nur um hereinzukommen? Wir haben auch, und das ist mehrfach gesagt worden, noch nicht die Vorbereitungen getroffen, um so etwas überhaupt zu diskutieren. Und deswegen bin ich heute auch als Bürgermeister einmal ausgerückt und zwar ordentlich ausgerückt und habe gesagt, meine Herrschaften, diese City-Maut kommt aus meiner Sicht momentan nicht in Frage und ich habe auch gesagt, ich bekenne mich dazu, zu dem was in News gestanden ist, obwohl ich mit ihnen nie gesprochen habe, was der Gemeinderat im Ausschuss schon gesagt hat, weil damals als ÖVP mitunterschrieben, sollten die Maßnahmen bis zum Herbst nächsten Jahres, also bis zur Wintersaison 2005 und 2006 nichts helfen, dann werden wir partiell unter Umständen auch Fahrverbote aussprechen und das kann dann vielleicht die Fahrzeuge, die den meisten Ruß hinaushusten auch wirklich einmal betreffen, dann zwingen wir vielleicht Leute auch noch stärker hinein ins Umrüsten von Fahrzeugen, als das bisher war. Das heißt aber nicht eine totale Verunsicherung, die leider hier wieder herauskommt. Und um einer solchen Verunsicherung entgegenzuwirken, habe ich gesagt, mit mir und mit meiner Fraktion bitte nicht. Und wenn es um das Nachdenken geht, man kann das auch anders machen als medienwirksam gleich hinauszugehen und die Journalisten, die das immer gleich tun, die sollen sich dessen auch bewusst sein, ich sage es von dieser Stelle, die sollen sich dessen bewusst

sein, was sie da anrichten. Es gibt viele Unternehmungen, und Entscheidungen werden heute nicht nur in Graz getroffen, das sind heute weltweite Unternehmungen, ich denke nur an Magna usw. ich habe es eh schon oft genug gesagt, wenn da in Übersee eine Entscheidung fällt für einen anderen Standort, dann werden zigtausende Menschen bei uns vor der Tür stehen und sagen, welchen Job können wir jetzt haben, und das ist keine Missachtung meiner Fraktion des Feinstaubproblems und unserer Gesundheitsthemen, will ich da noch einmal betonen. Ich will nur aus Graz kein Museum machen und Eintritt verlangen ein zweites Mal, wird nicht möglich sein, es wird ja schon jetzt schwierig, weil Sie gesagt haben, manche siedeln hinaus und wollen weg da. Es ist jetzt mit der blauen Zone schon schwierig geworden für Grazerinnen und Grazer, die Besuch kriegen von Onkel, Tante, Neffen oder sonst was, dass die jetzt bezahlen müssen, da gibt es auch viel, die sagen, du, bei mir draußen wird das nicht sein. Und wenn der Herr Nationalrat aus Graz-Umgebung heute verlaublich hat lassen, dann fangen wir auch an abzusperren, wenn die Grazer am Wochenende hinausfahren, dann wollen wir auch eine Maut, dann ist das ein Kasteldenken, mit dem ich gerade aufhören möchte. Ich bemühe mich wirklich, dass wir diesen Generalverkehrsplan zustande kriegen und ich freue mich schon auf die Präsentation und unsere Beamtschaft ist da und wenn ich an den Kollegen Fischer denke, der uns das präsentiert hat, ich bin aus dem Staunen nicht herausgekommen, wie ich das erste Mal visuell auf einer Karte, das wird jetzt noch besser aufbereitet und dann werden Sie es kriegen, was die Umlandgemeinden und die Stadt Graz schon vorbereitet haben, das müssen die Grazerinnen und Grazer einmal sehen. Dazu gehören Straßenbahnverlängerungen, unsere Busringgeschichten hinaus bis zum Steirertakt, Verkehrsüberlegungen, die alle schon da sind, weil in der Öffentlichkeit immer der Eindruck gemacht wird, die Politik in Graz ist nicht in der Lage, Vorschläge auf den Tisch zu legen. Jetzt fassen wir die einmal zusammen und dann erklären wir den Grazerinnen und Grazern, wie es geht, nur der komplette Ausschluss eines Systems kommt für mich nicht in Frage. Die Menschen haben in ihren Mobilitätsbedürfnissen unterschiedliche Zugänge, die einen fahren mit dem Auto, die anderen mit dem Radl usw., das heißt, wir werden alle Möglichkeiten der Mobilität fördern und wir werden auch schauen, dass wir diese Park-&-Ride-Anschlüsse und diese Bahnverbindungen endlich kriegen. Aber bitte jetzt, wo die Leute und die Familien gar nicht wissen, wie sie zur Arbeit kommen sollen, wo sie jetzt mit Unternehmen schon diskutieren, wie soll ich da überhaupt

noch hereinkommen, die blaue Zone usw. und das ist mir zu weit und eine Stunde mehr, die machen uns im Moment ordentlich Sorgen und ich bitte Sie alle, dass wir noch einmal dann ganz vorsichtig damit umgehen und dass wir diese Studie von mir aus jetzt machen, nur wer wird den die volkswirtschaftlichen Berechnungen anstellen und wer kann sie anstellen, wer weiß die Reaktionen, die da kommen? Wir haben Einbahnen umgedreht, wir haben manche blaue Zonen am Boden markiert und haben noch nicht gewusst, wer dort wirklich stehen wird und ob dort wer stehen wird, wir haben sie zurücknehmen können, manchmal, jetzt werden wir es tun. Und diese Auswirkungen kann noch niemand abschätzen und deswegen noch einmal meine Bitte um Verständnis dafür, dass ich heute einmal deutlich eine Gegenmeinung eingenommen habe, weil die Menschen in Graz und viele Unternehmungen und auch Gäste, die kommen, die Pendler, die kommen, würden sonst annehmen, das ist gleich Wirklichkeit. Ich glaube, dass man über vieles reden kann, aber doppelt kassieren, bitte, wird einfach nicht mehr gehen (*Applaus ÖVP*).

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 18.25 Uhr den Vorsitz.

Dr. **Getzinger**: Geschäftsordnung ist Geschäftsordnung und auch mir steht ein Rederecht zu, zumal ich schon weiß, dass das von manchen als etwas ungehörig empfunden wird, wenn man nach dem Herrn Bürgermeister, der teilweise sehr bedächtige und lernbereite Worte gefunden hat, zum Beispiel, was partielle Fahrverbote und ihre Notwendigkeit betrifft und wo es eben auch die Vertretung von Gemeinderatsbeschlüssen, die zumal einstimmig gefasst wurden, betrifft, durch den Bürgermeister, das mit News kann ich nicht weiter kommentieren, das ist das Problem jedes Politikers, wenn er von den Medien missverstanden wird oder etwas von den Medien gehört hat, was er nie gesagt hat, damit muss man selber fertig werden. Aber man nennt es tatsächlich Berichtigung, Herr Bürgermeister, es stimmt österreichweit, und das hat das Umweltbundesamt untersucht, trägt zur Feinstaubbelastung, PM10-Belastung der Verkehr ungefähr 23 % bei. Mit Kommastellen darf man da überhaupt nicht anfangen, weil es ist eine relativ

komplizierte Berechnung, da sollte man nicht die Kommastellen reingeben. Österreich besteht aber zu einem großen Teil aus landwirtschaftlicher Fläche, Österreich hat Städte, die sehr viel Industrie haben, wie Linz zum Beispiel, und tatsächlich ist es so, dass die Stadt Linz beim Feinstaub in aller erster Linie bei der VOEST ansetzen muss, bei der Industrie ansetzen muss, weil es der Hauptemittent ist. Andere Städte haben viele landwirtschaftliche Flächen um sich herum und sehr viel Wind, das heißt, es kommt zu einem Eintrag von geogenem, von landwirtschaftlichen Flächen stammendem Feinstaub, Graz hat ein Verkehrsproblem. Graz hat ein Verkehrsproblem und eine besondere Wetterlage, nämlich Inversionswetterlage, da ist sozusagen der Deckel drauf auf diesem Kochtopf und wir wissen es, Sie können auch beim Umweltbundesamt gerne anrufen, ungefähr zwei Drittel, über 60 % des Feinstaubproblems in Graz stammt vom motorisierten Individualverkehr, da gibt es keine Diskussion mehr, es gibt eine Einigung unter allen Umwelthygienikern, Umweltchemikern, Umweltwissenschaftlern, die sich damit befassen, wer welches Problem hat und woher es stammt. Es ist nun einmal der Verkehr, das ist sehr unangenehm, die Linzer haben es da leichter, die können ein paar Filter einbauen, die haben das Problem wahrscheinlich leichter gelöst. Die Wiener haben es überhaupt leichter, die haben Wind, die haben im Vorhinein weniger Belastung und können sich immer darauf ausreden, dass von außen Fernverfrachtung hereinkommt in die Stadt Wien, da kann man nicht allzu viel machen. Graz kann was machen, nämlich insbesondere im Verkehrsbereich, und die Maßnahmen sind genannt, da gilt es nur noch zu gewichten und gemäß, Kollege Topf hat es gesagt, gemäß einer Prioritätenreihung, die wir eh erarbeitet haben, abzuarbeiten. Wir haben sehr bewusst, Kollege Topf, die City-Maut nämlich aus demokratischen Gründen ausgeschlossen aus den Maßnahmen, weil der Gemeinderat basierend auf einen Antrag der freiheitlichen Partei, diese Maßnahme ausgeschlossen hat. Mit heutigem Tag ändert sich das, wir werden uns damit befassen müssen, aber erst wenn die Studie vorliegt natürlich, vorher nicht. Zum Kollegen Rüscher, Wasserstoffmotor ist eine schöne Sache und wird sicher in ungefähr 70 bis 80 Jahren geben, da ist mein Sohn Vitus, der ist jetzt drei Jahre alt ist, möglicherweise schon tot. Ich hoffe, nicht gestorben an Feinstaubbelastung. Im Moment hat er tatsächlich das Problem, dass er im Winter sehr viel hustet und das ist nicht die normale Erkältung, die er da hat und das macht mich persönlich ein bisschen betroffen. Ohne jetzt irgendeine Hysterisierung unter Ihnen, was eh nicht

machbar ist, bewirken zu wollen, es gibt, Herr Bürgermeister, Sie treffen tatsächlich täglich einfach betroffene Eltern, die das quält wenn ihre Kinder aus diesem Husten nicht herauskommen im Winter. Auch was die Zahl der frühzeitig Sterbenden betrifft, gibt es, Herr Bürgermeister, in der Wissenschaft keinen Streit mehr, das ist außer Streit, der Kollege Hammer hat sogar bestätigt, es ist der Feinstaub ein ähnliches Problem wie das Passivrauchen. Es gibt viele Menschen, viele Politiker, die sich mit dem Rauchen und Passivrauchen auseinandersetzen, die EU, wie Sie wissen, hat sehr strenge Richtlinien dazu erlassen, Werbeverbote etc., diese komischen hässlichen Beipackzetteln bei Zigaretten, all das sind politische Aktivitäten. Wir müssen, würde ich einmal sagen, gleichziehen mit dem Rauchen, was politische Aktivitäten betrifft, wenn es um den Feinstaub geht. Es ist tatsächlich so, in Graz sterben 50 Menschen frühzeitig auf Grund der Feinstaubbelastung hier in Graz. In aller erster Linie werden wir uns an den Landesrat Seitinger wenden müssen und an den Bundesminister Pröll, dort sehe ich im Moment noch sehr viel Unbeweglichkeit. Ich glaube, dass wir in Graz, wo es viele, viele Maßnahmen betrifft, die wirklich viel, viel bringen, einig sind und ich würde mir wünschen, ich habe es im Ausschuss auch immer wieder betont, auch hier im Gemeinderat, dass man im Großen und Ganzen diesen Weg der Einigkeit, der Einstimmigkeit nicht verlässt, denn nur dann wird sich in Graz was bewegen, in einem positiven Sinn. Danke (*Applaus SPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Ja, Herr Gemeinderat, erlauben Sie mir nur wieder eine Anmerkung. Individualverkehr 70 % in etwa, haben Sie gesagt, oder zwei Drittel, da sind dann aber auch wieder die Bewegungen dieser Autos mit drinnen, mit Bremsabrieben und all diesen Dingen und ich sage noch einmal, Bremsabriebe wird es bei Mobilität, bei Bewegungsarten immer geben und ich verlasse mich zu einem Teil auch schon wieder auf die Wirtschaft und auf die Forschung und Entwicklung, die uns vielleicht einige Dinge in einigen Jahren wieder Gott sei Dank liefern wird, wo es zu diesen Abrieben hoffentlich nicht mehr kommt. Ich glaube, sowohl bei den Bremsbelegen und vielem mehr gibt es ja da schon die Untersuchungen. Eine Feststellung möchte ich noch gerne machen, weil jetzt wieder Landesräte zitiert worden sind und vieles mehr. Wir leben in einem Land, wo viele uns beneiden auf der ganzen Welt, wir sind nach wie vor das zweitsicherste Land der Welt, wir sind

eines der ökologischsten Länder der Welt, wir sind wirtschaftlich gut unterwegs und weil ich auch um Visionen gefragt worden bin oder heute auch vom Kollegen Eichberger gefragt worden bin, er hätte gerne einmal von uns gewusst, was der Wirtschaft nützt. Ich sage es Ihnen jetzt auch noch einmal gerne. Nutzen tut der Wirtschaft, wenn die Erreichbarkeit gegeben ist, wenn Park-&-Ride-Anlagen dastehen und in allen Bereichen der Mobilität was funktioniert. Wichtig ist, dass Handelsmarketing professionell betrieben wird. Wichtig ist, dass es schnelle Verfahren gibt. Wichtig für die Wirtschaft ist, dass sie Gebühren und Tarife nicht belasten und, und, und. Das steht alles in unseren Wirtschaftsprogrammen, sind nachlesbar, dafür kämpfen wir immer wieder da im Gemeinderat, da gibt es sehr viele Dinge, und ich komme aus dem Wirtschaftsleben und ich darf Ihnen auch noch sagen, wenn man im Moment über eine City-Maut redet, können wir gerne über die Ringe reden da herinnen, in der Innenstadt angeblich die goldenen Meilen und diese Dinge ist die Frequenz dramatisch in den letzten Jahren schon zurückgegangen, dramatisch. In den Randbezirken möchte ich es Ihnen gar nicht sagen, also in diesen gewachsenen Stadtteilkernen. Und ich bin, und ich sage das jetzt auch, weil das auch eine Vision von mir ist, ich bin für ordentliche Löhne und Gehälter, weil der Wirtschaftskreislauf nicht funktioniert. Letztes Mal habe ich gesagt, Geist ist geil und nicht Geiz ist geil, wenn man niemandem etwas vergönnt, dann wird zum Schluss letzten Endes auch nichts übrigbleiben. Ich bin dagegen, dass wir dauernd Menschen kündigen, Teilzeitkräfte machen und vieles mehr, es ist auch an der Zeit, wieder einmal klar von ÖVP-Seite zu betonen, dass es nur gehen wird, mit einer nachhaltigen Entwicklung. Auch ein Antreten gegen Globalisierung. Es ist wichtig, dass man einfach einmal sagt, wer waren die ersten Opfer der Globalisierung, das war nämlich der ganze Mittelstand, die ganzen Unternehmer, die schon ausradiert sind und das muss man sagen. Ja, die gibt es gar nicht mehr, heute sind wir alles nur mehr dann Lakaien von börsennotierten Unternehmungen, die eine einzige Geschichte drin haben und ich sage das deutlich: Die Börse ist für mich ein Fluch der Gesellschaft und zwar deswegen, weil manche Menschen mit Kapital ohne Rücksicht auf Verluste jedes Jahr ihre Verzinsung wollen und sonst gar nichts und dann müssen Manager her, die innerhalb kürzester Zeit etwas umsetzen, damit diese, und immer nur kurzfristig gedacht, nicht langfristig gedacht, das was funktioniert und wenn es eine Lösung gibt und ich bin stolz, dass er mich ab und zu besuchen kommt und dass er global dafür kämpft, unser Vizekanzler Joschi Riegler, der gesagt hat, es

funktioniert nur ökologisch, sozial und mit der Marktwirtschaft. Alle anderen System sind weg, da bin ich auch stolz, dass das einer aus den Reihen der ÖVP ist (*Applaus ÖVP*).

GRin. **Binder**: Ja, manchmal erstaunt mich der Herr Bürgermeister doch mit seinen sozialen Äußerungen. Warum haben Sie eigentlich nicht mitgestimmt oder positiv zugestimmt der Volksabstimmung zur EU-Verfassung, das verstehe ich überhaupt nicht, Sie sind so ein globalisierungskritischer Mensch und die EU-Verfassung birgt so viele Tücken und Sie und Ihre Fraktion, die Ihnen ja jetzt auch geklatscht hat, stimmen dann nicht zu. Aber sei es drum. Gut, dass diskutiert wurde, manches wurde zerredet, das ist aber so, gehört auch dazu, der Humor war auch ein Teil dieser Diskussion und ich freue mich schon auf die Diskussion im Herbst, wenn dann sozusagen die Prüfergebnisse vorliegen. Ich hoffe, dass dann die Diskussion um eine Spur sachlicher geführt wird, denn, nein, ich habe kein Verständnis für einen unseriösen Umgang mit dem Thema City-Maut und nein, ich habe auch kein Verständnis für Gemeinderäte, die im Umweltausschuss sehr, sehr kritisch sind und dann den Mut nicht haben, in ihrer eigenen Fraktion ebenso kritisch zu versuchen, hier einen Meinungswandel einzuleiten und nein, ich habe kein Verständnis dafür, wenn der Herr Dr. Hammer sehr oberflächlich mit dem Thema Feinstaub umgeht, das nahezu an eine Verharmlosung reicht und nein, ich habe kein Verständnis für einen Stadtrat Rüschi, der auf eine sehr, wie soll ich sagen, für mich eigentlich eine sehr oberflächliche Art und Weise meint, na ja, auf so eine Studie kommt es auch nimmer darauf an. Ich habe auch kein Verständnis dafür, wenn der Herr Bürgermeister und seine Kollegen und Kolleginnen von der ÖVP meint, unter meiner Bürgermeisterschaft kommt keine City-Maut. Was ist denn das, Herr Bürgermeister und liebe Kollegen und Kolleginnen von der ÖVP, für ein demokratiepolitisches Verständnis, ja haben Sie bitteschön die Macht allein hier und können sagen, das kommt nicht, wenn vier Fraktionen beschließen, dass etwas geprüft werden soll? Und ich habe auch kein Verständnis dafür, dass auch hier herinnen offenbar Abgeordnete sitzen, die auch in der Pisastudie, wo es auch darum gegangen ist, sinnerfassendes Lesen und problemorientiertes Handeln zu erfassen, wenn ich auch hier konfrontiert werde mit erwachsenen Menschen, die das auch zum Großteil nicht

können, die lesen nicht einmal einen Antrag, sondern fabulieren da irgendwas hinein, was überhaupt nicht drinnen steht, auch der Herr Stadtrat Buchmann, der immer von sich behauptet, dass das Wort Buch, das in seinem Namen so prominent vertreten ist, ist schon Garantie genug. Also für all das und vieles mehr bitte habe ich kein Verständnis. Ich hoffe allerdings, Herr Stadtrat Rüschi, dass Sie Ihre Meinung über Ihre Spitzenbeamten doch auch ein bisschen revidieren, denn nirgends steht, dass es eine Studie geben muss, wo Sie Experten/Expertinnen sündteuer ankaufen müssen, Sie haben bestausgebildete Beamte und ich rechne eigentlich damit, dass diese Beamten auch diese Überprüfung machen können, dann fahren Sie nach Trondheim meinetwegen, das können wir uns schon noch leisten und schauen Sie sich das an, holen Sie sich, es gibt in Graz den Dr. Fallast, der ist ja auch von euch, wird ja auch von euch nicht in Zweifel gezogen. Die Studie von Thaler, auch ein Grazer, es gibt genug Material, mit denen sich die Beamten befassen können und, wie gesagt, wenn der Kollege Frölich meint, ich gehöre zum Erzählkunstfestival, gerne, ich erzähle auch weiter, aber keine Horrorgeschichten, wie die ÖVP sie jetzt aufgetischt hat. Ich hoffe doch, dass Mehrheitsentscheidungen von der ÖVP akzeptiert werden und zwar auch in der Qualität, wie man sich das erwartet, wir müssen auch immer wieder Entscheidungen akzeptieren, die wir nicht mittragen. Es wäre ganz gut für die ÖVP, in eine Opposition zu gehen, um einmal zu sehen, wie das ist, wenn man nicht immer so draufklopfen kann auf den Tisch. Super, ich freue mich auf den Herbst und auf die Diskussion, ob es eine City-Maut gibt, wie die City-Maut ausschauen könnte, ob es keine gibt, weil es nicht sinnvoll erscheint, aber diese Diskussion, die müssen wir anhand der vorliegenden Fakten dann erst aufnehmen.

Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.